

Kleiner Atlas des internationalen Genf 2019/2020



**Entwicklungen des
internationalen Genf in Karten**

	8	Globale Gesundheit	Durch die Corona-Pandemie rückte Genf als weltweit zentraler Standort für das Thema Globale Gesundheit in den Vordergrund – nicht zuletzt auch als Sitz der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Einen Überblick über einige wichtige Initiativen der WHO im Kampf gegen die Pandemie erhalten Sie in Kapitel 1.
	16	Humanitäre Hilfe	Genf gilt als Hauptstadt der Humanitären Hilfe. Bereits vor der Corona-Pandemie wurde 2020 als das Jahr der schlimmsten humanitären Katastrophe seit dem zweiten Weltkrieg gehandelt. Welche Schritte ergriffen die UN-Organisationen, um die humanitären Folgen des COVID-19-Ausbruchs abzufedern? Erfahren Sie mehr in Kapitel 2.
	22	Welthandel	Die Welthandelsorganisation (WTO) befasst sich mit der Regelung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, dem Abbau von Handelshemmnissen und der Konfliktschlichtung. Seit Dezember 2019 befindet sie sich in einer schweren Krise. Gleichzeitig spielt sie im Kampf gegen die Corona-Pandemie eine wichtige Rolle. Mehr in Kapitel 3.
	34	Digitalisierung	Kapitel 4 beschreibt das komplexe Ökosystem der multilateralen und nichtstaatlichen Organisationen, die sich in Genf mit digitalen Angelegenheiten befassen. Außerdem werden die wichtigsten Themen im Zusammenhang mit der Internationalen Fernmeldeunion (ITU), der globalen digitalen Kluft und Investitionen in digitale Technologien beleuchtet.
	42	Menschenrechte	Die Förderung und der Schutz von Menschenrechten gehört zu den Hauptzielen der Vereinten Nationen. Mit dem Sitz des Hochkommissariats für Menschenrechte und dem Menschenrechtsrat spielt Genf hier eine entscheidende Rolle. Zentrale Entwicklungen und Entscheidungen aus den letzten Jahren finden sich in Kapitel 5.
	70	Flucht und Migration	Mit dem Sitz des UN-Füchtlingshilfswerk (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM), gehört Flucht und Migration zu einem der bestimmenden Themen im internationalen Genf. Kapitel 6 gibt Einblick in wichtige Trends und Fluchtentwicklungen, wirft aber zugleich auch einen Blick auf die wichtigsten Geldgeber im weltweiten Vergleich.
	86	Allianz für den Multilateralismus	Angesichts einer zunehmend konflikträchtigen globalen Großwetterlage gab es in den vergangenen Jahren wiederholt Bestrebungen von einzelnen Länderkoalitionen zur Unterstützung regelbasierter globaler Zusammenarbeit. Eine solche Initiative ist die Allianz für den Multilateralismus, mehr dazu in Kapitel 7.

Kleiner Atlas des internationalen Genf 2019/2020



Olaf Wientzek
Sarah Ultes



**Entwicklungen des
internationalen Genf in Karten**

Vorwort

Nicht immer erhalten Genf und die über 45 hier ansässigen internationalen Organisationen den ihnen eigentlich gebührenden Grad an Aufmerksamkeit. Dabei spiegeln sich viele aktuelle Entwicklungen der internationalen Politik und des Multilateralismus im «internationalen Genf» wider, künftige globale Trends lassen sich hier oftmals bereits frühzeitig erahnen.

Der «Kleine Atlas des internationalen Genf 2019/2020» möchte einige dieser Trends in den Bereichen Globale Gesundheit, Menschenrechte, Handel, Digitalisierung, Humanitäre Hilfe sowie Flucht und Migration mit Hilfe von Karten, die jeweils einen Bezug zur Arbeit der Genfer Organisationen haben, illustrieren und mithin dazu beitragen, oftmals komplexe Sachverhalte leichter verständlich zu machen. Dargestellt werden beispielsweise das Abstimmungsverhalten von Mitgliedstaaten, deren Bereitschaft zu politischer oder finanzieller Unterstützung von multilateralen Gremien oder Initiativen, aber auch zentrale Erkenntnisse aus in Genfer Organisationen vorgestellten Berichten.

Nicht zuletzt angesichts der Vielzahl der in Genf angesiedelten Organisationen kann ein solches Werk selbstverständlich nur vereinzelte Schlaglichter werfen und unmöglich den Anspruch erheben, Entwicklungen in den Genfer Gremien in ihrer gesamten Bandbreite abzudecken. Über die getroffene Auswahl der dargestellten Vorgänge und Organisationen lässt sich sicher streiten. Gleichwohl hoffen wir, dass der «Kleine Atlas des internationalen Genf 2019/2020» dazu beitragen kann, einige wichtige Trends der multilateralen Zusammenarbeit sichtbarer zu machen.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre!

Dr. Olaf Wientzek, Direktor und
Sarah Ultes, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Multilateraler Dialog Konrad-Adenauer-Stiftung Genf

Unterschätzte
Bedeutung Genfs

Zentrale
Entwicklungen

Einleitung

Geopolitische
Spannungen

Autokratische Staaten
auf dem Vormarsch

Poly Pandemie

Beim Versuch, einige generelle Entwicklungen der multilateralen Ordnung im Allgemeinen und der Arbeit der Genfer Organisationen im Speziellen, in den vergangenen beiden Jahren nachzuzeichnen, lassen sich grob vier Tendenzen feststellen:

1. Eine zunehmende (Geo-) Politisierung der multilateralen Organisationen in Genf, nicht zuletzt durch eine wachsende Rivalität zwischen China und den USA. Zunehmend wurden einige der Genfer Gremien zu einem Schauplatz wachsender geopolitischer Spannungen. Ein Beispiel war das durch die US-Administration wiederholt ausgedrückte Misstrauen gegenüber der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ebenso wie die Blockade der Streitschlichtungsfunktion der Welthandelsorganisation (WTO). Gleichwohl bleibt festzustellen, dass die USA auch unter Donald Trump trotz ihres Rückzugs aus einigen und der Blockade anderer Foren in vielen Genfer Organisationen ein zentraler Akteur blieben (siehe beispielsweise die finanzielle Unterstützung für das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR)).
2. Dieses teilweise infragestellen multilateraler Foren durch die Trump-Administration wurde begleitet durch ein zunehmend forsches Auftreten autoritärer Staaten, insbesondere Chinas. Das zeigt sich im verstärkten finanziellen und personellen Engagement in vielen – wenn auch nicht allen – Genfer Organisationen. Dieses zunehmende Selbstbewusstsein wird auch deutlich im Menschenrechtsbereich: dort versuchten autoritäre Länder wiederholt nicht nur unliebsame Resolutionen im Keim zu ersticken, sondern aktiv das Narrativ zu Menschenrechten im eigenen Sinne zu verändern.
3. Durch die Bank wurden die multilateralen Organisationen durch die COVID-19-Pandemie und ihre Konsequenzen in Beschlag genommen. Einige Beobachter sprechen von einer «Poly Pandemie» und betonen nicht zu Unrecht, dass die Pandemie grundsätzliche Schwächen in vielen Politikbereichen

Hoffnungsschimmer

offener zu Tage hat treten lassen: Seien es die Schwächen nationaler Gesundheitssysteme, seien es Defizite im Menschenrechtsbereich oder beim sozialen Schutz. Nicht zuletzt hat die pandemiebedingte Verlagerung von Kommunikation und Handel ins Virtuelle die «digitale Kluft» zwischen verschiedenen Ländern noch einmal deutlicher zu Tage treten lassen.

4. Trotz vieler besorgniserregender Entwicklungen und der vielfach zu beobachtenden Tendenzen von Protektionismus und nationaler Nabelschau während der Pandemie, gab es in den vergangenen beiden Jahren auch Hoffnungsschimmer zu verzeichnen. So haben in verschiedenen Organisationen Gruppen von Mitgliedstaaten Initiativen lanciert, um Blockaden zu lösen oder Überbrückungsmechanismen zu schaffen. Auch die 2019 von Deutschland und Frankreich initiierte «Allianz für den Multilateralismus» kann als ein Versuch angesehen werden, in verschiedenen Politikbereichen neue Impulse für die multilaterale Zusammenarbeit zu geben. Ermutigend ist auch, dass es offenbar nach wie vor Länder gibt, die nicht nur für einen regel-, sondern auch einen wertebasierten Multilateralismus eintreten und Menschenrechtsverletzungen – sei es durch Resolutionen im Menschenrechtsrat oder auch durch öffentliche Stellungnahmen – anprangern. Schließlich illustriert der Atlas auch einige Beispiele globaler Solidarität, sei es im humanitären Bereich, sei es durch die breite Unterstützung der COVAX-Fazilität, die ab 2021 einen weltweiten Zugang zu Impfstoffen gegen COVID-19 ermöglichen soll. Doch auch diese beiden Initiativen zeigen, dass die Bereitschaft, politisches und finanzielles Kapital für multilaterale Lösungen und globale Güter aufzubringen, innerhalb der Staatengemeinschaft ungleich verteilt und insgesamt begrenzt war.

Es bleibt abzuwarten, in welchem Maße eine dem internationalen Genf wohlgesonnene Biden-Administration zu einer anhaltenden Umkehr von sich seit Jahren abzeichnenden Trends führen wird. Mit Blick auf die kommenden Jahre steht zu erwarten, dass neben den bestehenden Herausforderungen die Frage nach den mittel- und langfristigen Folgen der Pandemie auch digitalpolitische Themen quer durch alle Genfer Organisationen wohl weiter an Bedeutung gewinnen werden.

Inhaltsverzeichnis



8

Globale Gesundheit

10
12

WHA-Resolution für den Kampf gegen COVID-19 — Unterstützer
COVAX-Initiative — Unterstützer



16

Humanitäre Hilfe

18

Global Humanitarian Response Plan — Staatliche Geber / Zielländer



22

Welthandel

24
26
28
30

Mitglieder der Welthandelsorganisation
Überbrückungslösung für WTO-Streitschlichtung — Beteiligte Staaten
Initiative zum elektronischen Handel — WTO-Mitglieder
Offenhaltung von Nahrungsmittellieferketten — Unterstützer



34

Digitalisierung

36
38

ITU Rat von 2019 bis 2022 — Zusammensetzung
Investitionsgrad zu innovativen Technologien weltweit



42

Menschenrechte

44
46
48
50
52
54
56
58
60
62

UN-Menschenrechtsrat 2020 — Zusammensetzung
UN-Menschenrechtsrat 2021 — Zusammensetzung
Abstimmungsverhalten mit China — UN-Menschenrechtsrat 2019
Abstimmungsverhalten mit der EU — UN-Menschenrechtsrat 2019
Abstimmungsverhalten mit Deutschland — UN-Menschenrechtsrat 2020
Abstimmungsverhalten gegen Deutschland — UN-Menschenrechtsrat 2020
Resolution Chinas zur Rolle von Menschenrechten — Abstimmung 2018
Resolution Chinas zur Rolle von Menschenrechten — Abstimmung 2020
Untersuchungskommission für den Jemen — Abstimmung 2019
Untersuchungskommission für Venezuela — Abstimmung 2019



70

Flucht und Migration

72
74
76
78
80
82

Menschen auf der Flucht — Aufnahme- und Herkunftsländer 2018
Menschen auf der Flucht — Aufnahme- und Herkunftsländer 2019
Beiträge für das UN-Flüchtlingshilfswerk 2019 in USD
Pro-Kopf-Beiträge für das UN-Flüchtlingshilfswerk 2019 in USD
UNHCR-Flüchtlinge — pro 1000 Einwohner in der EU 2019
Globaler Pakt für Flüchtlinge — Abstimmungsergebnis 2018



86

Multilateralismus

88
90
92
94
96
98
100
102

Allianz für den Multilateralismus — Teilnehmer Auftakveranstaltung 2019
Humanitarian Call for Action — Unterzeichner
Paris Call für Vertrauen und Sicherheit im Cyberraum — Unterzeichner
Internationale Partnerschaft Information und Demokratie — Teilnehmer
Klima und Sicherheit Initiative — Unterzeichner
Gender at the Centre-Initiative — Unterzeichner
11 Leitprinzipien zu letalen autonomen Waffensystemen — Unterzeichner
Kooperation im Kampf gegen COVID-19 — Teilnehmer des Aufrufs

Globale Gesundheit



Genf und
Globale Gesundheit

WHO als
Dialogplattform

Mit Akteuren wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Impfallianz Gavi und dem Globalen Fond zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria ist Genf die inoffizielle «Welthauptstadt» der Globalen Gesundheit. Gerade die WHO rückte im Zuge der COVID-19-Pandemie besonders in den öffentlichen Fokus. Zu welchen umfassenden Umwälzungen die Pandemie im Arbeitsprogramm der WHO führte, lässt sich an den erheblichen Verschiebungen bei ihren Programmprioritäten zwischen 2019 und 2020 ablesen.

Eine ihrer vielen Rollen bei der Bekämpfung der Pandemie ist die einer Plattform für ihre Mitgliedstaaten: Im Rahmen der Weltgesundheitsversammlung (WHA), dem höchsten Organ der WHO, kommen Vertreter aller Mitgliedsstaaten einmal jährlich zusammen. Dabei werden politische Ziele und Strategien formuliert, die anschließend vom Sekretariat, der WHO-Zentrale, umgesetzt werden. Bei der in 2020 virtuell abgehaltenen WHA standen die Entwicklungen und Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 im Vordergrund. Dabei unterstützten 139 Länder eine wegweisende Resolution, welche die Führungsrolle der WHO in der Krise betont, sowie Impfstoffe und Behandlungen als globale öffentliche Güter anerkennt (Karte 10). Betont wird die Notwendigkeit einer inklusiven, sektorenübergreifenden Kooperation staatlicher und privater Akteure, um niemanden zurückzulassen, sowie errungenes Wissen über COVID-19 zu teilen. Dabei sendet diese von der EU initiierte Resolution, in erster Linie ein wichtiges politisches Signal hin zu globaler Solidarität. Letztlich distanzieren sich die USA von der Resolution, da die Formulierungen bezüglich sexueller und reproduktiver Rechte sowie der globalen Entwicklung von Impfstoffen zu weitreichend waren, blockierten deren Annahme allerdings auch nicht.

Während der Pandemie war, neben ihren zahlreichen anderen Funktionen, auch die Rolle der WHO als Koordinatorin ausschlaggebend. Ein Beispiel war ihre Führungsrolle beim

WHO als
Koordinatorin

COVAX-Fazilität

Multilaterale
Hoffnung

ACT-Accelerator. Diese Initiative schafft einen Rahmen der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit für Regierungen, Gesundheitsorganisationen, Wissenschaftlern und Unternehmen, um global die Entwicklung und Verteilung von COVID-19-Impfstoffen, Behandlungen und Tests zu beschleunigen, damit die akute Phase der Pandemie bis Ende 2021 beendet werden kann. Sie wurde im April 2020, initiiert von der WHO und unterstützt u.a. von der Europäischen Kommission, ins Leben gerufen.

Eine der drei Säulen des ACT-Accelerators ist die seit Juni 2020 bestehende COVAX-Fazilität, deren beteiligte Länder in Karte 12 dargestellt sind. COVAX wird gemeinsam von der Impfallianz Gavi, der WHO und der Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) geleitet. Ziel ist es, die Entwicklung und Verteilung von COVID-19-Impfstoffen global zu organisieren, um eine möglichst breite, weltweite Impfstoffabdeckung zu erreichen. Somit sollen bis Ende 2021 2 Mrd. Dosen verteilt werden, damit mindestens 20% der Bevölkerungen aller Länder geimpft werden können, darunter insbesondere Personen, die im Gesundheitssystem tätig sind und Risikogruppen. Insgesamt beteiligen sich 188 Länder: einkommensschwächere Staaten, denen Mittel zugutekommen und einkommensstarke, die sich selbst finanzieren, aber ebenfalls von einem garantierten Zugang profitieren. Bemerkenswert ist, dass die USA und Russland sich bis Anfang 2021 als einzige G20-Mitglieder (Stand: Dezember 2020) nicht beteiligten. Allerdings ist ein Beitritt zur COVAX-Initiative zu einem späteren Zeitpunkt immer noch möglich. Am 14. Januar kündigten die USA ihre Rückkehr in die WHO und damit auch die Beteiligung an der COVAX-Initiative an. Der Beitritt der USA ist von großer Bedeutung für die Finanzierung dieses zentralen Instruments für globale Solidarität. Das Vakuum, welches die USA im Jahr 2020 in der WHO hinterließen, musste nicht nur politisch, sondern auch finanziell von anderen Akteuren aufgefangen werden. In beiden Bereichen versuchte vor allem Deutschland und die EU diese Lücke zu füllen.

Beide Karten zeigen, bei allen nationalen Alleingängen, die in der Krise beobachtet werden konnten, zumindest zwei Lichtblicke für den Willen der Weltgemeinschaft zu Solidarität und multilateralen Lösungen.

WHA-Resolution 2020 für den Kampf gegen COVID-19 UNTERSTÜTZER

Im Mai 2020 beschloss die Weltgesundheitsversammlung (WHA) eine Resolution zum Kampf gegen COVID-19. Eingbracht unter Führung der EU und von 139 Mitgliedsstaaten gestützt, wurde sie ohne Abstimmung angenommen. Sie fordert u.a. einen fairen Zugang zu Impfungen und die Bekämpfung von Fehlinformationen.

10

Globale Gesundheit



194 Mitgliedsstaaten

139 Unterstützer

Die USA

distanzieren sich in einem Statement von der Resolution.



COVAX-Fazilität

BETEILIGTE STAATEN

12

Globale Gesundheit

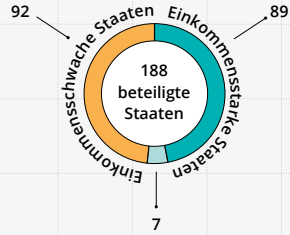


Die COVAX-Fazilität will die Entwicklung und Herstellung von COVID-19-Impfstoffen beschleunigen und global für einen fairen Zugang sorgen. Sie steht offen für die Beteiligung weiterer Staaten. COVAX wird von der WHO, der Impfallianz Gavi und der Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) geleitet.

7 einkommensstärkere Staaten, die Beteiligungen beabsichtigen

89 einkommensstärkere Staaten, die Vereinbarung abgeschlossen haben

92 einkommensschwache Staaten, denen die COVAX-Fazilität Zugang zu Impfstoffen ermöglicht



Die USA

beteiligt sich an der COVAX-Initiative und tritt der WHO wieder bei. Diese Änderungen wurden mit der Amtseinführung Joe Bidens zum Präsident der Vereinigten Staaten am 14.01.2021 möglich.

Deutschland

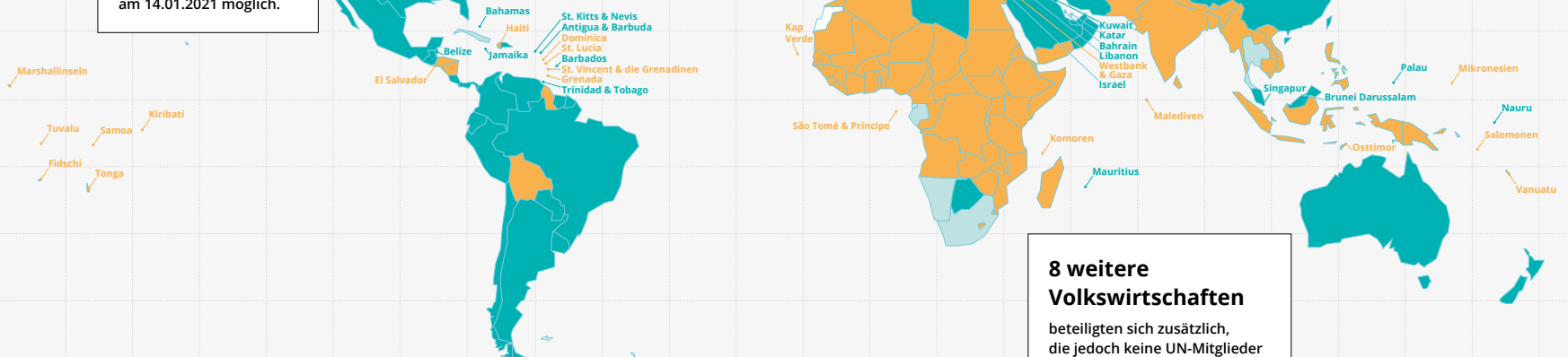
(u.a. EU-Länder) sind der COVAX-Fazilität über die EU beigetreten und sind Teil des «Teams Europa».

G20

Russland ist das einzige Mitglied der G20, welches sich bisher nicht beteiligt. Die Türkei und Südafrika beabsichtigen eine Teilnahme, während Indien und Indonesien, ebenfalls G20-Mitglieder, über die COVAX-Fazilität Impfstoffe erhalten sollen.

8 weitere Volkswirtschaften

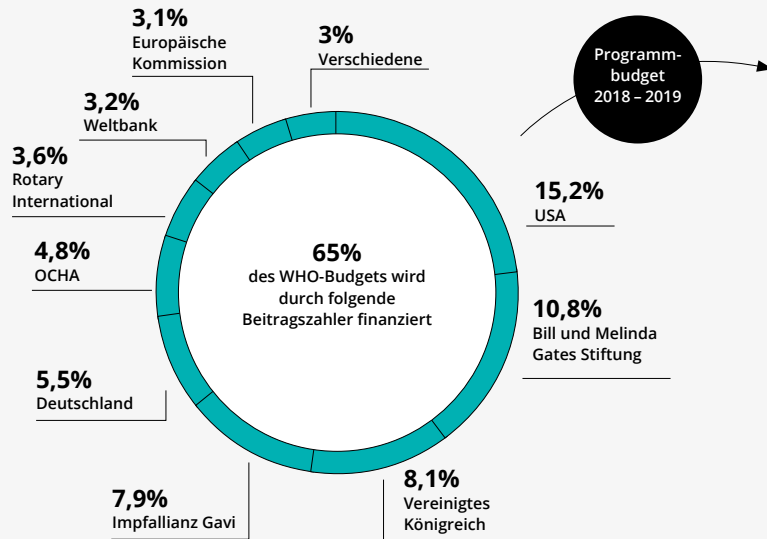
beteiligten sich zusätzlich, die jedoch keine UN-Mitglieder sind (u.a. Taiwan).



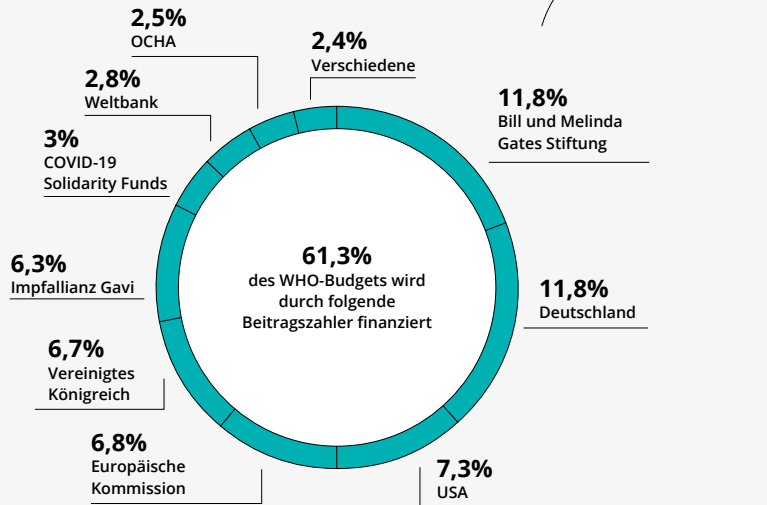
COVAX steht für COVID-19 Vaccines Global Access und möchte einen weltweit gleichmäßigen und gerechten Zugang zu COVID-19-Impfstoffen gewährleisten.

Stand: 14.01.2021

10 größte Beitragszahler (Organisationen und Länder)

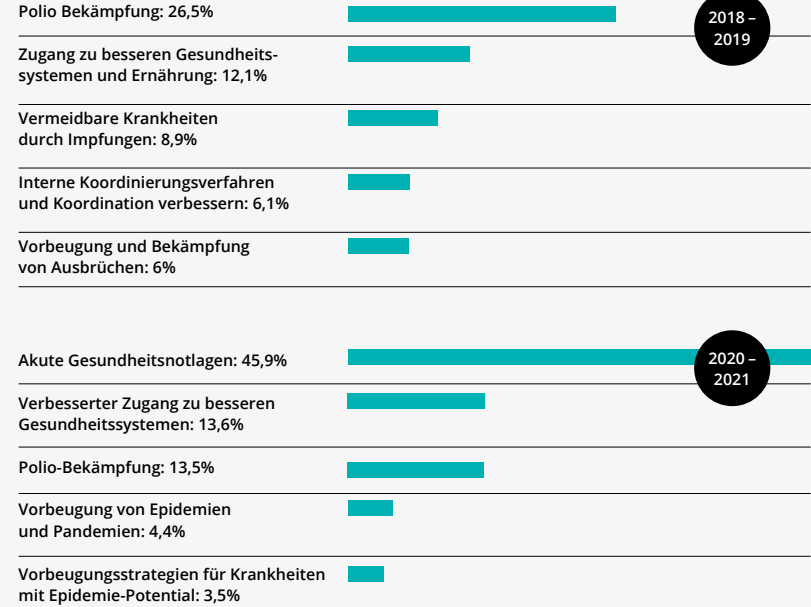


Programm-budget 2018 - 2019



Programm-budget 2020 - 2021

5 wichtigste Programme

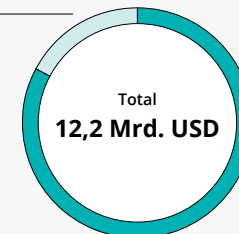


Impfallianz Gavi

Zugesagte Beiträge für 2021 - 2025

15% Stiftungen, Organisationen und Unternehmen (1,8 Mrd. USD)

davon: 14% Bill und Melinda Gates Stiftung (1,7 Mrd. USD)

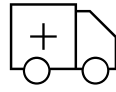


Rekordzusagen

an Beiträgen, die dazu beitragen werden, dass bis Ende 2025 300 Mio. weitere Kinder in den ärmsten Ländern der Welt gegen Krankheiten wie Masern, Polio und Diphtherie geimpft werden können.

85% Geberregierungen und die Europäische Kommission (10,4 Mrd. USD)

Humanitäre Hilfe



Genf, Hauptstadt der
Humanitären Hilfe

Generelle
Entwicklungen

Die Bedeutung des internationalen Genf ist v.a. im humanitären Bereich sehr groß, zahlreiche internationale Organisationen sowie Nichtregierungsorganisationen haben hier ihren Sitz, allen voran das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) oder auch das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA). 2019 beging die Stadt das 70-jährige Jubiläum der Unterzeichnung der Genfer Konventionen, welche mit ihren Zusatzprotokollen bis heute einen Meilenstein des humanitären Völkerrechts darstellen. Sie sollen den Schutz von Zivilisten und zivilen Einrichtungen in bewaffneten Konflikten gewährleisten, geraten aber vermehrt selbst unter Beschuss.

Aufgrund der Zunahme von Zahl und Dauer humanitärer Krisen, komplexer Konflikte und Naturkatastrophen ist der weltweite humanitäre Bedarf in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie wurde 2020 als das Jahr der schlimmsten humanitären Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg angesehen. Da die Pandemie auch zahlreiche Regionen erfasste, welche sich ohnehin schon in einer äußerst prekären Lage befanden, bündelten im März 2020 mehrere UN-Organisationen ihre Kräfte und stellten den Globalen Humanitären Reaktionsplan (GHRP) zur Bekämpfung von COVID-19 in den am stärksten gefährdeten Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen vor (Karte 18).

Innerhalb weniger Monate musste der Bedarf von 2 Mrd. auf 6,7 Mrd. und schließlich auf 9,5 Mrd. USD nach oben korrigiert werden; auch 9 weitere Länder wurden aufgenommen, sodass der Plan insgesamt 63 Länder umfasste. Vor allem durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus, steigt die extreme Armut seit 1990 derzeit erstmals wieder an. Allein wenige Monate führten zum größten Rückgang im Pro-Kopf-Einkommen seit 1870. Die akute Nahrungsmittelunsicherheit hat sich innerhalb eines Jahres nahezu verdoppelt. Allein die Anzahl von Kindern unter 5 Jahren mit schwerer Unterernährung

Von COVID-19
zur Polyemie

Humanitäre
Waffenruhe

wird schätzungsweise um 15–25% ansteigen. Frauen hat es zudem besonders schwer getroffen: etwa 70% sind im informellen Sektor beschäftigt und verfügen kaum über einen Zugang zu Sozialschutz. Je nach Land ist auch ein drastischer Anstieg geschlechtsbezogener Gewalt um 60–770% zu verzeichnen. Viele Organisationen warnen entsprechend vor «Hunger-Pandemien», sozialen Unruhen, Konflikten und einer Zunahme verschiedenster Krankheiten, kurz: Entwicklungsgewinne von mehreren Jahrzehnten stehen möglicherweise bald zur Disposition. Die Situation benötige daher dringend Aufmerksamkeit auf sicherheitspolitischer Ebene, so auch mehrere Behördenchefs. Sie verwiesen auf exponentiell steigende Kosten, würden die Auswirkungen der Pandemie nicht zeitnah gemildert. Dennoch gingen bis Dezember 2020 erst ca. 40% der benötigten Gelder ein. Der Globale Humanitäre Reaktionsplan für COVID-19 wurde im Jahr 2021 in den Humanitären Gesamtplan von OCHA überführt. Dieser wies dadurch ein neues Rekordhoch aus: innerhalb nur eines Jahres sei die Zahl Bedürftiger um ganze 40% auf insgesamt 235 Millionen gestiegen. Besonders dramatisch gestaltet sich vor allem die Lage im Jemen, wo mit 24,3 Millionen Menschen ca. 80% der Bevölkerung auf lebensrettende Hilfe angewiesen ist. Aber auch die Lage in Äthiopien, der DR-Kongo, Afghanistan, dem Sudan und Syrien bleiben angespannt.

UN-Generalsekretär Guterres rief daher bereits zu Beginn der Pandemie zu einer weltweiten «humanitären Waffenruhe» auf. Neben den Konfliktparteien selbst appellierte er vor allem an einflussreiche externe Akteure seinen Aufruf mit robusten diplomatischen Bemühungen zu untermauern und ihm so Geltung zu verschaffen. Sein Appell blieb jedoch monatelang weitgehend unbeantwortet. Obgleich ihm bis Mitte 2020 180 Staaten, regionale Partner, nicht-staatliche und religiöse Akteure beipflichteten, intensivierten sich in vielen Konfliktregionen die Kämpfe sogar.

Eine entschiedene Antwort der internationalen Gemeinschaft auf die schlimmste humanitäre Krise seit einem halben Jahrhundert steht demnach noch immer aus.

Globaler Humanitärer Reaktionsplan COVID-19 STAATLICHE GEBER / ZIELLÄNDER

Im März 2020 initiierten verschiedene UN-Organisationen einen globalen humanitären Reaktionsplan, welcher 63 Länder im Kampf gegen humanitäre, gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Folgen von COVID-19 unterstützt.

18

Humanitäre Hilfe



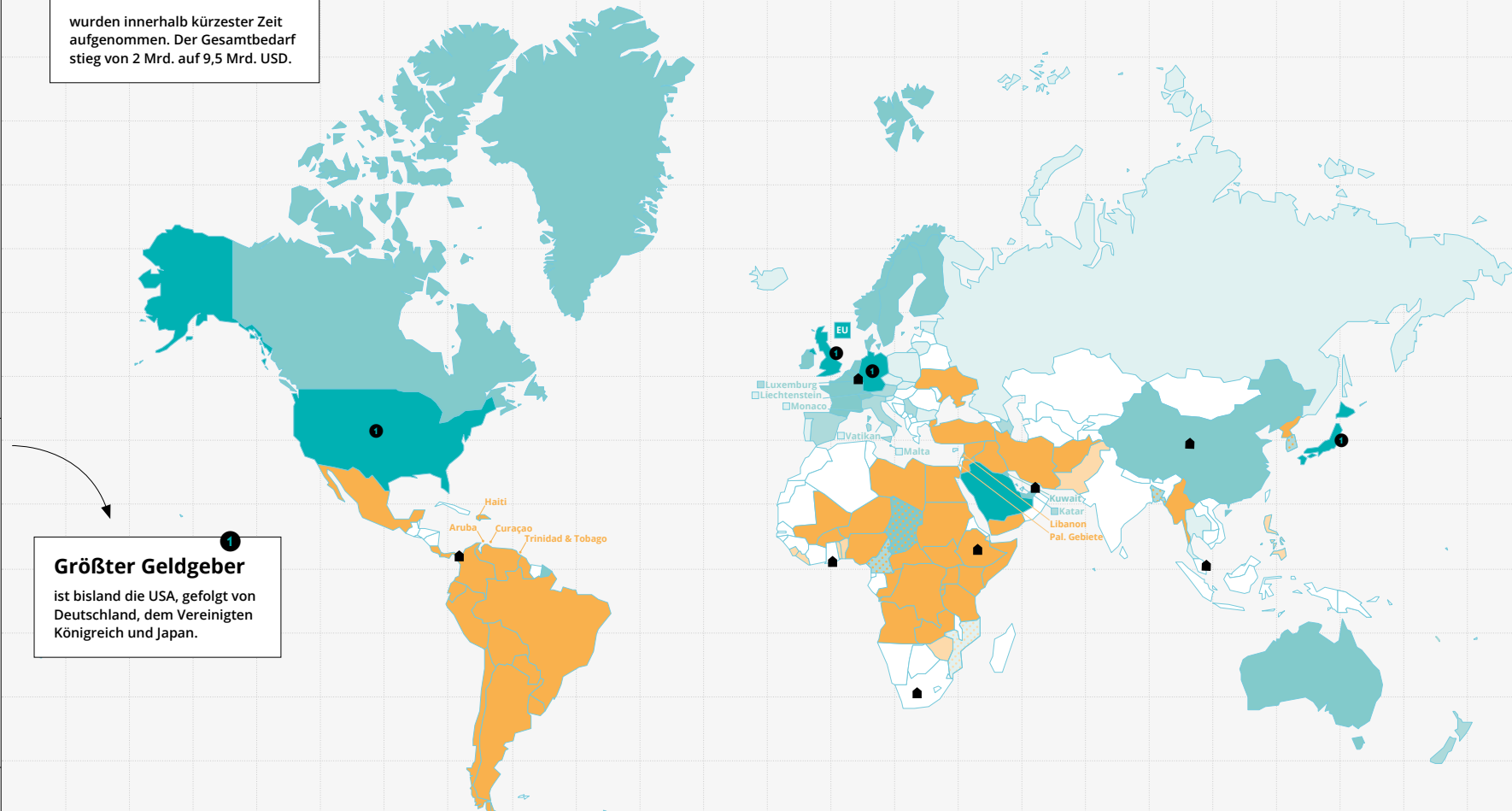
9 zusätzliche Länder

wurden innerhalb kürzester Zeit aufgenommen. Der Gesamtbedarf stieg von 2 Mrd. auf 9,5 Mrd. USD.

Größter Geldgeber

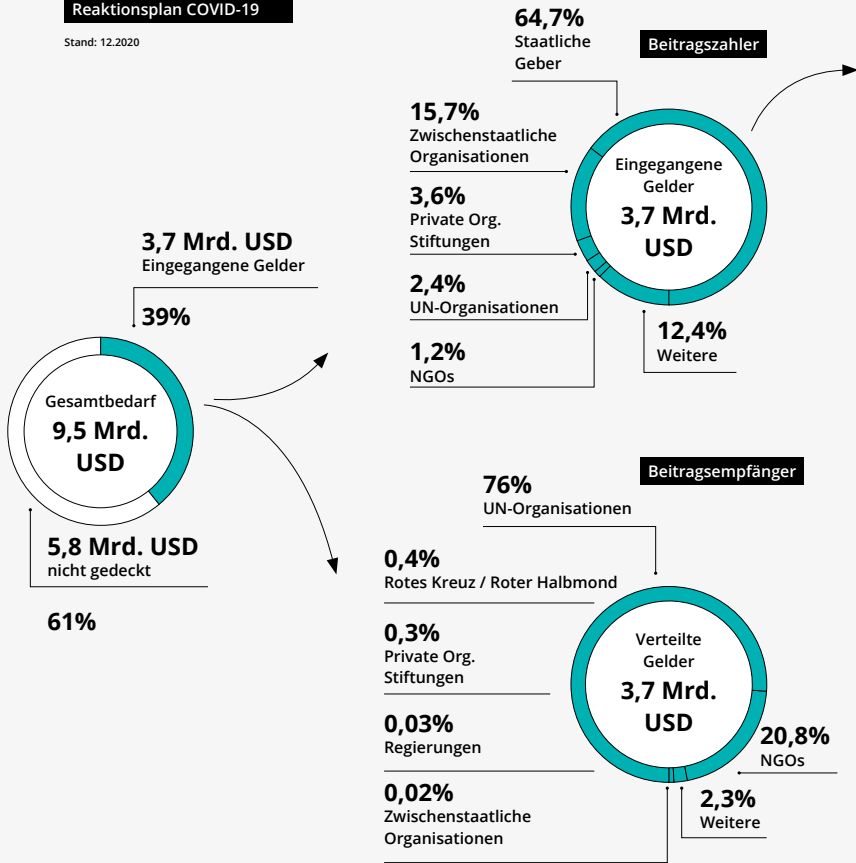
ist bislang die USA, gefolgt von Deutschland, dem Vereinigten Königreich und Japan.

- 2 9 zusätzliche Zielländer
- 54 ursprüngliche Zielländer
- > 100
- 10 - 100
- 1 - 10
- Staatl. Geber < 1 Mio. USD
- 8 humanitäre Logistikzentren

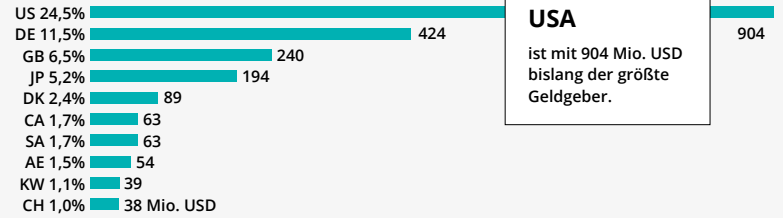


Globaler Humanitärer Reaktionsplan COVID-19

Stand: 12.2020



10 größten staatlichen Geldgeber > 100 Mio. USD



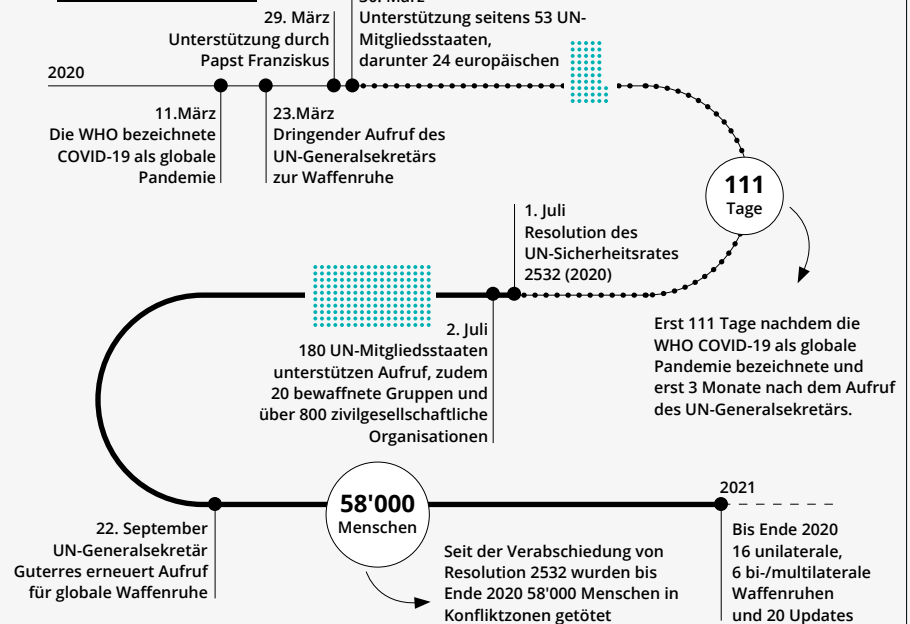
11 Bio. USD

umfassen zusammengerechnet schätzungsweise die nationalen COVID-19-Hilfspakete der G20 und der OECD-Staaten.

90 Mrd. USD

also 0,8% wären ausreichend, um 10% der bedürftigsten Menschen weltweit vor den schlimmsten Folgen des Virus zu schützen.

Globale Humanitäre Waffenruhe



Seit 1990

erster Anstieg globaler Armut und Rückgang globaler menschlicher Entwicklung.

Frauen

besonders schwer betroffen, ca. 70% in informellem Sektor beschäftigt, kaum Zugang zu Sozialschutz oder Sicherheitsnetzen.

ca. 40% der Weltbevölkerung

besitzt keine Möglichkeit sich zuhause die Hände mit Wasser und Seife zu waschen.

Welthandel



Blockierte
Streitschlichtung

2019 und 2020 waren schwere Jahre für die Welthandelsorganisation (WTO), boten jedoch auch vereinzelte Hoffungsschimmer: Seit Dezember 2019 ist die Streitschlichtungsfunktion der WTO – einer ihrer tragenden Säulen – ausgehebelt, da die USA seit Jahren die Neubenennung von Mitgliedern der Berufungsinstanz blockieren. Washington war zunehmend unzufrieden mit einigen Schiedssprüchen der Instanz und auch mit der Ausübung ihres Mandats. Die Blockade dient den USA zudem als Hebel um ihren Forderungen nach einer umfassenden Reform der WTO Nachdruck zu verleihen; viele WTO-Regeln seien veraltet und beispielsweise nicht angemessen, um auf staatskapitalistische Praktiken Chinas eine Antwort zu finden. Auch Mitgliedstaaten (alle Mitglieder finden sich in Karte 24), welche die Kritik der USA teilen, ging die Blockade der Berufungsinstanz jedoch zu weit. Denn das zweistufige Streitschlichtungssystem der WTO gilt als zentrales Instrument zur Verhinderung einer Eskalation von Handelskonflikten. Entsprechend gab es unter gleichgesinnten WTO-Mitgliedern (u.a. der EU und Norwegen) 2019 Überlegungen, eine provisorische Berufungsinstanz zu schaffen.

Provisorische
Berufungsinstanz

Entgegen vieler skeptischer Prognosen gelang es der EU und 18 weiteren WTO-Mitgliedern, sich am 30. April 2020 auf ein vorläufiges Berufungsverfahren für Handelsstreitigkeiten zu einigen. Unter den Beteiligten sind auch Länder (Karte 26), die durchaus häufig in Handelsdisputen verwickelt sind. Die Lösung ist somit mehr als diplomatische Symbolik, auch wenn die Feuertaupe durch die Befassung mit konkreten Streitfällen erst 2021 erfolgen wird. Die Abwesenheit der USA zeigt gleichwohl, dass es sich nur um ein zeitlich begrenztes Provisorium handeln kann. Umfassende Verhandlungsrunden bei der WTO sind derzeit unrealistisch und selbst Diskussionen zu sektoriellen Vereinbarungen (z.B. zu Fischereisubventionen) waren 2020 äußerst schwierig.

Verhandlungen

Die WTO ist gleichwohl Plattform für ihre Mitglieder, um in bestimmten Bereichen in «Koalitionen der Willigen» voranzupreschen. Ein Beispiel ist das «Gemeinsame Statement» zum elektronischen Handel, dem inzwischen 86 Länder (Stand: November 2020) beigetreten sind (Karte 28). Ziel ist eine Einigung auf gemeinsame Regeln für diesen zunehmend wichtigen Bereich. Bemerkenswert: Sowohl die USA, die EU als auch China sind bei dieser Initiative an Bord. Zu den größten Skeptikern gehören Indien und Südafrika sowie das Gros der afrikanischen Länder – zuletzt haben sich jedoch auch einige Länder des afrikanischen Kontinents der Initiative angeschlossen. Die Gespräche über gemeinsame Regeln in diesem zukunftsweisenden Bereich gingen mühsam voran.

COVID-19-
Pandemie

Die WTO spielte auch im Rahmen der COVID-19-Pandemie eine wichtige Rolle, u.a. durch Aufspürung der oft versteckten protektionistischen Maßnahmen ihrer Mitgliedstaaten. Gleichzeitig war sie auch eine zentrale Plattform für Initiativen von Mitgliedern, sich der gerade zu Beginn der Pandemie drohenden Spirale des Protektionismus entgegenzustellen. Eine davon war die Ankündigung von einer Gruppe von Ländern, Nahrungsmittellieferketten nicht über Gebühr durch protektionistische Maßnahmen zu torpedieren (Karte 30).

Herausforderungen

Seit Mai 2020 war die WTO durch eine Nachfolgediskussion für den zurückgetretenen Generaldirektor Roberto Azevêdo in Beschlag genommen. Auch zum Jahresende gab es noch keine Lösung, da die Trump-Administration der nigerianischen Kandidatin Ngozi Okonjo-Iweala ihre Unterstützung verweigerte. Letztlich machte im Februar 2021 die Biden-Regierung den Weg frei für die erste Frau und erste WTO-Generaldirektorin aus dem afrikanischen Kontinent. Diese steht nun vor zahlreichen Herausforderungen. Ob durch die neue Leitung auch eine neue Dynamik in der WTO entfaltet werden kann, wird sich unter anderem bei der im Dezember 2021 angesetzten 12. Ministerkonferenz der WTO zeigen.

Welthandelsorganisation MITGLIEDER

Die Welthandelsorganisation (WTO) in Genf setzt Regeln für den globalen Handel. Sie hat 164 Mitglieder und 25 Beobachter, die ebenfalls Mitglieder werden wollen. Dabei müssen Mitglieder nicht zwingend unabhängige, anerkannte Staaten bezüglich ihrer Außenhandelsbeziehungen sein.

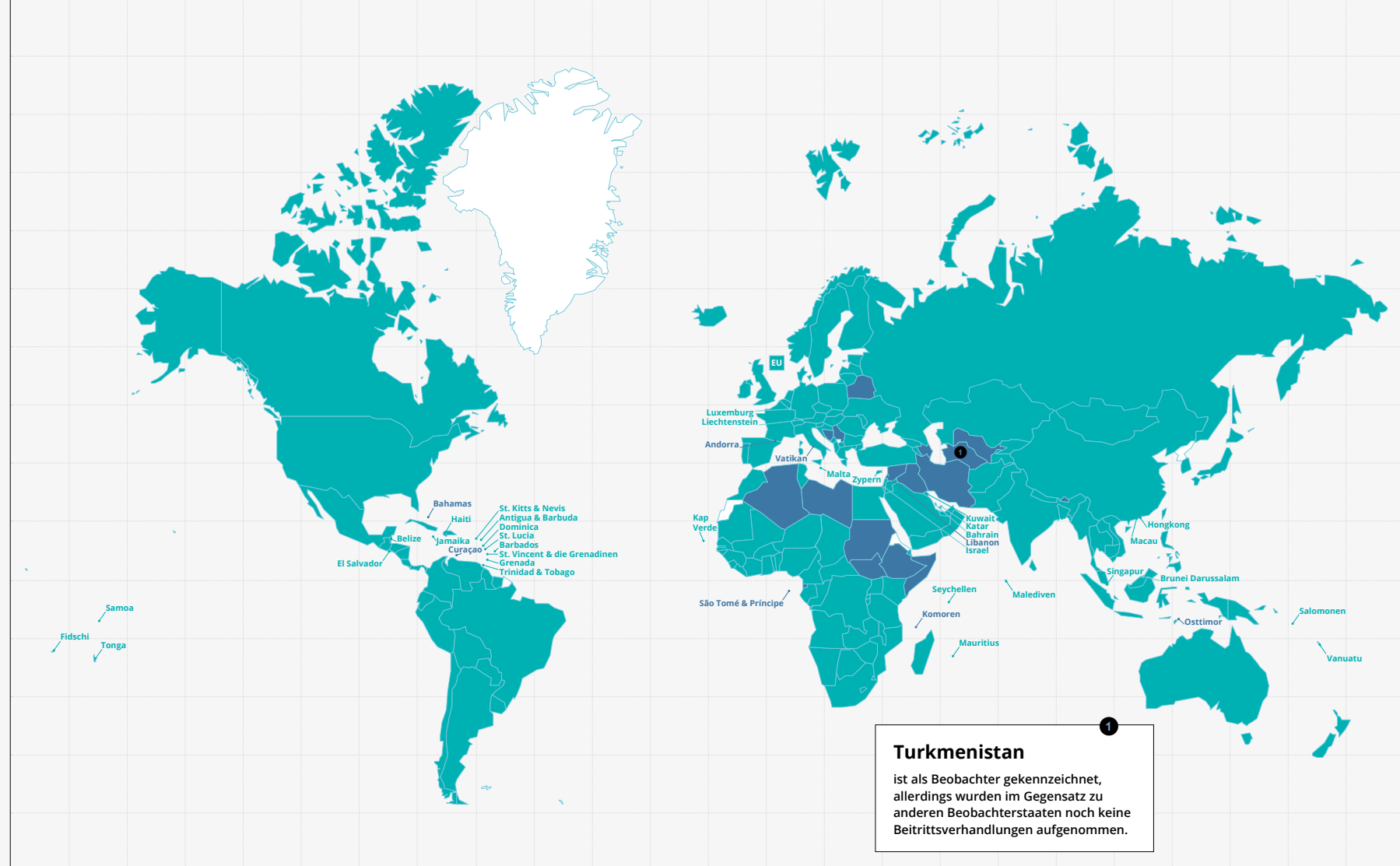
24

Welthandel



25 Beobachter

164 Mitglieder



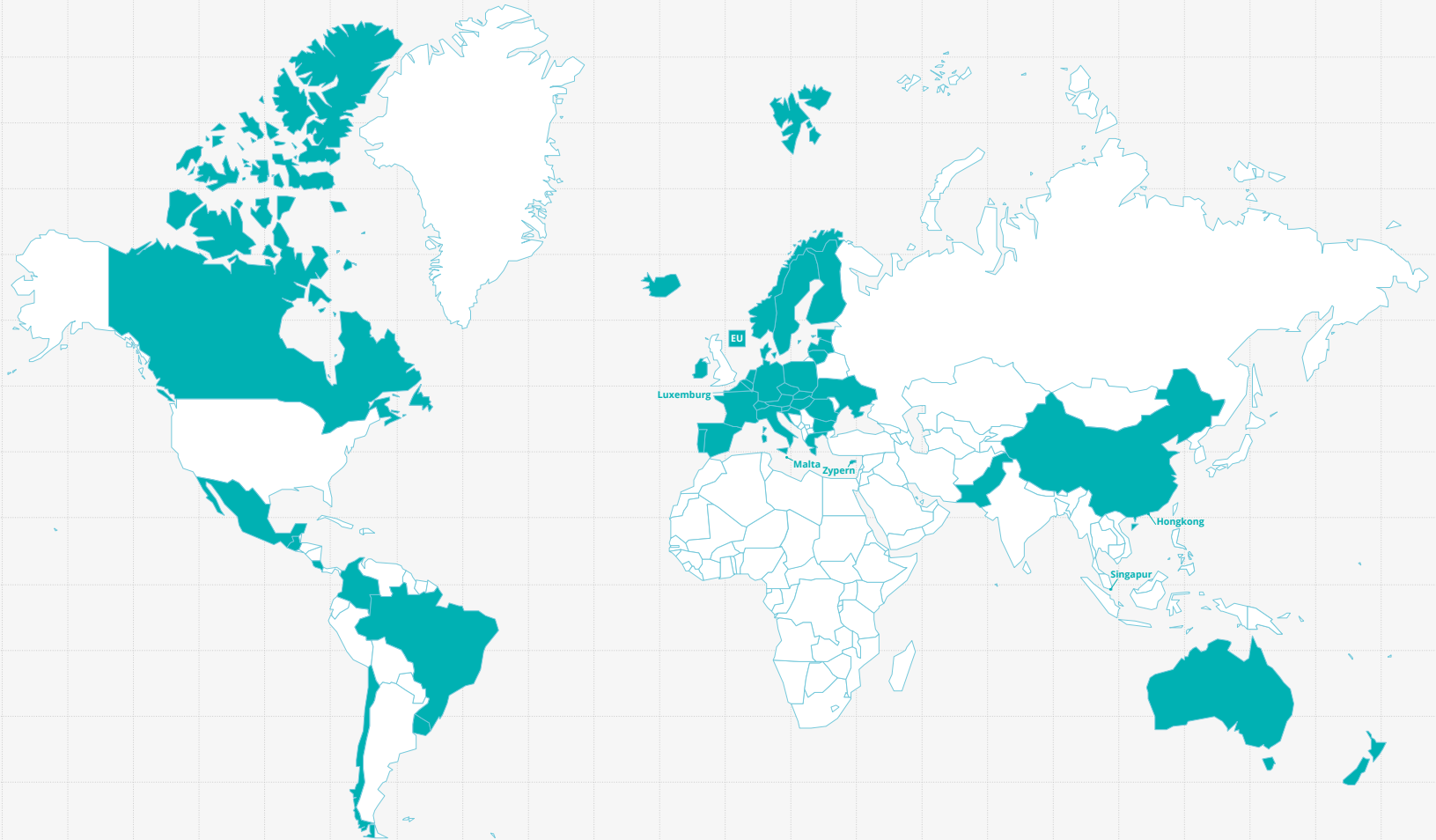
Überbrückungslösung für WTO-Streitschlichtung

BETEILIGTE STAATEN

Im April 2020 einigten sich 19 WTO-Mitglieder (u.a. auch die EU) auf ein vorläufiges Berufungsverfahren für Handelsstreitigkeiten. Es stützt sich auf bestehende WTO-Regeln und soll nur so lange Anwendung finden, bis das Berufungsorgan wieder funktionsfähig ist. Dieser Schritt wurde im Januar bereits angekündigt.

26

Welthandel



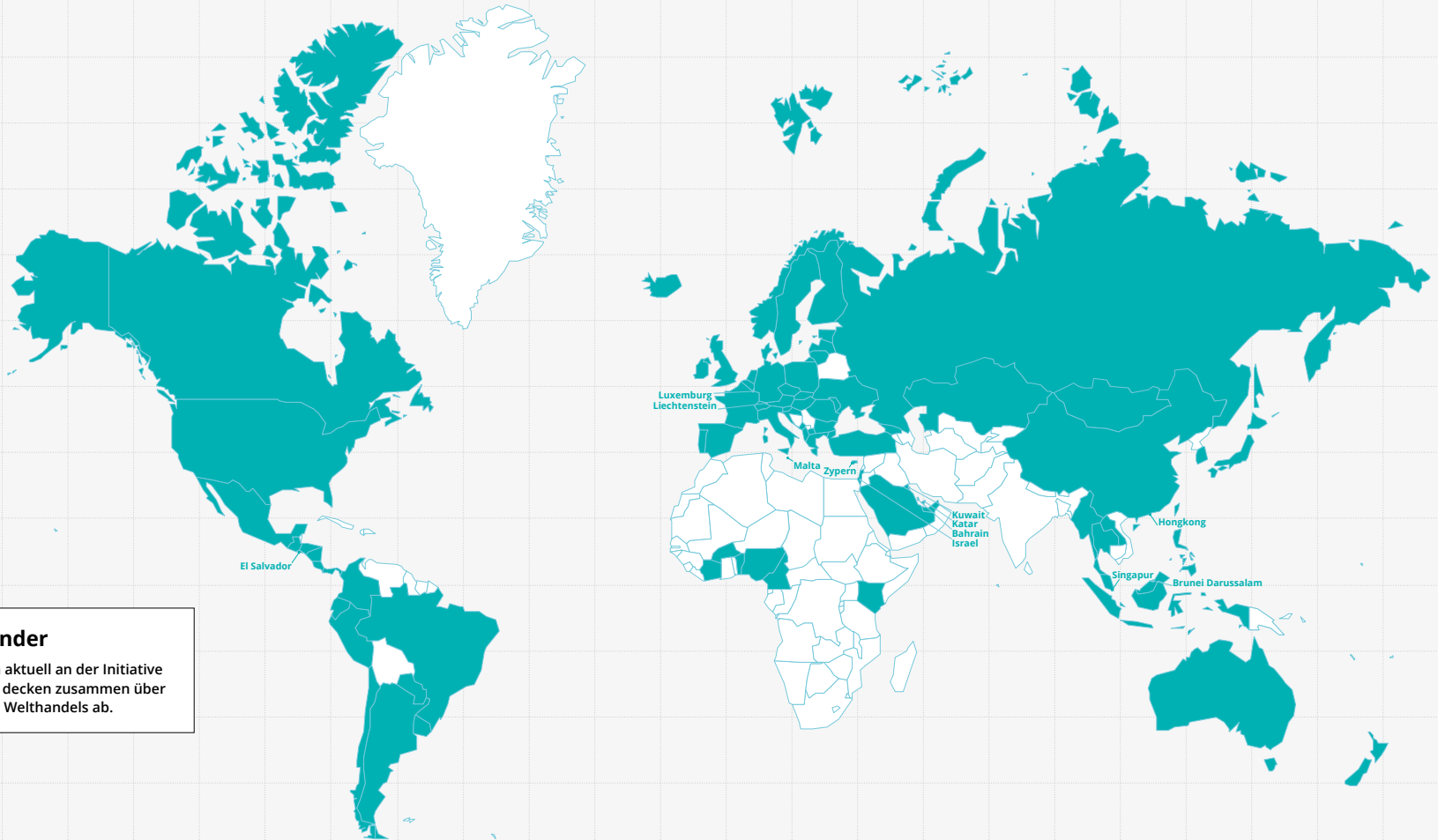
Initiative zum elektronischen Handel

WTO-MITGLIEDER

2020 haben 76 WTO-Mitglieder ihren Willen zur Stärkung des weltweit zunehmenden elektronischen Handel erklärt. Seitdem haben sich 10 weitere Länder der Initiative angeschlossen. Trotz der wachsenden Bedeutung elektronischen Handels gab es für diesen Bereich bislang keine spezifischen WTO-Regeln.

28

Welthandel



86 Länder

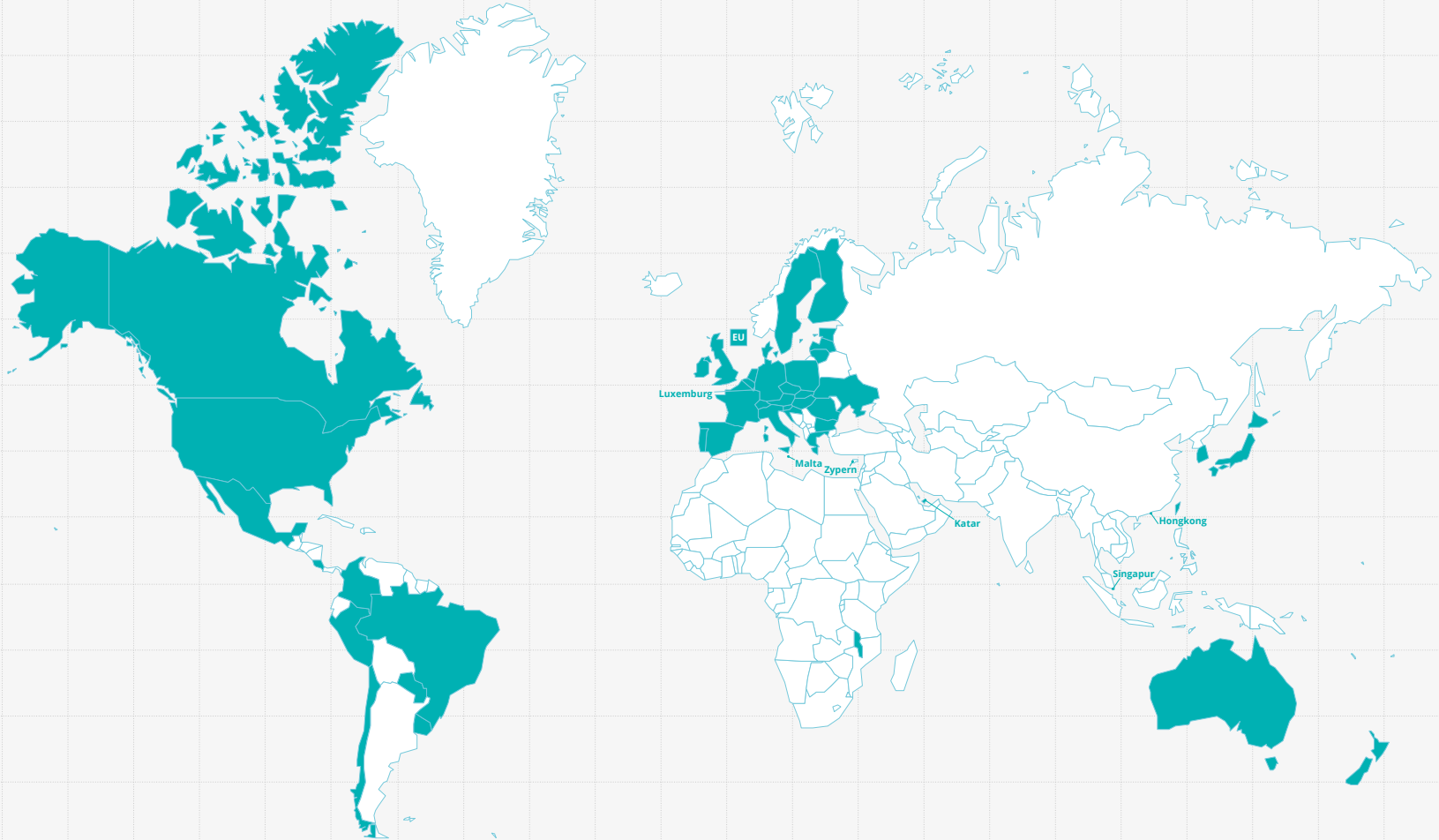
nehmen aktuell an der Initiative Teil und decken zusammen über 90% des Welthandels ab.

Offenhaltung von Nahrungsmittel- lieferketten UNTERSTÜTZER

Auf Initiative Kanadas unterzeichneten 1/3 der WTO-Mitglieder im April 2020 während der COVID-19-Krise eine Vereinbarung auf Exportrestriktionen von Nahrungsmitteln zu verzichten.

30

Welthandel

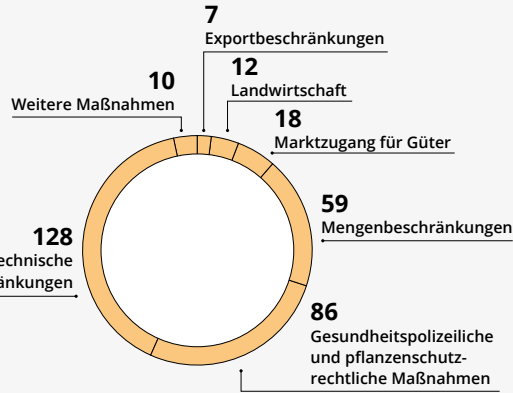


Notifizierungen von den Handel betreffenden Maßnahmen bei der WTO

Stand: 1.2.2021

Die WTO

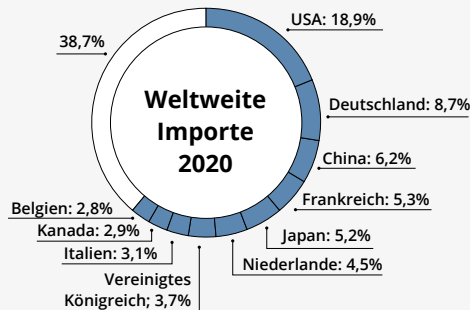
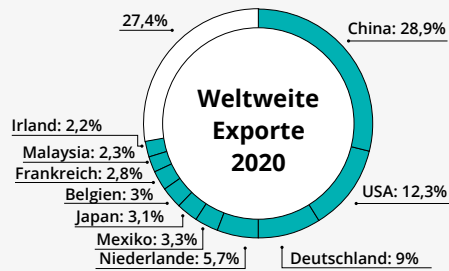
achtet auf die transparente Kommunikation von handels-erleichternden und handels-erschwerenden Maßnahmen, die ihre Mitglieder im Zuge der Pandemie treffen.



10 wichtigste Importeure und Exporteure von im Kampf gegen COVID-19 wichtigen medizinischen Produkten

17%

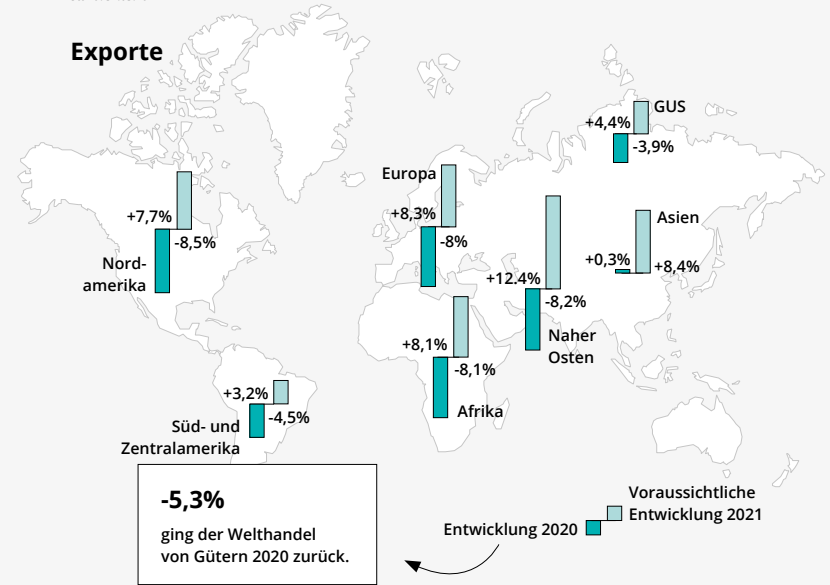
wuchs Chinas Anteil an den Exporten von 12% im Jahr 2019 auf 28,9% in 2020.



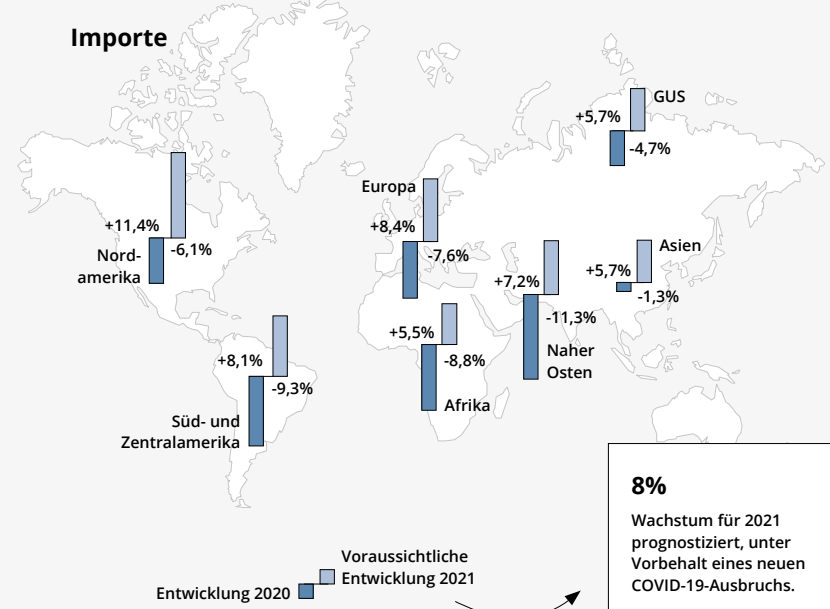
WTO-Prognose für die Entwicklung des Welthandels von Gütern

Stand: 31.03.2021

Exporte



Importe



Digitalisierung



Genf als Standort
für digitale Fragen

Häufig übersehen wird die Bedeutung Genfs als zentraler Standort für die Diskussion digitaler Fragen. Keine der hier ansässigen Organisationen bleibt von digitalen Fragestellungen unberührt:

Die Entwicklung gemeinsamer Regeln für den elektronischen Handel, welche sich u.a. in einer von 86 Ländern unterstützten WTO-Initiative zeigt, ist ein Vorhaben von erheblicher wirtschafts- und handelspolitischer Relevanz (Karte 28). Gleichzeitig ist Genf die Heimat mehrerer UN-Organisationen, in denen technische und politische Aspekte von digitalen Technologien diskutiert werden:

Die Internationale Fernmeldeunion (ITU) hat drei Hauptverantwortungsbereiche: Verwaltung des globalen Funkspektrums, Anbindung der Weltbevölkerung an Kommunikationsnetze und Entwicklung von ICT-Standards. Bemerkenswert ist die sehr aktive Präsenz Chinas und chinesischer Akteure in der ITU – wo es seit 2015 auch den Generalsekretär stellt - sowie in den zugehörigen Arbeitsgruppen. Die Offensive Chinas in der ITU, Standards für neue digitale Technologien zu entwickeln (z.B.: über Gesichtserkennung oder Internet-Protokolle, die so genannte «neue IP»), könnte beträchtliche Konsequenzen nicht nur für europäische Unternehmen, sondern auch für Menschenrechte haben. Deutschland ist eines von 48 Ländern, die im Rat der ITU vertreten sind (Karte 36) und nach Japan und den USA einer der wichtigsten Geldgeber für das ITU-Budget. Zusammengerechnet finanzieren die EU-Mitgliedstaaten circa 27% des Budgets.

Ein weiterer zentraler Akteur im internationalen Genf ist die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO); hier werden Fragen des internationalen Schutzes von geistigem Eigentum für digitale Technologien (insbesondere Künstliche Intelligenz) erörtert.

Standardisierung

Nichtregierungsorganisationen
und Privatsektor

Aus Sicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) können die Möglichkeiten der Digitalisierung im Gesundheitsbereich eine entscheidende Rolle auf dem Weg zur Erreichung des Ziels 3 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Gewährleistung eines gesunden Leben für alle Menschen jeden Alters) spielen. Im Tätigkeitsbereich der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat die Digitalisierung entscheidende Auswirkungen für die Zukunft der Arbeit.

Zudem entwickelt sich im internationalen Genf auch zunehmend ein Netzwerk von Nichtregierungsorganisation mit Fokus auf digitalen Fragestellungen. Beispiele sind die Geneva Internet Plattform, ICANN oder die Internet Society. Der Privatsektor ist hingegen vergleichsweise wenig präsent (mit Ausnahme großer US-Unternehmen wie Microsoft oder Facebook). Dennoch nehmen Experten aus dem Privatsektor regelmässig an Sitzungen von Arbeitsgruppen der in Genf beheimateten Standardisierungsorganisationen wie der Internationalen Organisation für Normung (ISO), der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) und der Internationalen Elektrotechnischen Kommission (IEC) teil. Bemerkenswert: Facebook hat Genf als Hauptsitz ihres Vorhabens zur Entwicklung globaler digitaler Zahlungsverkehrssysteme ausgewählt. So wurde der Libra Verein 2019 in Genf gegründet, inzwischen wurde er in Diem Verein umbenannt.

Digitale Kluft

Gerade in der Pandemie wird auch die Bedeutung einer modernen digitalen Infrastruktur deutlich. Die Daten der ITU zeigen jedoch, dass es weltweit noch immer eine große digitale Kluft gibt (siehe Dashboard 40/41). Blickt man etwa auf den von der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) gemeinsam mit INSEAD und Cornell publizierten Global Innovation Index, so klafft der Grad der Investitionen in den Ausbau der innovativen Informations- und Kommunikationstechnologien noch weit auseinander (Karte 38).

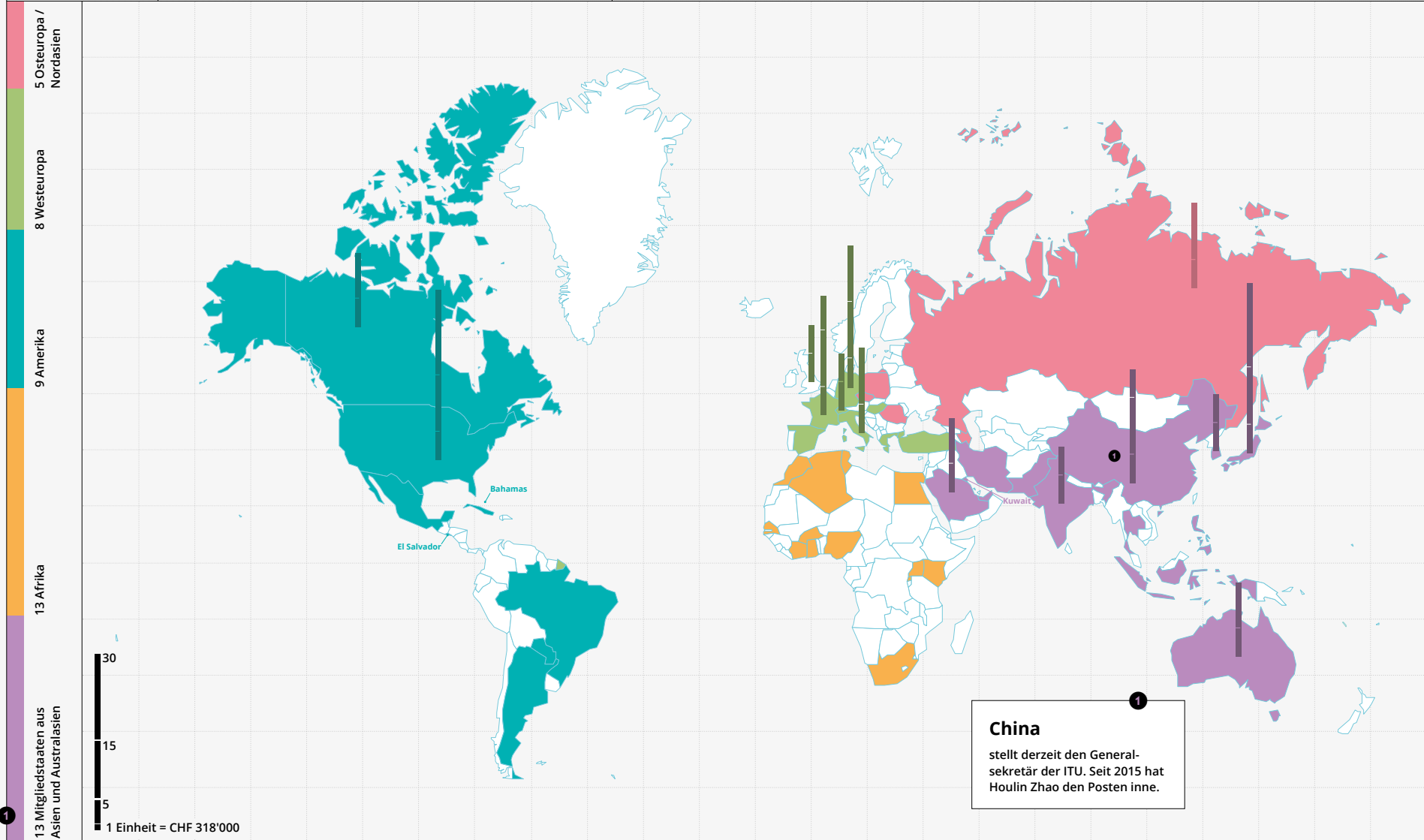
ITU Rat von 2019 bis 2022

ZUSAMMENSETZUNG

Der Rat der Internationalen Telekommunikationsunion (ITU) besteht aus 48 Mitgliedern, die alle vier Jahre auf der Konferenz der Bevollmächtigten gewählt werden. Der Rat ist das leitende Organ der ITU. Die vierzehn größten Beitragszahler für das ITU-Budget sind auf der Karte angegeben.

36

Digitalisierung

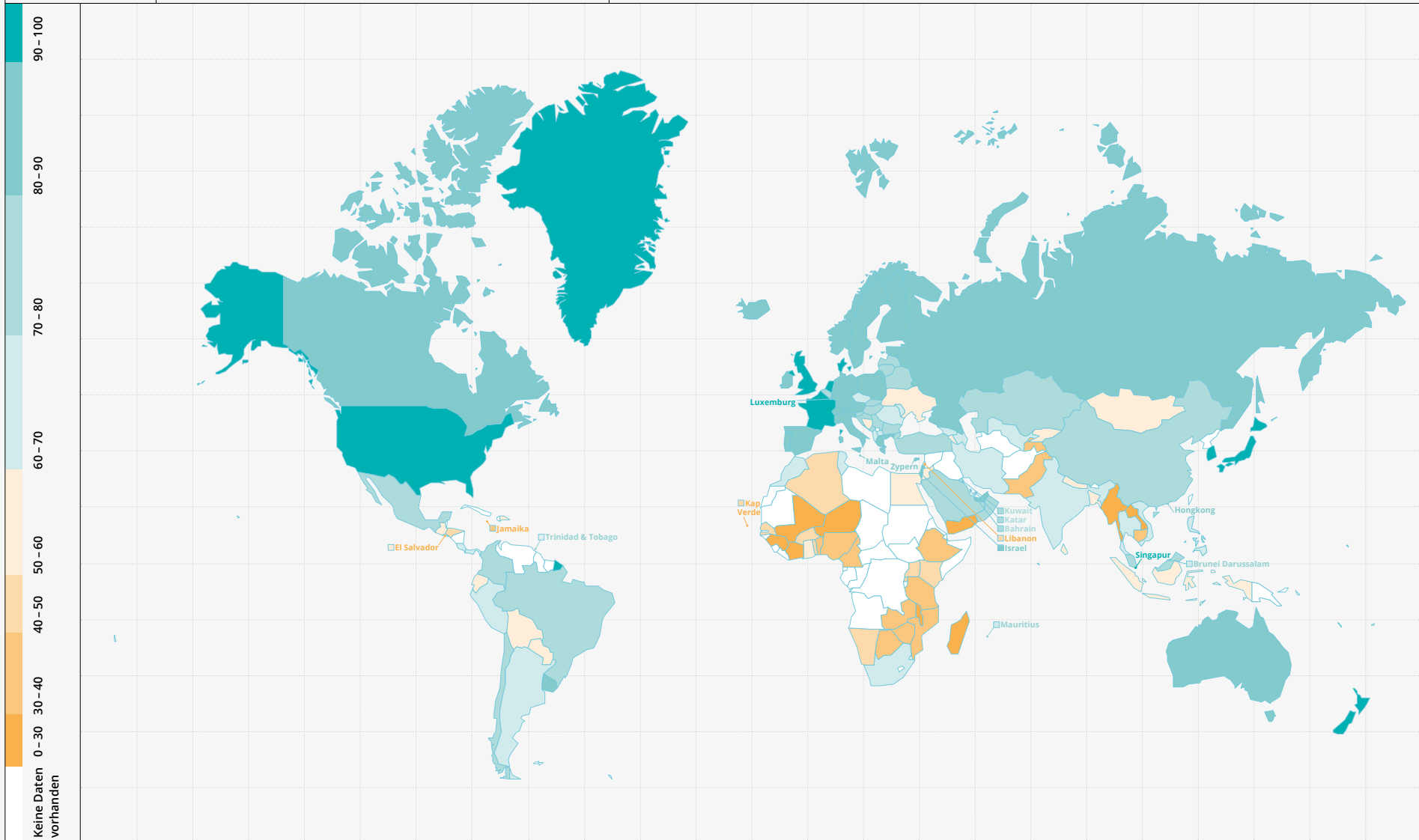


Investitionsgrad zu innovativen Technologien weltweit

Der Global Innovation Index zeigt den Investitionsgrad für den Ausbau der innovativen Technologien in verschiedenen Staaten und vergibt einen Wert von 0 bis 100 (geringste bis größtmögliche Digitalisierung). Die COVID-19-Pandemie birgt das Risiko, dass sich die Schere des digitalen Entwicklungsstandes weiter öffnet.

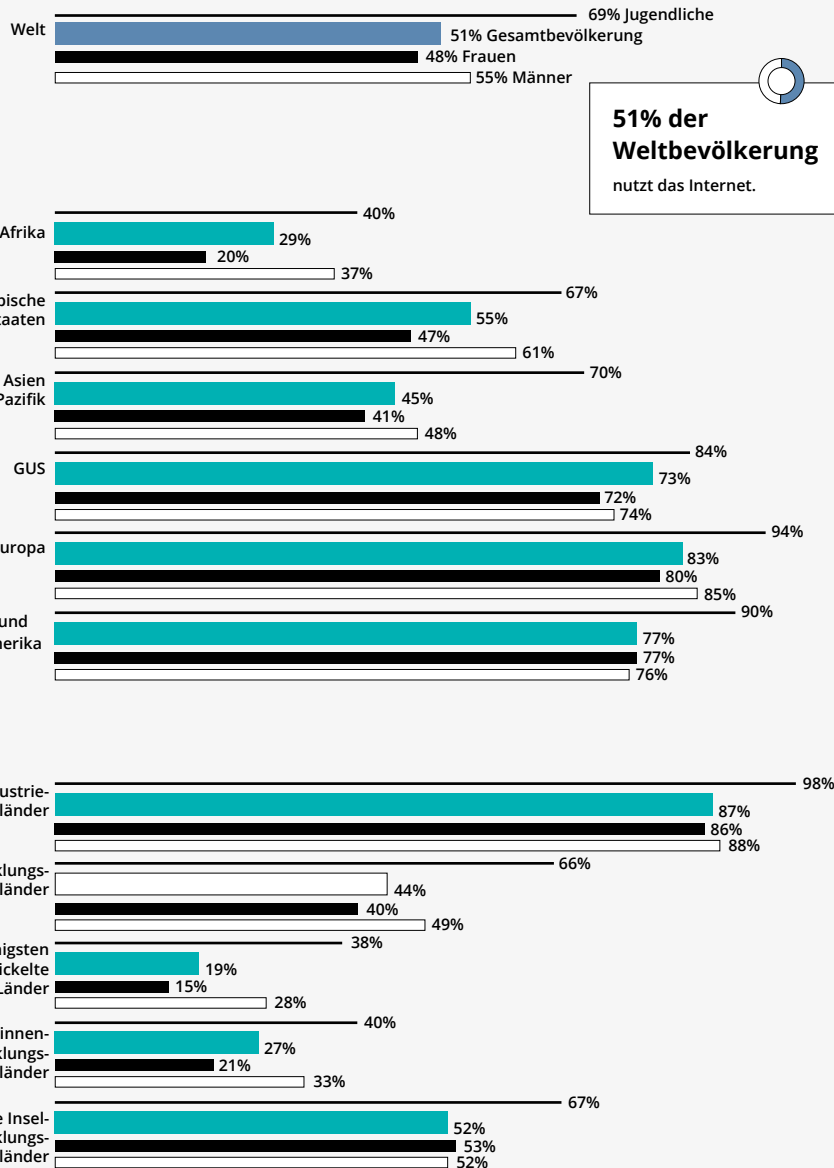
38

Digitalisierung



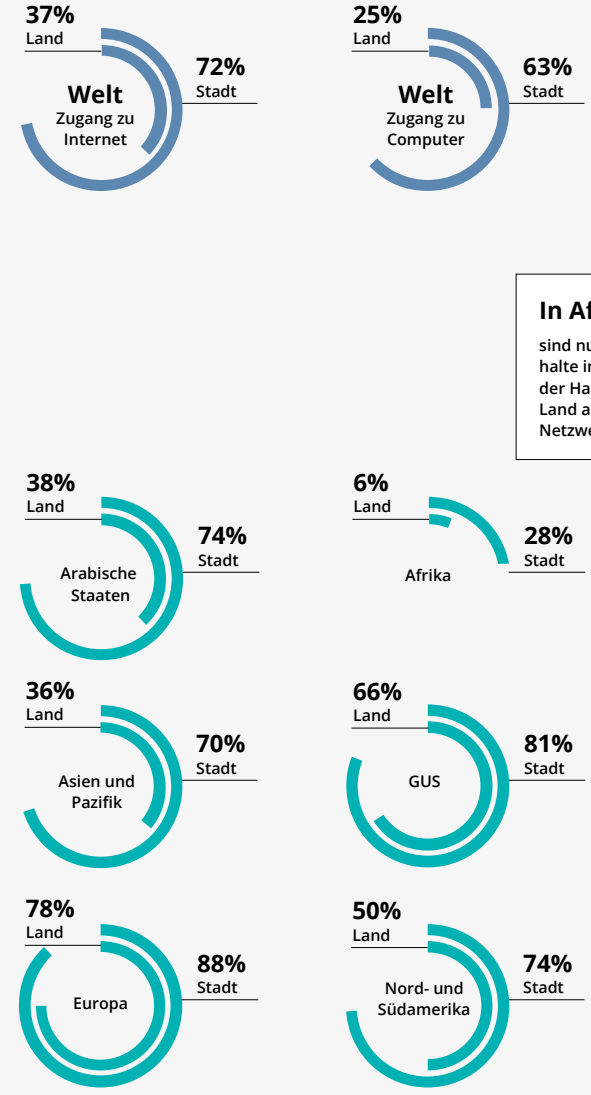
Prozentsatz der Personen, die das Internet nutzen

2019



51% der Weltbevölkerung nutzt das Internet.

Prozentualer Anteil der Haushalte mit Internetzugang in städtischen und ländlichen Gebieten



In Afrika
sind nur 28% der Haushalte in Städten und 6% der Haushalte auf dem Land an globale digitale Netzwerke angeschlossen.

GUS - Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Menschenrechte



Menschenrechte
und Genf

Zusammensetzung
UN-Menschenrechtsrat

Trends und
Entwicklungen

Genf ist im Bereich Menschenrechte einer der zentralen Standorte weltweit. Neben dem Sitz des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR), steht v.a. der UN-Menschenrechtsrat als zwischenstaatliches Gremium im Fokus der Aufmerksamkeit.

Seine 47 Mitglieder werden direkt von der UN-Generalversammlung für einen Zeitraum von drei Jahren mit dem Ziel gewählt, den weltweiten Schutz, die Förderung und Weiterentwicklung von Menschenrechten zu gewährleisten. Für seine Zusammensetzung ist das Regionalprinzip der UN ausschlaggebend. Aus Afrika und Asien-Pazifik gehören jeweils 13 Staaten dem Rat an, aus Lateinamerika und der Karibik 8, aus Osteuropa 6 und aus Westeuropa und den restlichen Staaten 7. Die Regionalgruppen sind bei der Aufstellung ihrer Kandidaten maßgebend, ermöglichen jedoch oft keine Auswahl. Entsprechend finden sich auch Staaten mit zweifelhafter Menschenrechtsbilanz im Rat. Wie setzte sich der Menschenrechtsrat 2020 und wie 2021 zusammen? Welche Staaten konnten einen Sitz erringen und welchen blieb die notwendige Mehrheit verwehrt (Karten 44 und 46)? Mit der Rückkehr der USA in den Menschenrechtsrat, sind im Jahr 2021 erstmals seit Langem wieder alle ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates vertreten. Für Oktober 2021 kündigte die USA zudem an, sich erneut für eine Vollmitgliedschaft im Rat aufzustellen.

Der Austritt der USA im Jahr 2018 hatte in den vergangenen Jahren ein Vakuum geschaffen, welches den Menschenrechtsrat zum Schauplatz eines Tauziehens um die zukünftige Ausrichtung internationaler Menschenrechtsnormen machte. Insbesondere autokratische Staaten traten sehr viel forscher auf als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war. Das zeigt sich unter anderem an den andauernden Versuchen Chinas das Verständnis von Menschenrechten umzudeuten und bestehende Standards aufzuweichen, etwa durch das erfolgreiche Einbringen von Resolutionen zu «vorteilhafter Kooperation» im Menschenrechtsbereich (Karten 56 und 58). Beim Blick auf

Einzelabstimmungen

COVID-19 als zentrale
Herausforderung

das Abstimmungsverhalten zu strittigen Resolutionen im Menschenrechtsrat im Jahr 2019, bei denen China und die EU-Staaten in der Regel unterschiedlich abstimmten, zeigt sich wiederum welche Länder eher dem westlichen Verständnis oder der Auffassung Pekings nahestanden (Karten 48 und 50). Ein ähnliches Bild zeichnet der Vergleich des Abstimmungsverhaltens der Ratsmitglieder mit demjenigen Deutschlands, welches für 2020 bis 2022 in das Gremium gewählt wurde (Karten 52 und 54).

Eine beispielhafte Auswahl von Einzelabstimmungen erlaubt noch einen schärferen Blick: Welche Länder stimmten gegen die Einsetzung, bzw. Verlängerung von unabhängigen Kommissionen zur Untersuchung von Menschenrechtsverbrechen im Jemen und Venezuela (Karten 60 und 62)? Welche kritisierten die Menschenrechtslage in Belarus im Kontext der Präsidentschaftswahl 2020 (Karte 64)? Trotz der Bandbreite an Resolutionen, schafften es einzelne Staaten, allen voran Saudi Arabien, Ägypten oder China sich erfolgreich öffentlicher Kritik zu widersetzen. So konnte etwa die Situation in Hongkong und die Lage der Uiguren in Xinjiang bislang nur durch von verschiedenen Ländern signierten Stellungnahmen und nicht durch Resolutionen adressiert werden (Karte 66).

Im Zuge der Pandemie kam es vermehrt zu Angriffen auf Menschenrechte, etwa durch den Missbrauch von Ausnahmeregelungen oder Einschüchterung von Personen, die mit der UN im Bereich Menschenrechte zu kooperieren suchten (Karte 68). Die Sonderberichterstatter, auch als «Augen und Ohren» des Menschenrechtsrates bezeichnet, überschlugen sich regelrecht mit Warnungen und Empfehlungen. UN-Hochkommissarin Michelle Bachelet verglich die Pandemie mit einer Wärmebildkamera, welche das systematische Versagen Menschenrechte aufrechtzuerhalten, schonungslos aufdecke. Entsprechend sei auch für die Beendigung sowie die Erholung nach der Pandemie der Stellenwert menschenrechtsbasierter Prinzipien essentiell.

UN-Menschenrechtsrat 2020

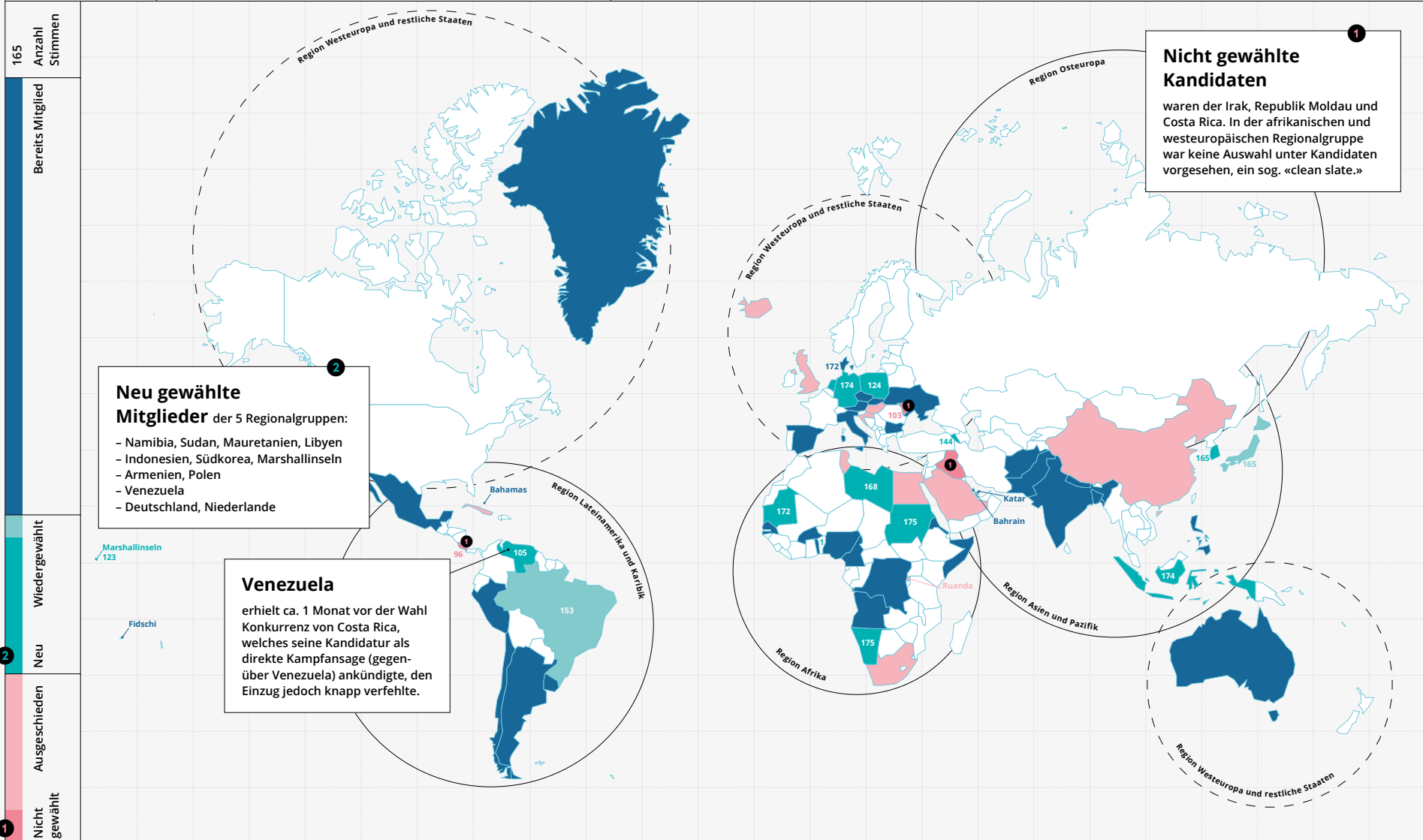
ZUSAMMENSETZUNG

44

Menschenrechte



Im Oktober 2019 wählte die UN-Generalversammlung 14 neue Mitglieder aus 5 Regionalgruppen für drei Jahre in den 47-Mitglieder starken UN-Menschenrechtsrat. Brisant ist u.a. die Aufnahme Venezuelas, ausgeschieden sind u.a. China, Saudi Arabien, Ägypten oder Kuba. Aufgenommen wurden die Niederlande und Deutschland.



UN-Menschenrechtsrat 2021

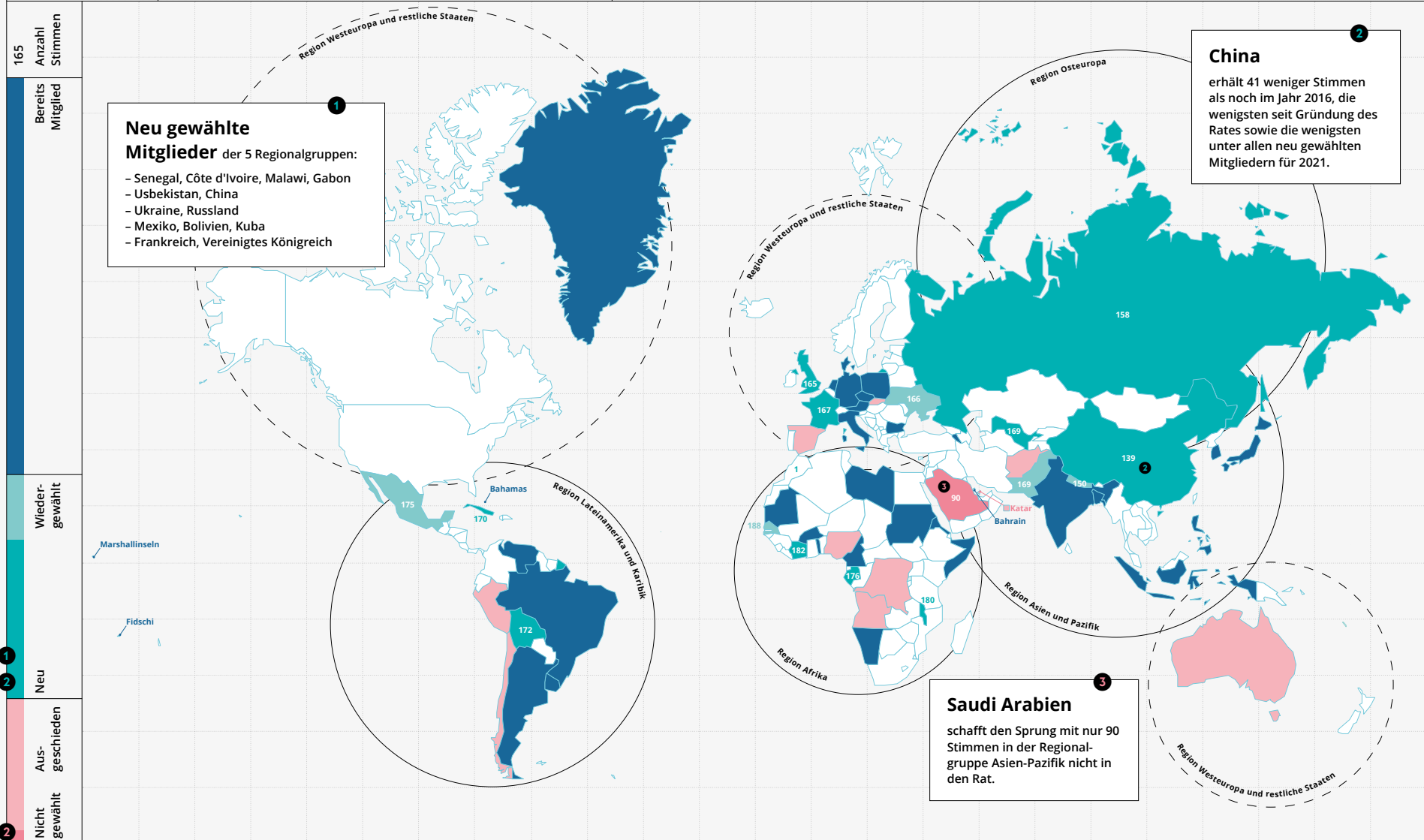
ZUSAMMENSETZUNG

46

Menschenrechte



Im Oktober 2020 wurden 15 neue Mitglieder für den Zeitraum von 3 Jahren in den UN-Menschenrechtsrat gewählt. Einzig für die Regionalgruppe Asien-Pazifik gab es eine Auswahl: China erhielt so wenig Zuspruch wie noch nie und Saudi Arabien schaffte es nicht in den Rat; gleichwohl wieder vertreten sind Russland und Kuba.



Neu gewählte Mitglieder der 5 Regionalgruppen:

- Senegal, Côte d'Ivoire, Malawi, Gabon
- Usbekistan, China
- Ukraine, Russland
- Mexiko, Bolivien, Kuba
- Frankreich, Vereinigtes Königreich

China

erhält 41 weniger Stimmen als noch im Jahr 2016, die wenigsten seit Gründung des Rates sowie die wenigsten unter allen neu gewählten Mitgliedern für 2021.

Saudi Arabien

schafft den Sprung mit nur 90 Stimmen in der Regionalgruppe Asien-Pazifik nicht in den Rat.

165 Anzahl Stimmen

Bereits Mitglied

Wiedergewählt

1 Neu

2 Ausgeschieden

2 Nicht gewählt

Abstimmungsverhalten mit China

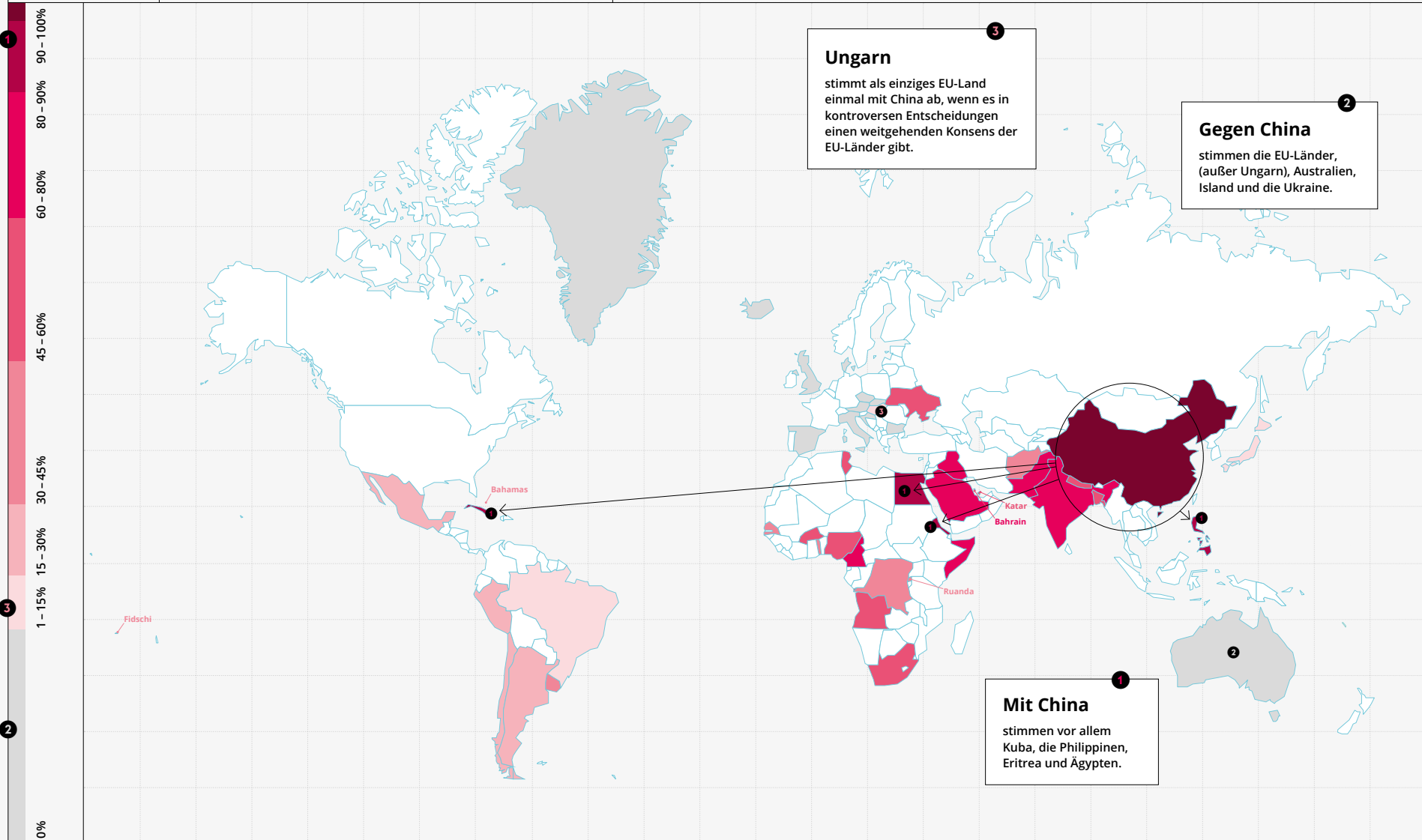
UN-MENSCHENRECHTSRAT 2019

48

Menschenrechte



2019 wurden 82 Resolutionen verabschiedet, 35 davon mit Abstimmung. Vor allem Kuba, die Philippinen, Eritrea und Ägypten stimmten mit China; die EU-Länder, (außer Ungarn), Australien, Island und die Ukraine hingegen nie. Einige afrikanische Länder stimmten oft für keine der beiden Positionen.



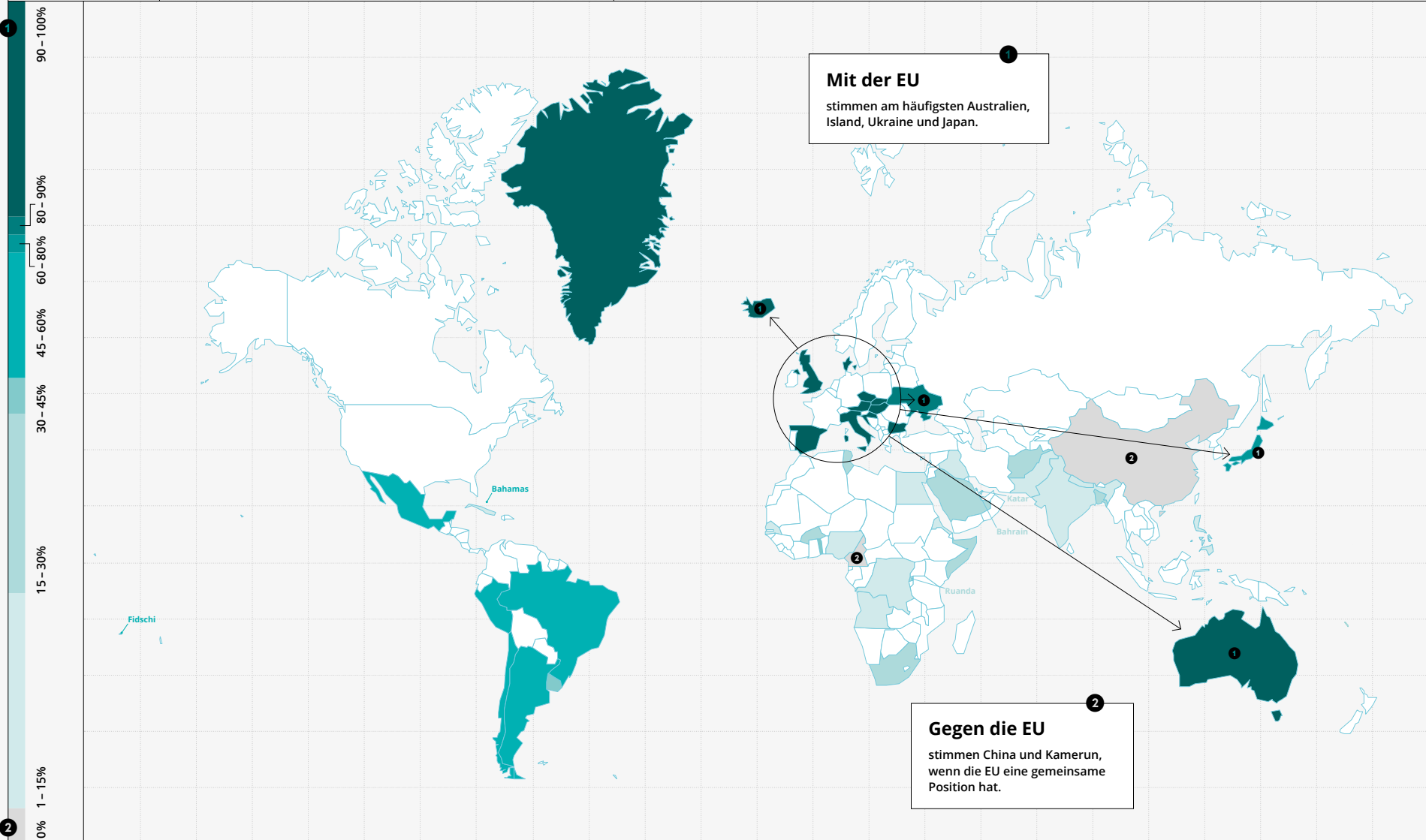
Abstimmungsverhalten mit der EU

UN-MENSCHENRECHTSRAT 2019

2019 wurden 82 Resolutionen verabschiedet, 35 davon mit Abstimmung. Neben den EU-Mitgliedsstaaten stimmten v.a. Australien, Island, Ukraine und Japan und einige lateinamerikanische Länder mit der EU; China und Kamerun nie. Einige afrikanische Länder stimmten oft für keine der beiden Positionen.

50

Menschenrechte



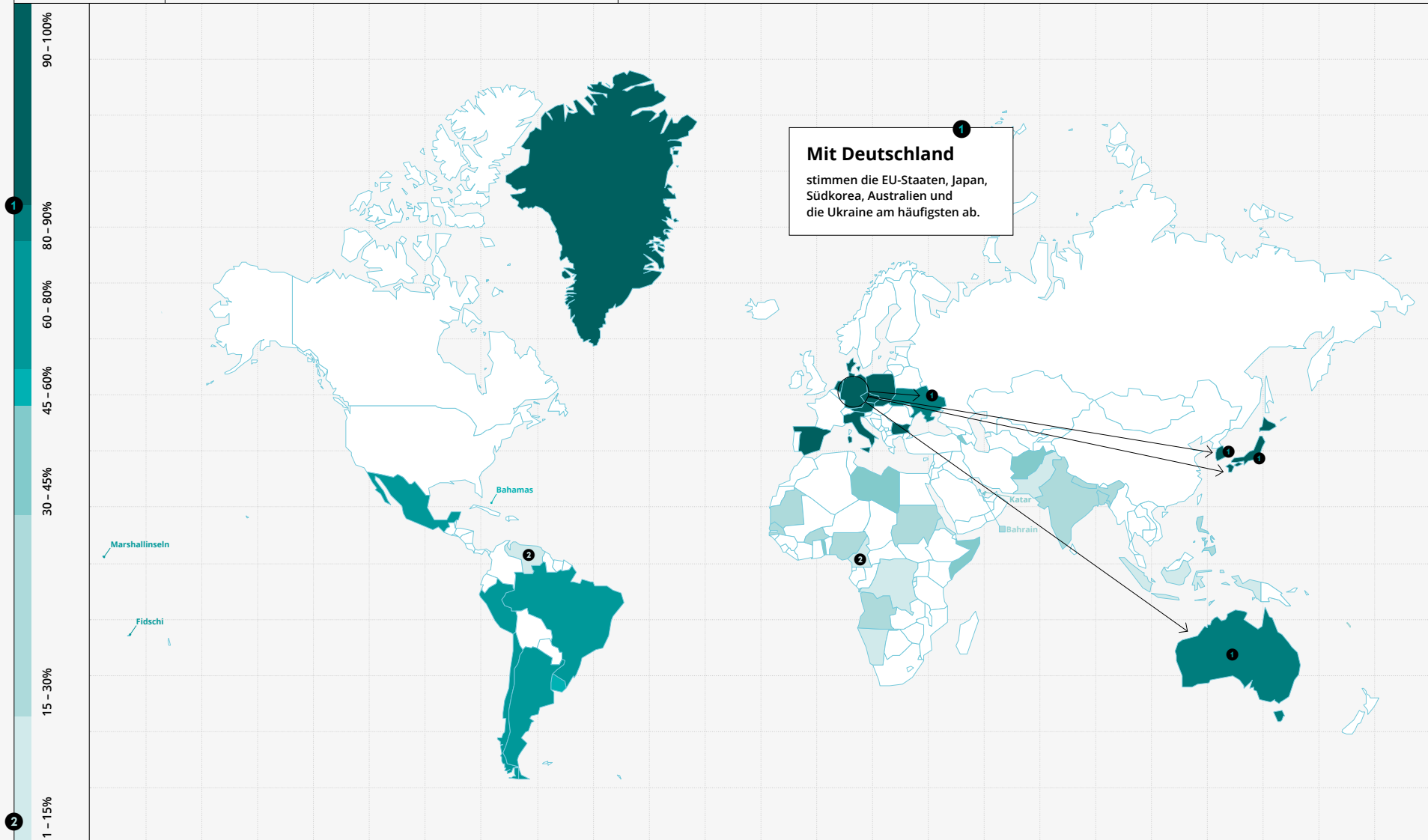
Abstimmungsverhalten mit Deutschland

UN-MENSCHENRECHTSRAT 2020

2020 wurden 97 Resolutionen verabschiedet, 31 davon mit Abstimmung, 19 davon wurden im Sinne Deutschlands angenommen. Am häufigsten stimmten die EU-Staaten, Japan und Südkorea mit Deutschland ab; Venezuela und Kamerun am seltensten. Einige afrikanische Länder enthielten sich häufig.

52

Menschenrechte

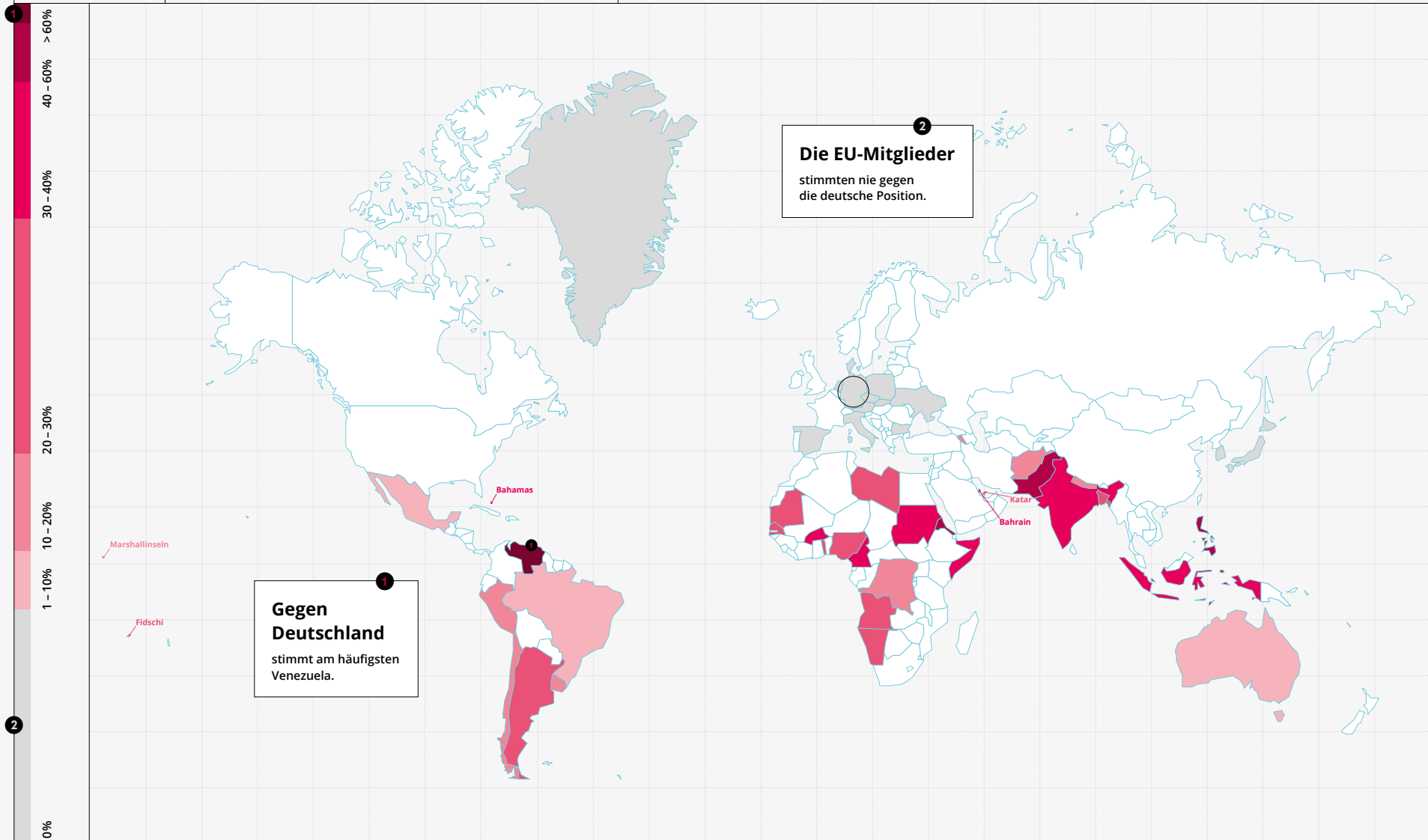


Abstimmungsverhalten gegen Deutschland UN-MENSCHENRECHTSRAT 2020

2020 wurden 97 Resolutionen verabschiedet, 31 davon nach einer Abstimmung. 12 davon waren nicht im Sinne Deutschlands. Besonders oft votierten Venezuela, Eritrea, die Philippinen und Pakistan gegen Deutschland; die EU-Staaten, Ukraine, Japan und Südkorea nie und Australien, Brasilien und Mexiko selten.

54

Menschenrechte



Resolution Chinas zur Rolle von Menschenrechten

ABSTIMMUNG 2018

China brachte auf dem 37. Rat eine eigene Resolution zu «vorteilhafter Kooperation» ein. Sie sucht Menschenrechte durch freiwilligen Austausch zwischen Staaten anstatt durch Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen zu fördern. Beobachter werten dies als Versuch existierende Standards aufzuweichen.

56

Menschenrechte



Befürwortung

Ablehnung

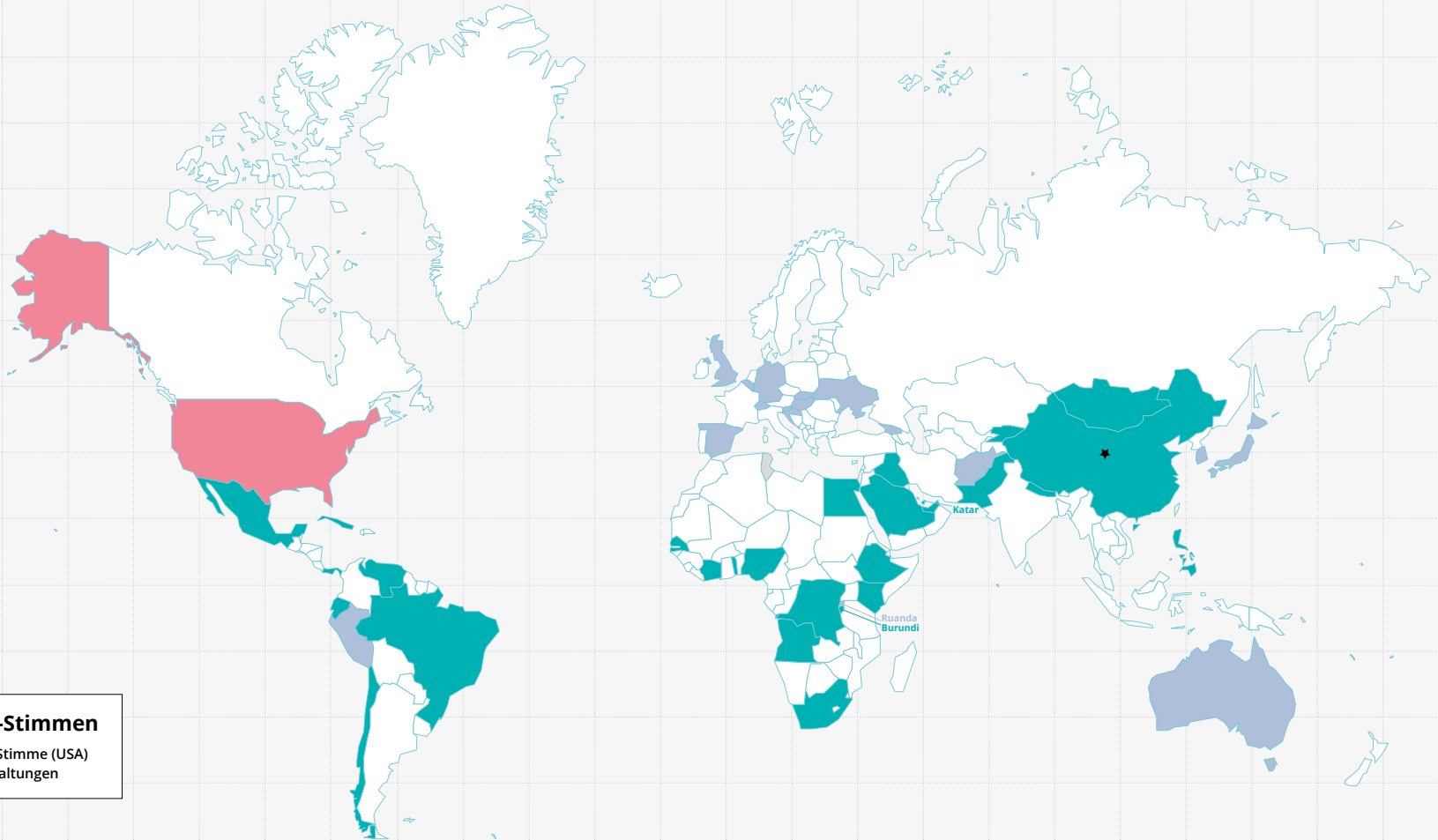
Enthaltung

Keine Teilnahme

Kein Mitglied

28 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme (USA)
17 Enthaltungen



Resolution Chinas zur Rolle von Menschenrechten

ABSTIMMUNG 2020

Auf der 43. Sitzung des Menschenrechtsrats brachte China erneut eine eigene Resolution zu «vorteilhafter Kooperation» ein. Beobachter werten diese als nächsten Schritt bestehende Menschenrechtsstandards weiter aufzuweichen. Anders als noch 2018 sprachen sich im Jahr 2020 jedoch zahlreiche Staaten gegen die Resolution aus.

58

Menschenrechte

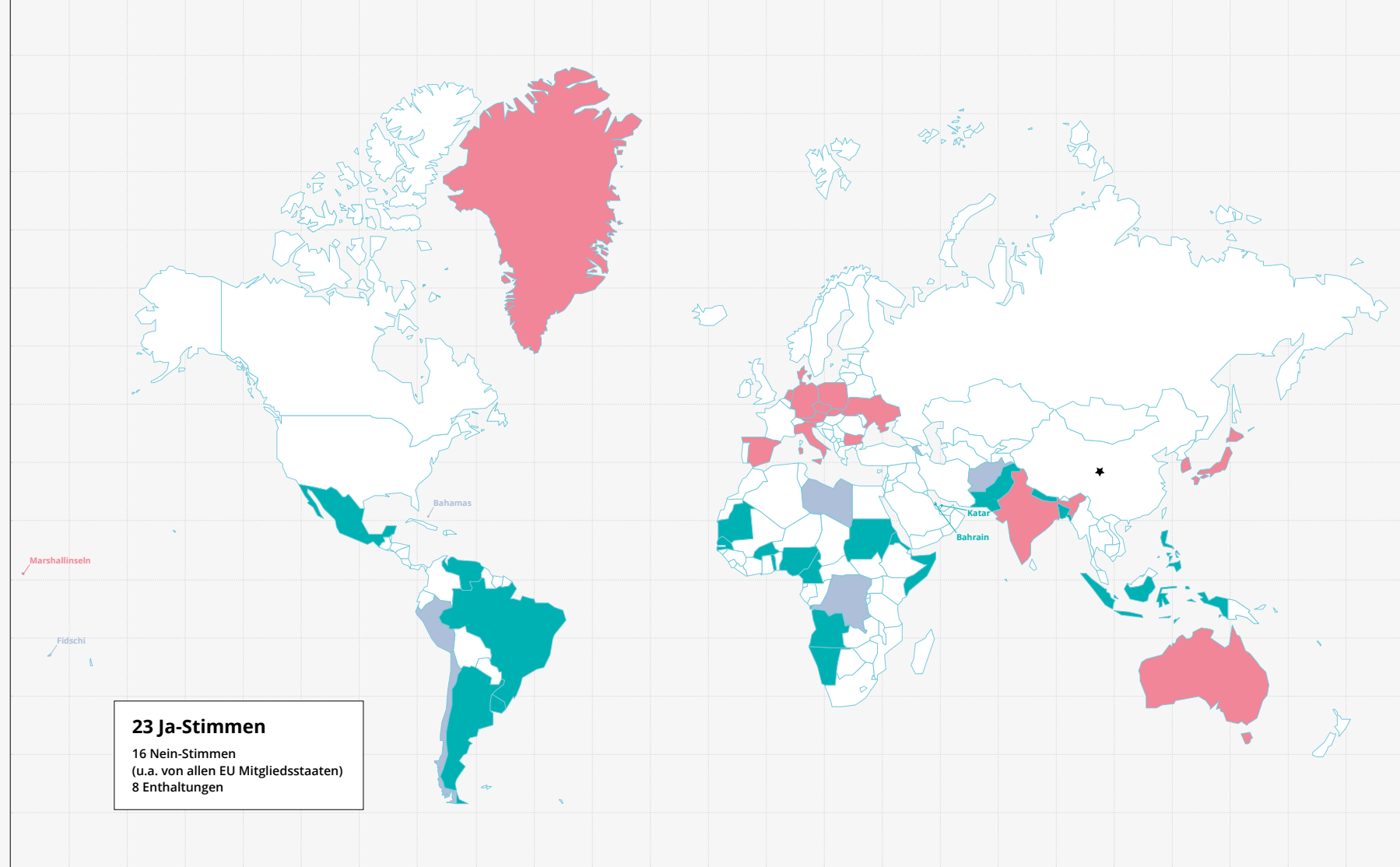


Befürwortung

Ablehnung

Enthaltung

Kein Mitglied



Untersuchungskommission für den Jemen ABSTIMMUNG 2019

Obwohl die Untersuchungskommission für den Jemen 2017 einstimmig beschlossen wurde, ist die Mandatsverlängerung seither strittig. Sie wies Verletzungen des Humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte bei allen Konfliktparteien nach und empfahl die Situation an den Internationalen Strafgerichtshof zu verweisen.

60

Menschenrechte



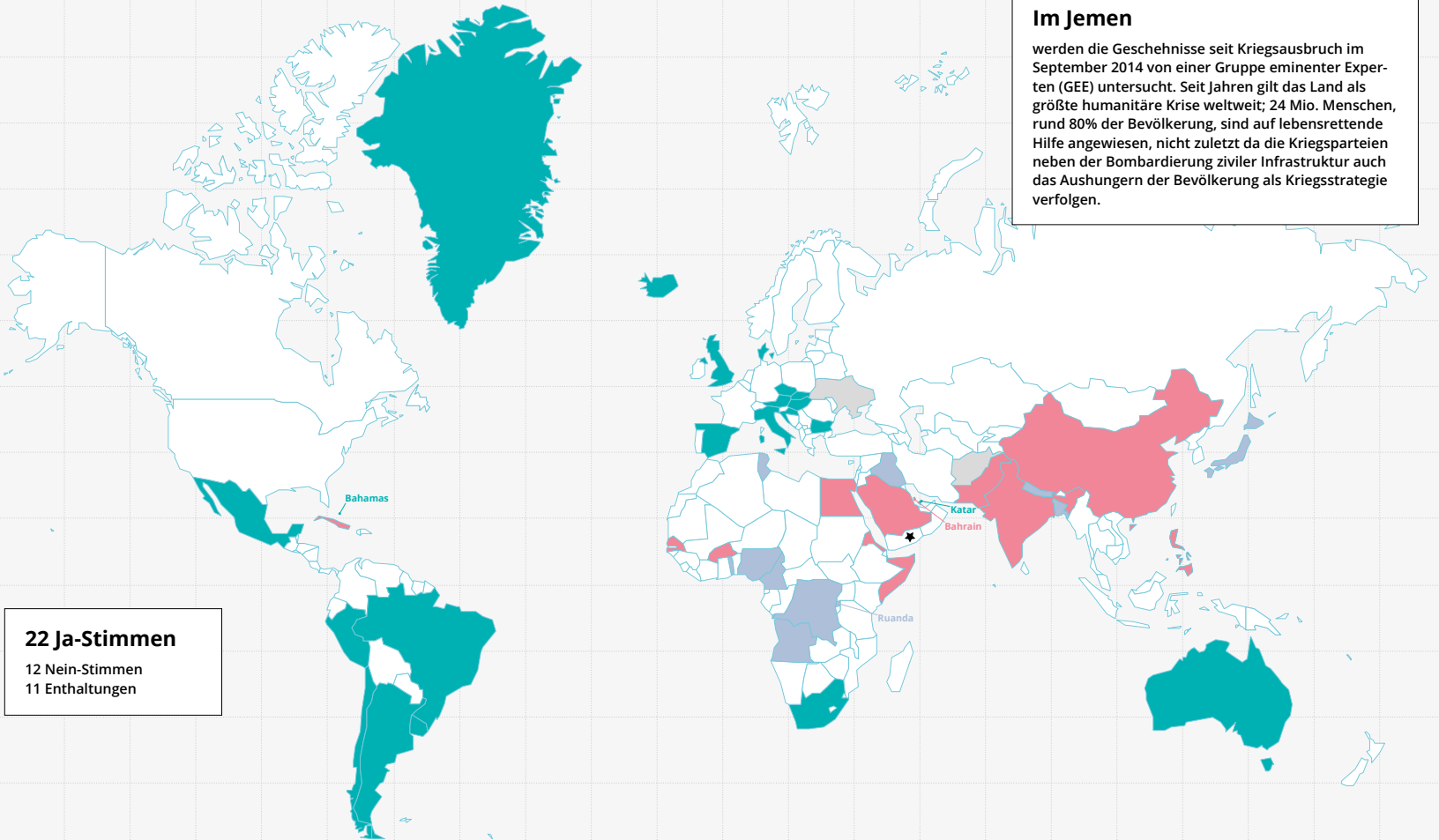
Befürwortung

Ablehnung

Enthaltung

Keine
Teilnahme

Kein
Mitglied



Untersuchungskommission für Venezuela

ABSTIMMUNG 2019

Auf der 42. Sitzung im Jahr 2019 konnte eine unabhängige internationale Kommission zur Untersuchung schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen in Venezuela seit 2014 eingerichtet werden. In ihrem ersten Bericht vom September 2020 brachte die Kommission bereits Verbrechen gegen die Menschlichkeit ans Licht.

62

Menschenrechte



Befürwortung

Ablehnung

Enthaltung

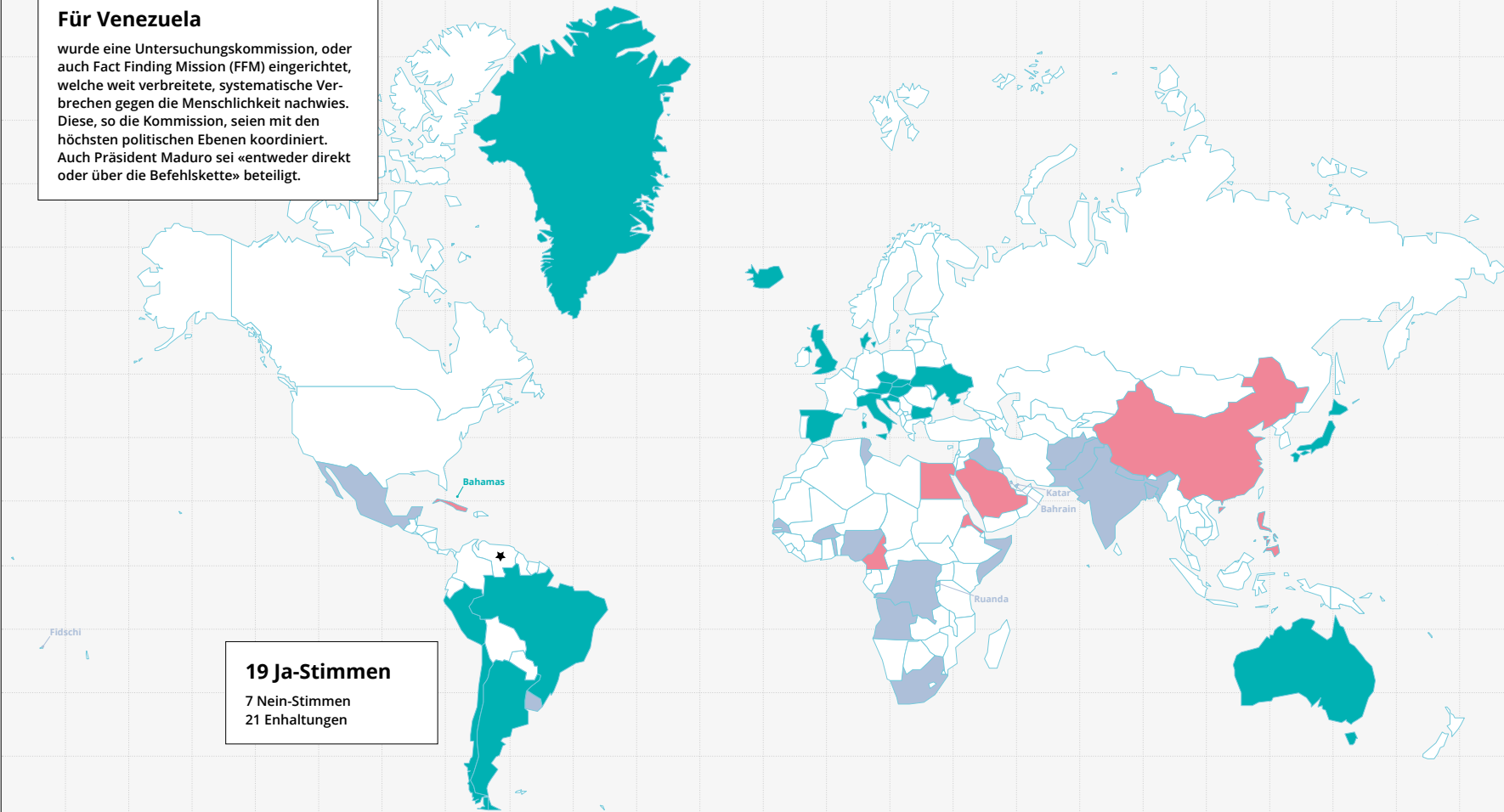
Kein Mitglied

Für Venezuela

wurde eine Untersuchungskommission, oder auch Fact Finding Mission (FFM) eingerichtet, welche weit verbreitete, systematische Verbrechen gegen die Menschlichkeit nachwies. Diese, so die Kommission, seien mit den höchsten politischen Ebenen koordiniert. Auch Präsident Maduro sei «entweder direkt oder über die Befehlskette» beteiligt.

19 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen
21 Enthaltungen



Menschenrechtslage in Belarus nach Präsidentenwahlen ABSTIMMUNG 2020

Nach einer Dringlichkeitssitzung auf der 45. Sitzung, u.a. mit
Oppositionsführerin Tsikhanouskaya, brachte Deutschland
im Namen der EU eine Resolution zur Menschenrechtslage in
Belarus im Kontext der Präsidentenwahlen ein.

64

Menschenrechte



Befürwortung

23 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen
22 Enthaltungen

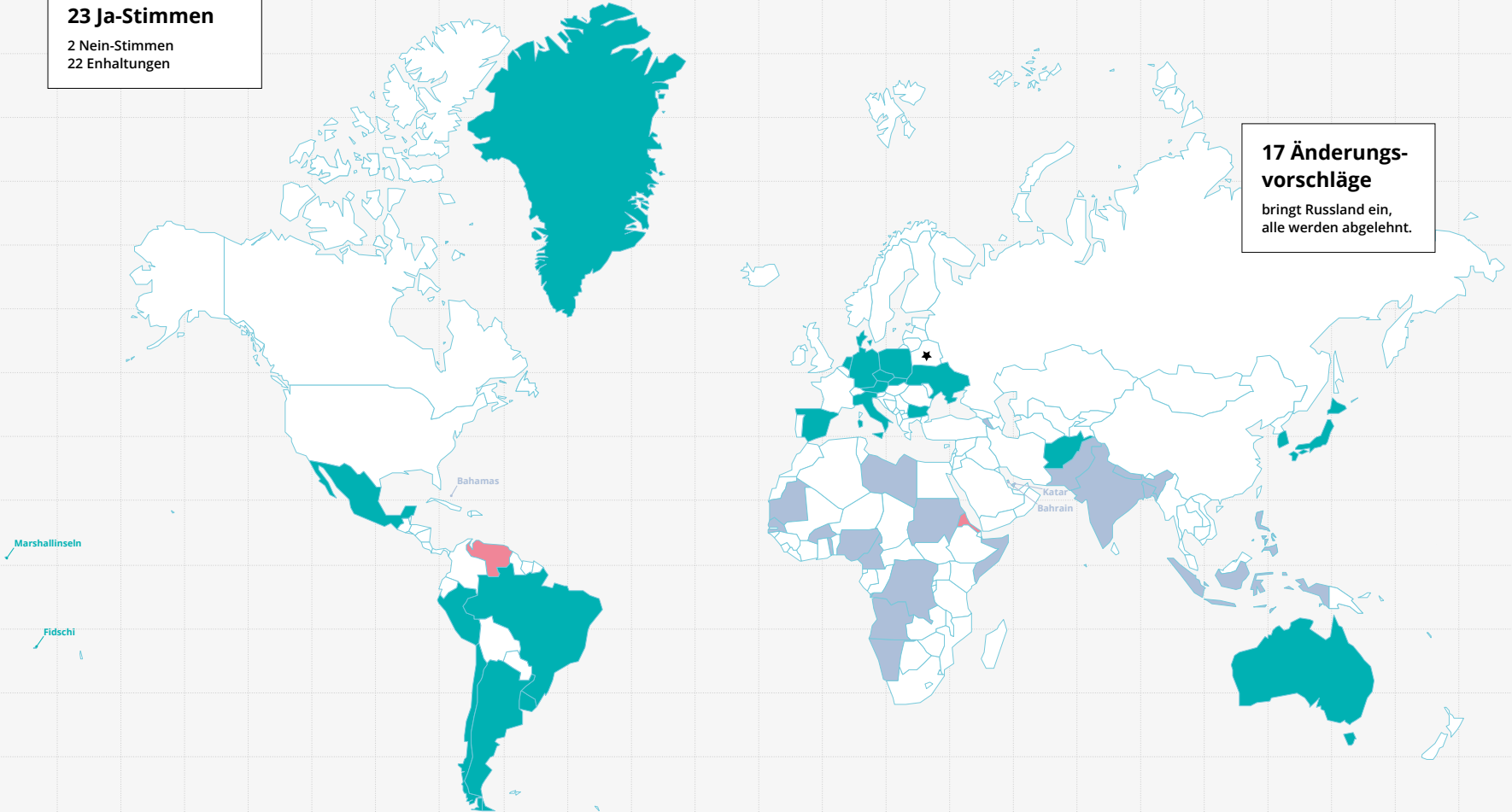
Ablehnung

17 Änderungs-
vorschläge

bringt Russland ein,
alle werden abgelehnt.

Enthaltung

Kein
Mitglied



Chinas Politik in Xinjiang und Hongkong

KRITIKER UND UNTERSTÜTZER

2020 kritisierte das Vereinigte Königreich im Namen von 27 weiteren Staaten Chinas Vorgehen in Xinjiang und Hongkong im 44. Rat. Zeitgleich lancierte Kuba im Namen von 53 Staaten eine Stellungnahme zur Unterstützung Chinas in Hongkong. Am 1. Juli stützte Belarus im Namen von 46 Staaten Chinas Vorgehen in Xinjiang.

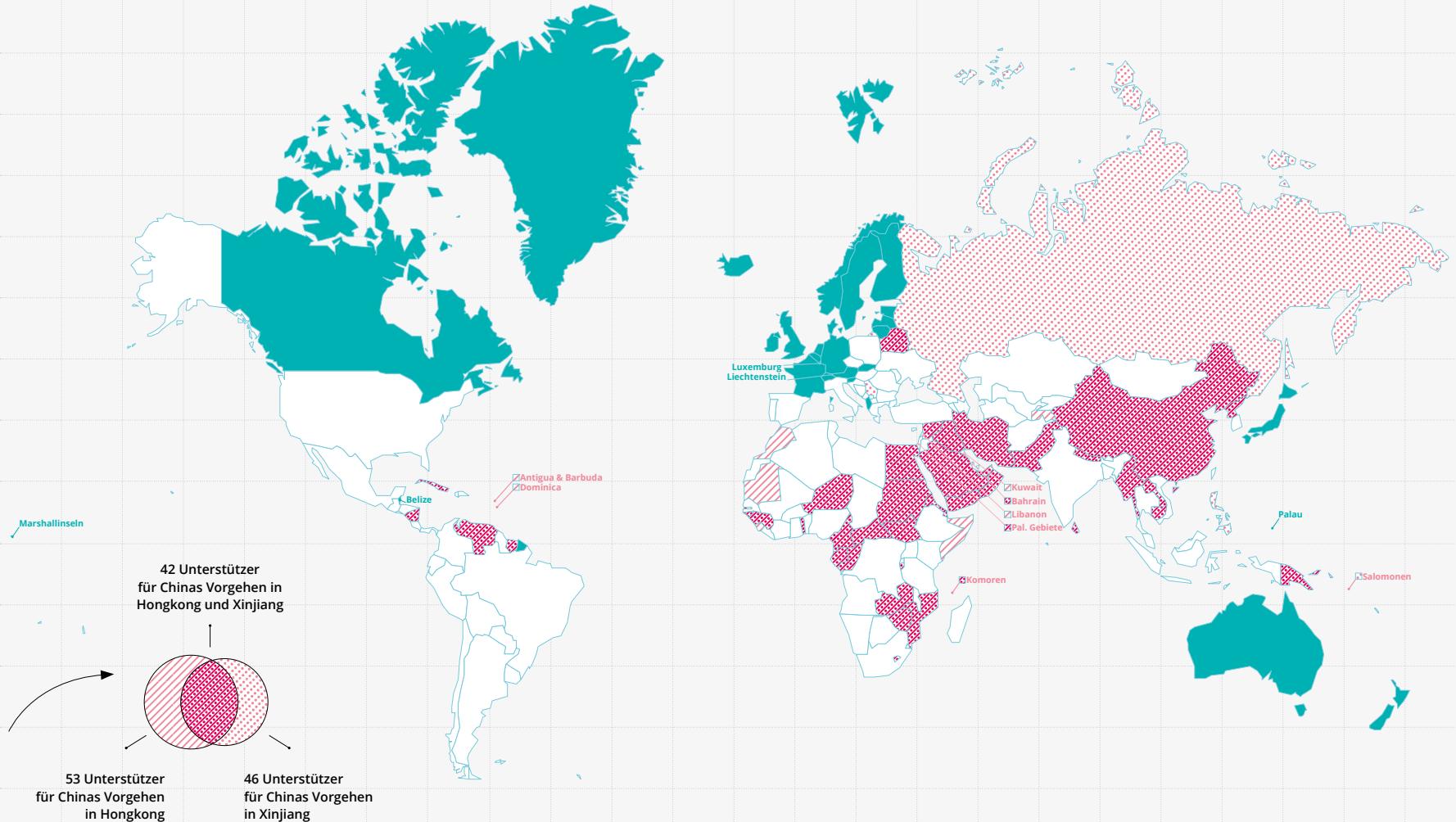
66

Menschenrechte



28 Kritiker

57 Unterstützer für Chinas Vorgehen



42 Unterstützer für Chinas Vorgehen in Hongkong und Xinjiang

53 Unterstützer für Chinas Vorgehen in Hongkong

46 Unterstützer für Chinas Vorgehen in Xinjiang

Einschüchterungsversuche für Kooperation mit UN zu Menschenrechten

Die Karte zeigt Staaten, welche zwischen 2009 – 2020 im jährlichen Bericht des UN-Generalsekretärs erwähnt werden, da sie Individuen oder Gruppen für ihre Kooperation mit der UN zu Menschenrechten aktiv einschüchterten. COVID-19 verschlimmert diese Situation und stellt den Einfluss der UN als solche massiv in Frage.

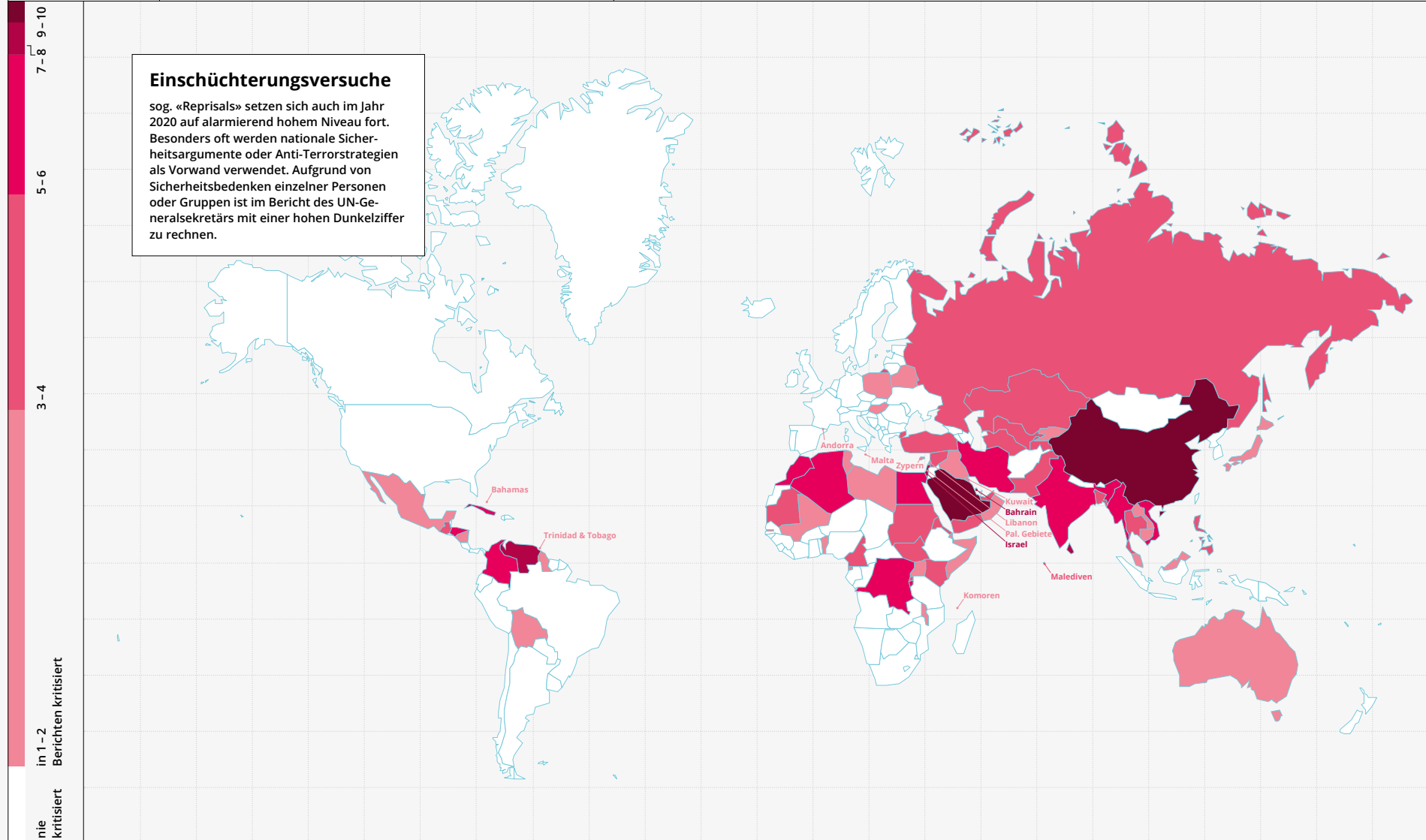
68

Menschenrechte



Einschüchterungsversuche

sog. «Reprisals» setzen sich auch im Jahr 2020 auf alarmierend hohem Niveau fort. Besonders oft werden nationale Sicherheitsargumente oder Anti-Terrorstrategien als Vorwand verwendet. Aufgrund von Sicherheitsbedenken einzelner Personen oder Gruppen ist im Bericht des UN-Generalsekretärs mit einer hohen Dunkelziffer zu rechnen.



Flucht und Migration



Trends und
Entwicklungen

Durch den Sitz des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) sowie der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und zahlreichen in diesem Politikbereich tätigen Nicht-regierungsorganisationen, sind Flucht und Migration zentrale Themen im internationalen Genf.

Einmal jährlich veröffentlicht das UNHCR die weltweit wichtigsten Trends und Fluchtentwicklungen. Zentrale Botschaften aus den Berichten der vergangenen beiden Jahre sind in Karten 72 und 74 zusammengefasst. Welche Staaten waren die wichtigsten Beitragszahler, welche primäre Herkunfts- und Aufnahmeländer? In beiden Jahren ist v.a. ein dramatischer Anstieg von sich auf der Flucht befindlichen Menschen zu beobachten: seit 2010 hat sich die Zahl fast verdoppelt. So waren mit 79,5 Mio. Menschen im Jahr 2019 gut 1% der Weltbevölkerung auf der Flucht, gut 40% von ihnen waren Kinder. Das ist laut UNHCR die größte jemals dokumentierte Vertreibungskrise. Auffällig ebenso: über 2/3 aller Flüchtlinge kamen aus nur fünf Ländern. Dies ist v.a. Kriegen und Konflikten geschuldet, welche seit Jahren nicht beigelegt werden konnten. Zunehmend gehören aber auch die Folgen des Klimawandels und akute Nahrungsmittelunsicherheit zu den wichtigsten Fluchtursachen. Mit 73% finden die meisten Menschen in einem an ihrem Herkunftsland grenzenden Land Zuflucht, damit sind die Lasten global sehr unterschiedlich verteilt. Nur 10 Länder nahmen 2019 über die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit auf, wobei die am wenigsten entwickelten Länder besonders betroffen sind.

Trotz der massiven Herausforderungen, welche sich mit diesen Entwicklungen stellen und einem entsprechend höheren Mittelbedarf, erhielt das UNHCR auch im Jahr 2019 erneut nicht die nötige finanzielle Unterstützung zu ihrer Bewältigung. Welche Staaten waren die größten Unterstützer des UN-Flüchtlingshilfswerks (Karte 76) und wieviel gaben die verhältnismäßig wohlhabenderen Länder pro Kopf für seine Arbeit aus (Karte 78)?

Finanzielle
Unterstützung

Lage
in Europa

Wie ist die Situation in Europa und Deutschland in diese Trends einzuordnen? In absoluten Zahlen ist die EU signifikant, aber nicht überdurchschnittlich betroffen. Mit der Anzahl aufgenommener Flüchtlinge pro 1000 Einwohner eröffnet Karte 80 eine weitere Perspektive: so nimmt Deutschland zwar in absoluten Zahlen die meisten Flüchtlinge in der EU auf; ein anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn man diese zusammen mit der Einwohnerzahl betrachtet.

Flüchtlingsschutz
international

Mit dem Globalen Pakt für Flüchtlinge (GCR) unternahm die internationale Gemeinschaft 2018 den Versuch, die Lasten- und Verantwortungsverteilung in Flüchtlingsfragen verbindlicher zu regeln, die Zusammenarbeit zwischen Staaten zu intensivieren und den Flüchtlingsschutz zu stärken. Der Pakt baut zwar auf internationales Flüchtlingsrecht, insbesondere auf die Genfer Flüchtlingskonvention, ist aber rechtlich nicht bindend. Karte 82 ermöglicht einen Einblick in die Abstimmung über den Pakt.

Auswirkungen
von COVID-19

Vor allem im Zuge der COVID-19-Pandemie wurde die Verwundbarkeit von Flüchtlingen und Migranten besonders deutlich. Sie wurden mehrfach zur Zielscheibe, etwa durch Grenzsicherungen in den meisten Ländern der Welt ohne Ausnahmeregelungen für Asylsuchende. Sie sahen sich höheren Infektionsrisiken gegenüber oder mit fehlendem Zugang zu Gesundheitsversorgung, sozialer Absicherung und grundlegenden Dienstleistungen konfrontiert. Möglichkeiten eines Resettlements wurden vorübergehend ausgesetzt und in vielen Teilen der Welt wurden sie Opfer von Hass und Fremdenfeindlichkeit.

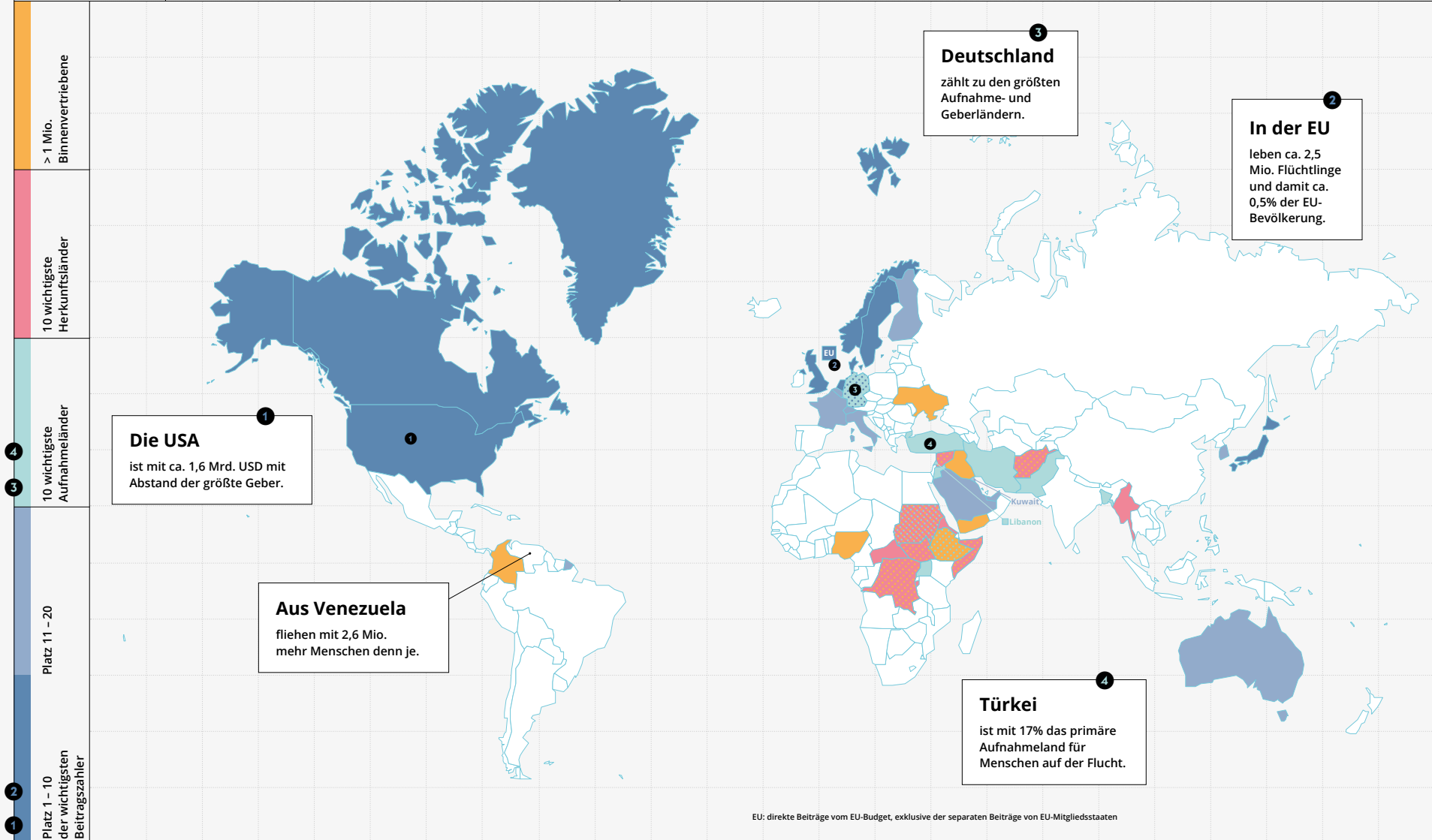
Menschen auf der Flucht

AUFNAHME- UND HERKUNFTSLÄNDER 2018

Weltweit waren 2018 70,8 Mio. Menschen auf der Flucht. Ca. 80% fanden in ihrer Region Zuflucht. 2/3 kamen aus nur fünf Ländern: Syrien, Afghanistan, Südsudan, Myanmar und Somalia (in dieser Reihenfolge). Lediglich 10 Länder nahmen 63% der Geflüchteten auf, während 10 weitere 87% des UNHCR Budgets zahlten.

72

Flucht und Migration



EU: direkte Beiträge vom EU-Budget, exklusive der separaten Beiträge von EU-Mitgliedsstaaten

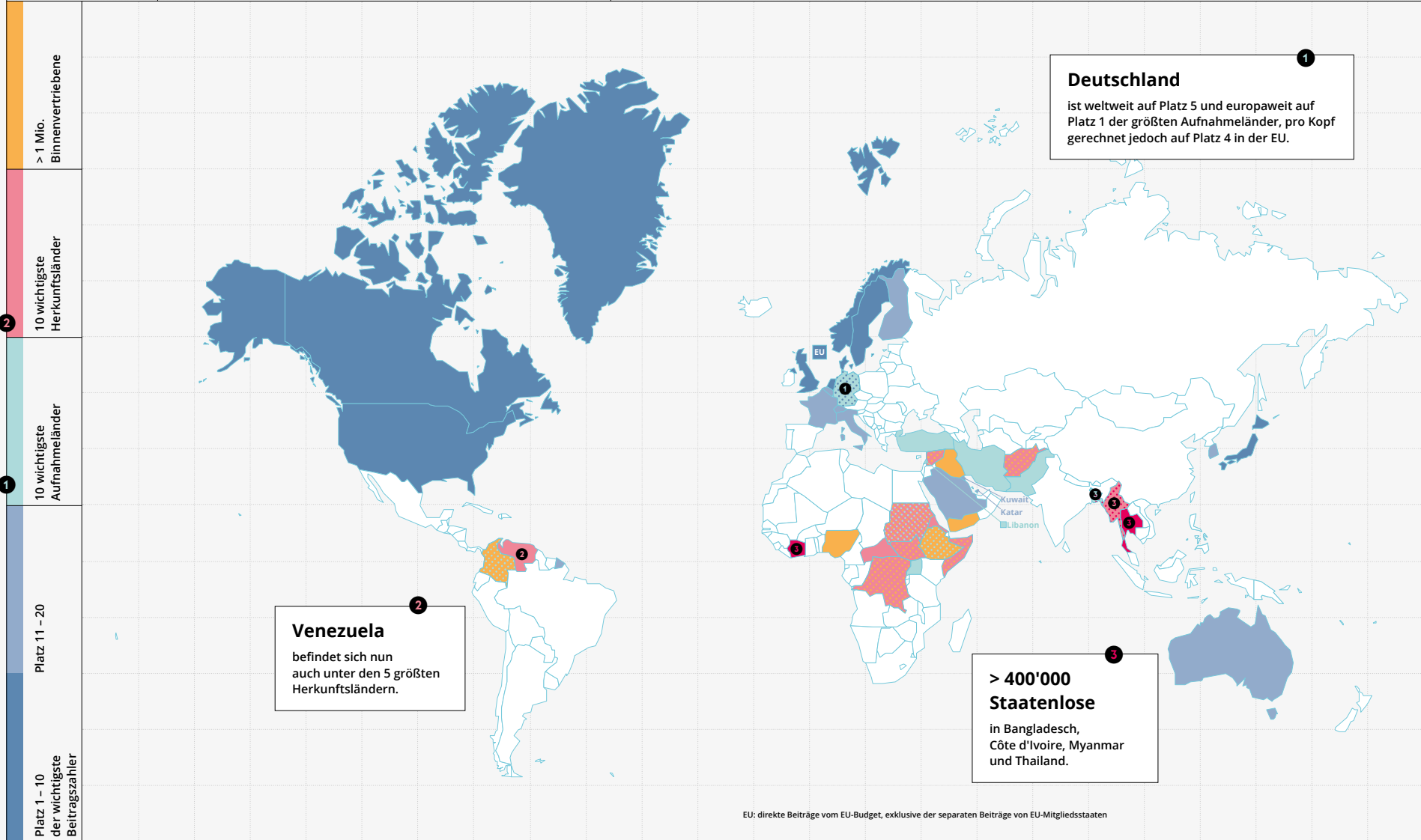
Menschen auf der Flucht

AUFNAHME- UND HERKUNFTSLÄNDER 2019

Ende 2019 waren mit 79,5 Mio. Menschen gut 1% der Weltbevölkerung auf der Flucht, fast doppelt so viele wie 2010. Neben der Zunahme von Konflikten ist auch der Klimawandel ursächlich. Die COVID-19-Pandemie verschärft die Situation, zwar nahmen die Registrierungen ab, das UNHCR vermutet aber eine große Dunkelziffer.

74

Flucht und Migration



Beiträge für das UN-Flüchtlingshilfswerk 2019 in USD

Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) erhielt 2019 Zuwendungen in Höhe von 4,8 Mrd. USD, welche nur 56% des Gesamtbudgets abdeckten. Lediglich über 9% der Gelder konnte das UNHCR frei verfügen, da diese nicht zweckgebunden waren. Die Karte zeigt alle Zuwendungen von Staaten, der Afrikanischen (AU) und der Europäischen Union (EU).

76

Flucht und Migration



Die USA

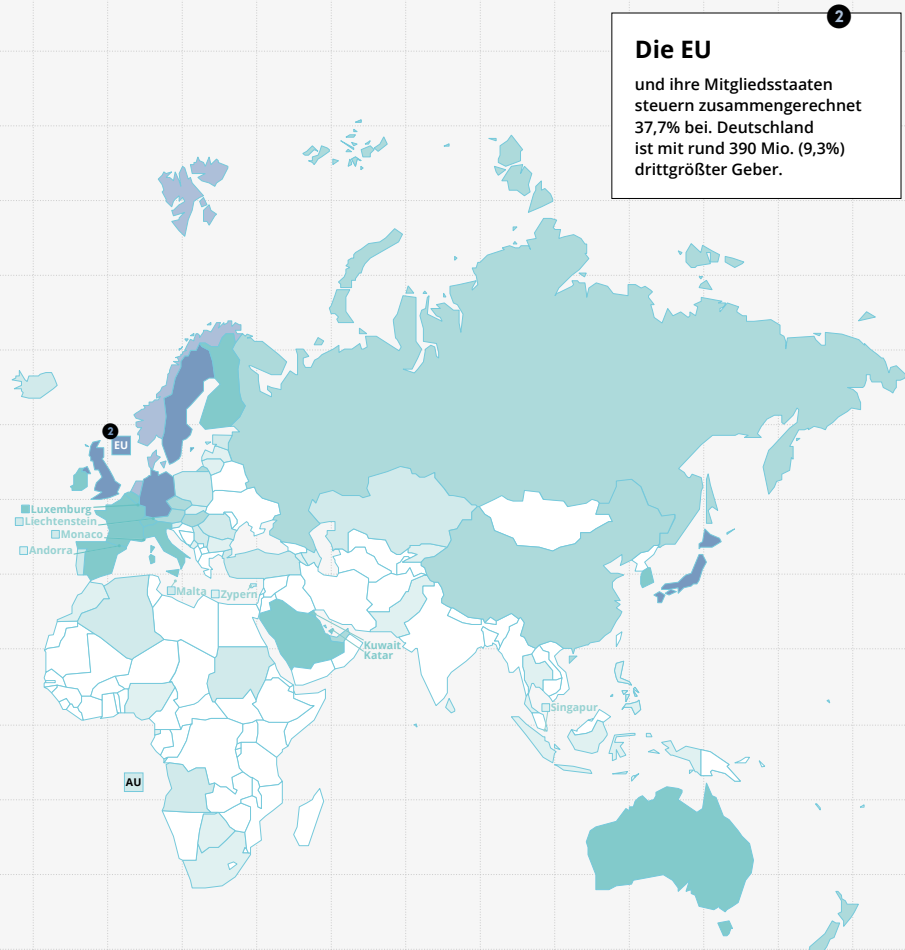
bleibt mit Abstand größter Zuwendungsgeber und steuert knapp 41% der Gelder bei - fast 900-mal so viel wie China.

Private Geber

oder nationale Flüchtlingswerke, welche je mindestens 2 Mio. USD spenden, kommen aus: Spanien (92,4 Mio USD), Katar, Korea, USA, Japan, Deutschland, Schweden, Italien, Australien, China, Niederlande, Kanada, Japan, Thailand, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Arabische Emirate, Schweiz, Norwegen und Libanon (in dieser Reihenfolge).

Die EU

und ihre Mitgliedsstaaten steuern zusammengerechnet 37,7% bei. Deutschland ist mit rund 390 Mio. (9,3%) drittgrößter Geber.



EU: direkte Beiträge vom EU-Budget, exklusive der separaten Beiträge von EU-Mitgliedsstaaten

Pro-Kopf-Beiträge für das UN-Flüchtlingshilfswerk 2019 in USD

Die Karte veranschaulicht die Pro-Kopf-Beiträge für das Gesamtbudget des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR im Jahr 2019. 87% der Gelder kamen von Regierungen oder der EU, 10% von privaten Gebern. Die signifikante Finanzierungslücke vergrößerte sich im Vergleich zum Vorjahr nochmals auf 44% im Jahr 2019.

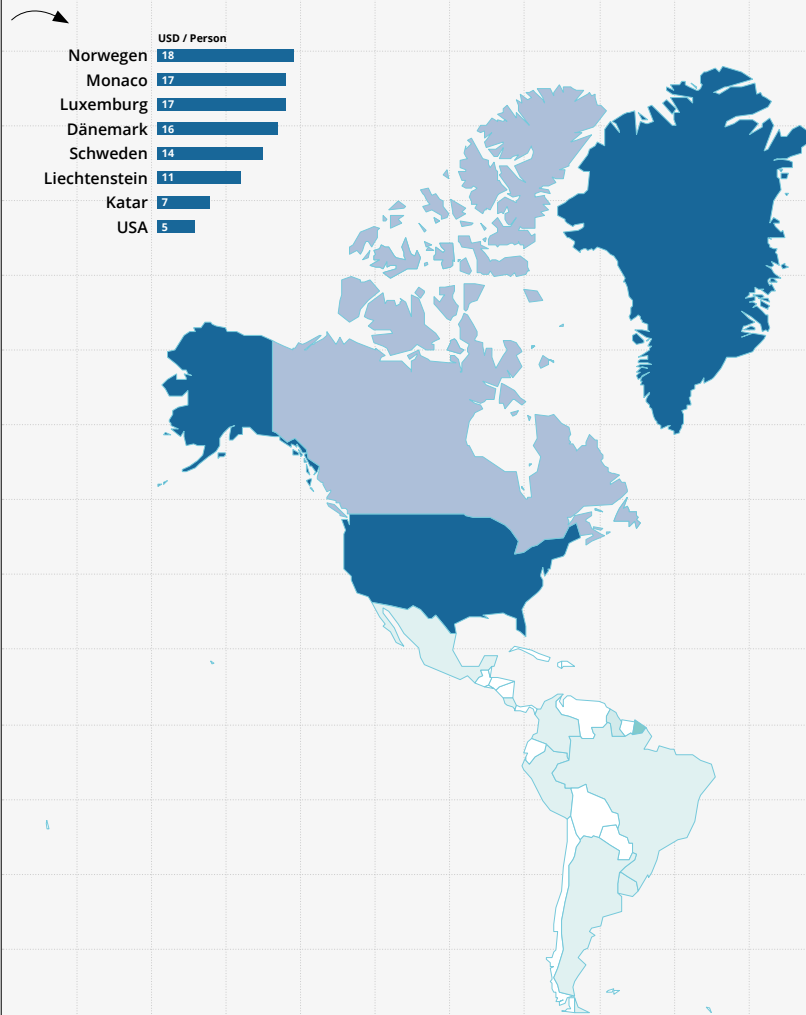
78

Flucht und Migration

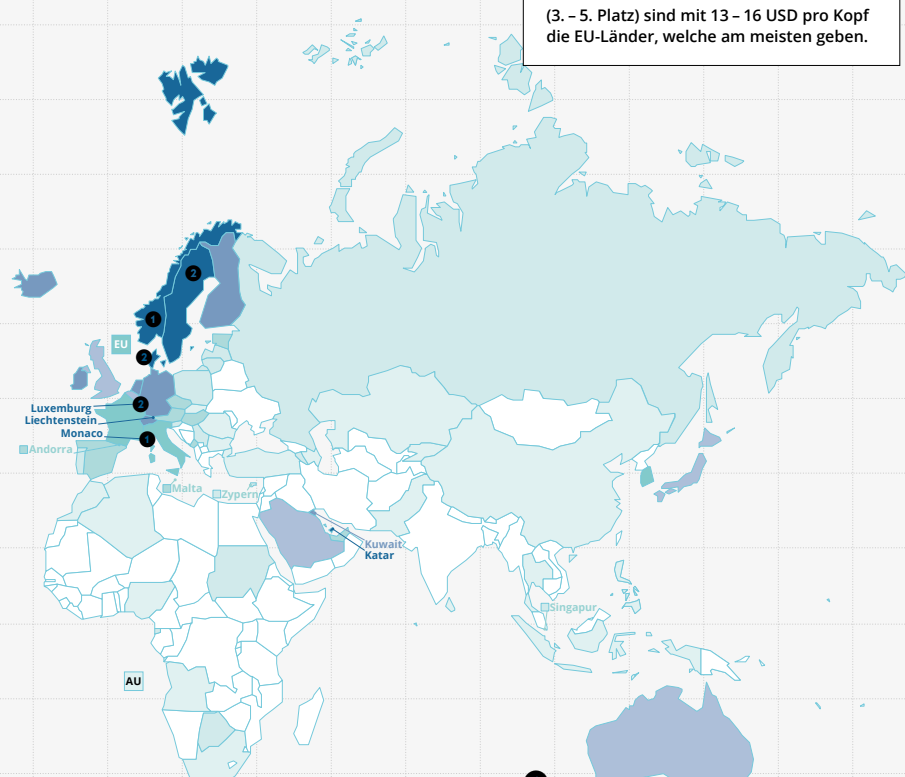


1
2

> 5 USD / Pers.
2 - 5
1 - 2
0,5 - 1
0,1 - 0,5
0,01 - 0,1
< 0,01



Luxemburg, Dänemark und Schweden
(3. - 5. Platz) sind mit 13 - 16 USD pro Kopf die EU-Länder, welche am meisten geben.



Norwegen und Monaco
(1. und 2. Platz) geben mit ca. 17 USD pro Kopf am meisten für das UNHCR.

EU: direkte Beiträge vom EU-Budget, exklusive der separaten Beiträge von EU-Mitgliedsstaaten

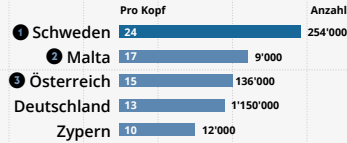
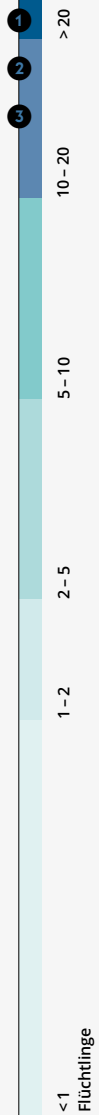
UNHCR-Flüchtlinge

PRO 1000 EINWOHNER IN DER EU 2019

2,7 Mio. UNHCR-Flüchtlinge, etwa 0,5% der EU-Bevölkerung lebten 2019 in der EU. In absoluten Zahlen nahm Deutschland die meisten Menschen auf. Das Bild ist jedoch ein anderes, wenn die Zahl der Flüchtlinge pro 1000 Einwohner gerechnet wird. Dann weisen Schweden (24), Malta (17) und Österreich (15) höhere Zahlen auf.

80

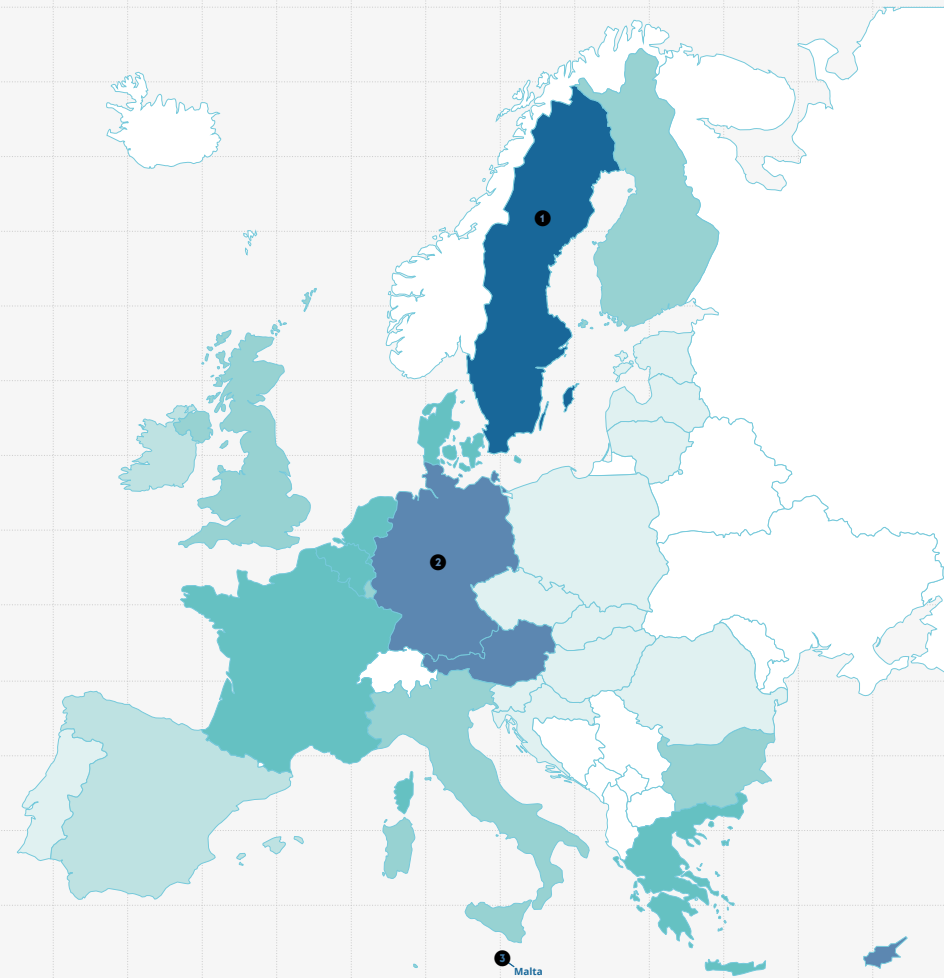
Flucht und Migration



Schweden
nimmt 24 Flüchtlinge pro 1000 Einwohner auf. 2019 waren dies über 253'000 Flüchtlinge. Damit steht es EU-weit auf Platz 1.

Deutschland
nimmt mit 1,1 Mio. zwar in absoluten Zahlen die meisten Flüchtlinge in der EU auf, pro 1'000 Einwohner sind es jedoch nur 13. Damit steht Deutschland auf Platz 4 in der EU.

Malta
nimmt pro 1'000 Einwohner 17 Flüchtlinge auf und steht damit an zweiter Stelle in der EU. In absoluten Zahlen sind dies knapp 9'000 Flüchtlinge.



Globaler Pakt für Flüchtlinge

ABSTIMMUNGSERGEBNIS 2018

Der Globale Pakt für Flüchtlinge (GCR) ist ein rechtlich nicht bindender Vertrag, welcher die internationale Reaktionsfähigkeit auf große Flüchtlingsbewegungen zu verbessern sucht und Möglichkeiten der Verantwortungsteilung auslotet. Er ist nicht zu verwechseln mit dem Globalen Pakt für Migration (GCM).

82

Flucht und Migration



181 Befürwortung

2 Ablehnung

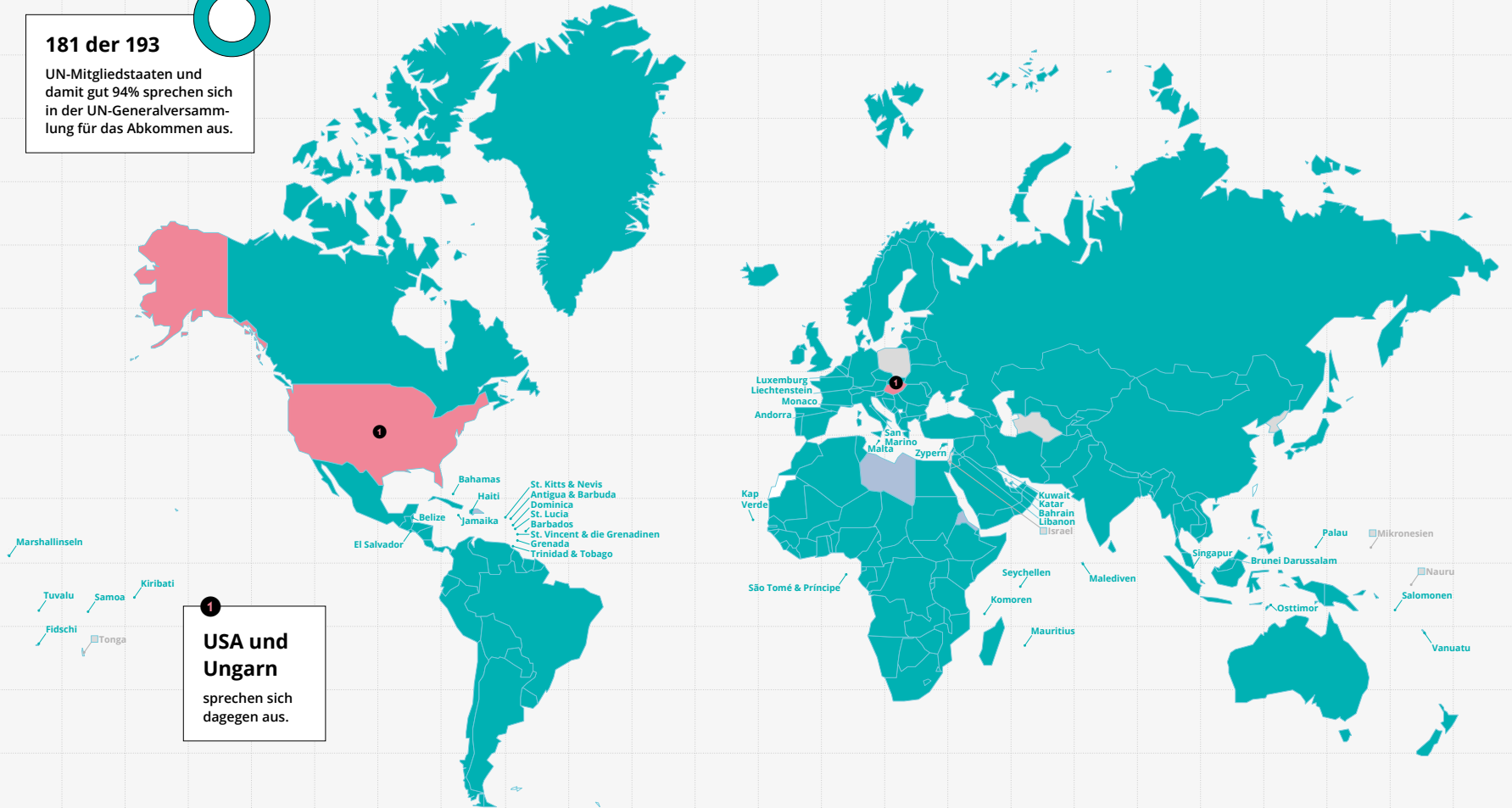
3 Enthaltung

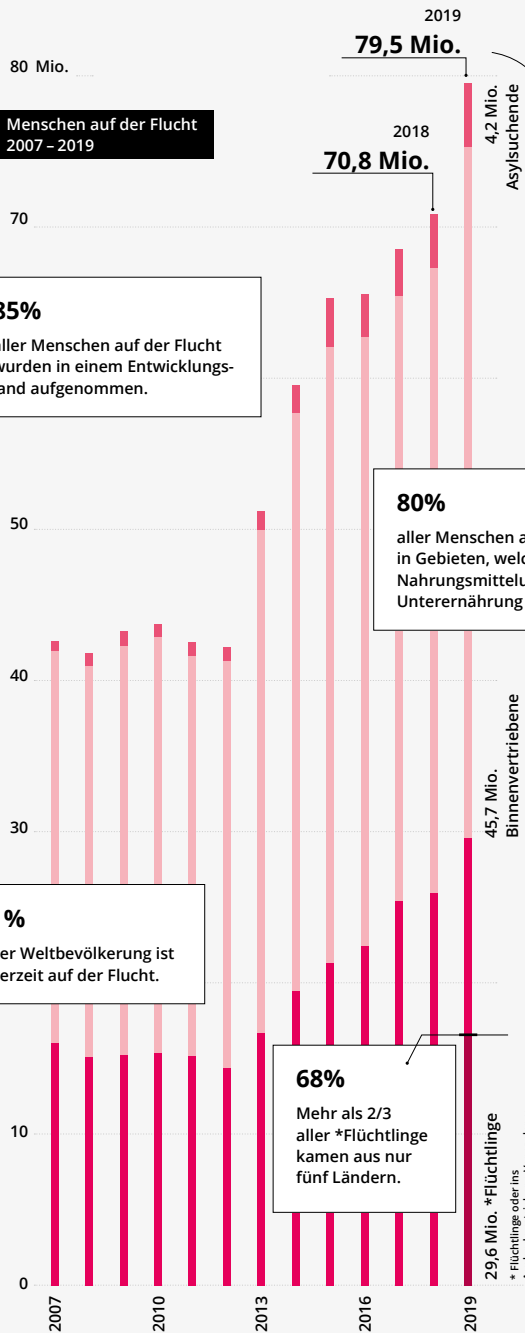
Kein UN-Mitglied



181 der 193

UN-Mitgliedstaaten und damit gut 94% sprechen sich in der UN-Generalversammlung für das Abkommen aus.





2019
 waren 79,5 Mio. Menschen auf der Flucht, nahezu so viele Menschen wie Deutschland Einwohner hat (83 Mio.). Gegenüber dem Vorjahr sind nochmals 9 Mio. Menschen hinzugekommen. Damit ist erstmals ca. 1% der Weltbevölkerung auf der Flucht.

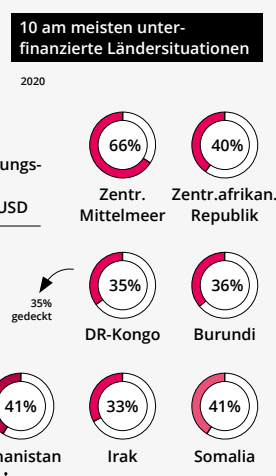
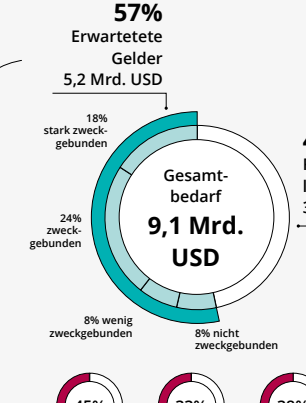
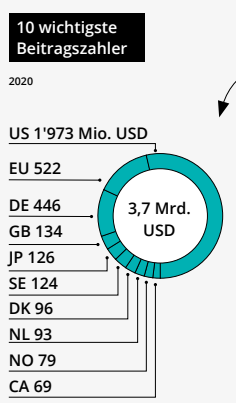
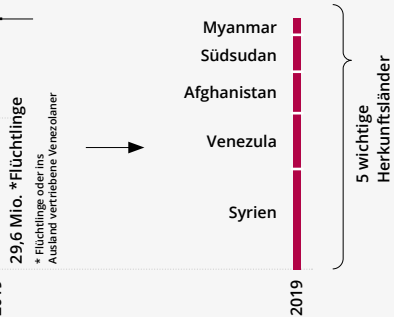
85%
 aller Menschen auf der Flucht wurden in einem Entwicklungsland aufgenommen.

80%
 aller Menschen auf der Flucht leben in Gebieten, welche von starker Nahrungsmittelsicherheit und Unterernährung gekennzeichnet sind.

40%
 der Menschen auf der Flucht sind Kinder.

1%
 der Weltbevölkerung ist derzeit auf der Flucht.

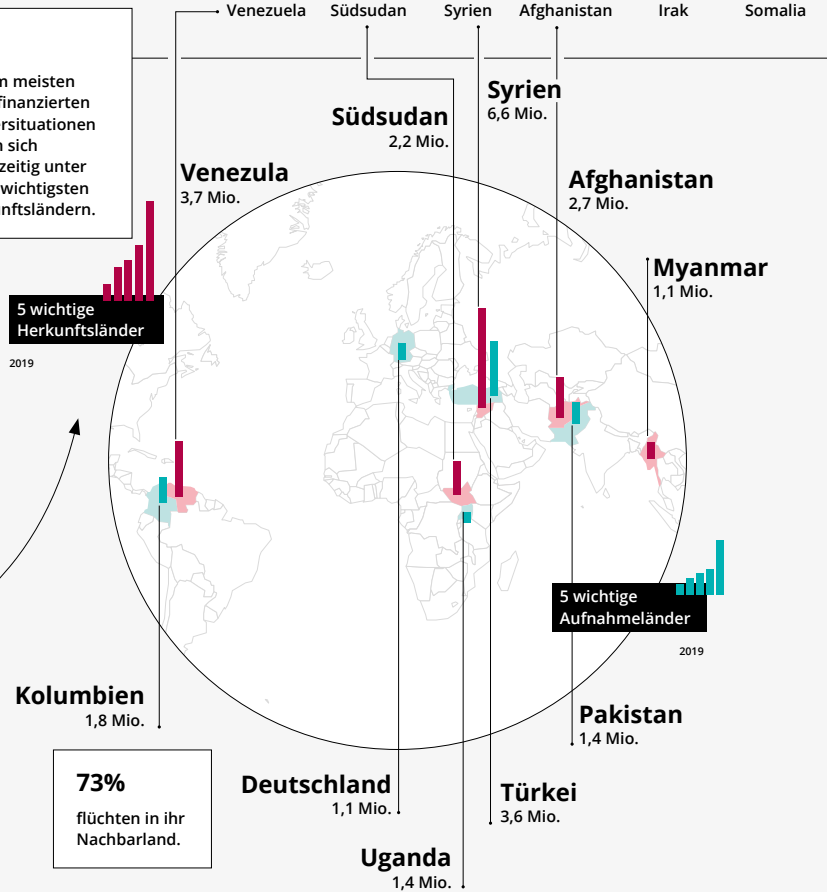
68%
 Mehr als 2/3 aller *Flüchtlinge kamen aus nur fünf Ländern.



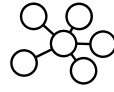
4
 der am meisten unterfinanzierten Ländersituationen finden sich gleichzeitig unter den 5 wichtigsten Herkunftsländern.

5 wichtige Herkunftsländer

5 wichtige Aufnahmeländer



Allianz für den Multilateralismus



Zielsetzung

Die im April 2019 auf Initiative Deutschlands und Frankreichs ins Leben gerufene Allianz für den Multilateralismus ist ein informelles, flexibles Netzwerk von Staaten, die für eine regelbasierte multilaterale Ordnung eintreten. Das Bündnis soll handlungsfähige und gleichgesinnte Länder zusammenbringen. Ziel ist es, grundlegende Werte und Normen der multilateralen Weltordnung zu verteidigen, Reformen internationaler Organisationen zu fördern sowie als Impulsgeber für konkrete Initiativen zu wirken. Die erste Karte (Karte 88) zeigt die Länder, die sich bei der Auftaktsitzung am Rande der 74. Sitzung der UN-Generalversammlung (UNGA) im September 2019 an der Initiative beteiligten. Seitdem fanden weitere Treffen statt. Grundsätzlich handelt es sich bei der Allianz um eine flexible Initiative, deren Teilnehmer von Sitzung zu Sitzung variieren. Entsprechend ist der Grad der Verbindlichkeit einer Teilnahme (noch) eher gering. Bisher verfolgte die Allianz sechs konkrete Initiativen – stets mit deutscher und französischer Beteiligung – in verschiedenen Politikfeldern:

Teilnehmer

Initiativen

1. «Humanitarian Call for Action», mit dem das humanitäre Völkerrecht weltweit gestärkt werden soll, u.a. durch beste Praktiken oder die Unterstützung von humanitären Organisationen bei ihrer Arbeit (Karte 90).
2. «Paris Call für Vertrauen und Sicherheit im Cyberraum»: Diese Initiative will international verbindliche Regeln für das Verhalten im Internet schaffen und greift hierfür auf bereits bestehende Prozesse zur Förderung von Stabilität und Frieden im Cyberraum zurück (Karte 92).
3. Die «Internationale Partnerschaft Information und Demokratie» setzt sich gegen die Untergrabung der Demokratie durch den manipulativen Einsatz von Falschmeldungen und für Meinungs- und Pressefreiheit sowie den Schutz von Journalisten ein (Karte 94).

4. Die «Klima und Sicherheit Initiative» stellt die Bedeutung des Zusammenhangs von Klima und Sicherheit heraus und fordert ein regelmäßiges Monitoring durch die UN (Karte 96).
5. Die «Gender at the Centre-Initiative» soll mehr Mädchen in Subsahara-Afrika einen Zugang zu guter Bildung ermöglichen (Karte 98).
6. «11 Leitprinzipien zu letalen autonomen Waffensystemen» ist eine Initiative, die sich für die Ächtung von letalen autonomen Waffensystemen einsetzt. Die mit Frankreich im Rahmen der UN-Waffenkonvention erarbeiteten elf Leitprinzipien bieten Staaten konkrete Vorgaben zum Umgang mit Killerrobotern (Karte 100).

Zu einigen dieser Initiativen fanden bereits erste Treffen statt; in diesem noch recht frühen Stadium der Allianz ist aber nicht immer absehbar, in welchen konkreten Projekten oder Selbstverpflichtungen diese letztlich münden werden. Einige dieser Vorhaben (wie etwa der Paris Call) wurden bereits vor 2019 ins Leben gerufen und umfassen auch Mitgliedstaaten, die sich nicht bei der Auftaktsitzung der Allianz 2019 beteiligt hatten.

Daneben versuchte die Allianz im Zuge der COVID-19-Krise, multilateralen Organisationen bei der Bekämpfung der Pandemie den Rücken zu stärken. So lancierte die Allianz am 16. April 2020 einen Aufruf, der v.a. die Weltgesundheitsorganisation (WHO) öffentlich unterstützte (Karte 102). Angesichts der herben Kritik, der sich die WHO ausgesetzt sah, war der Aufruf ein wichtiges politisches Signal. Am Rande des Paris Peace Forums im November 2020 wurde ein hochrangiger «One health»-Expertenrat ins Leben gerufen, der in Zusammenarbeit mit vier UN-Agenturen – WHO, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO), Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) und dem Umweltprogramm der UN (UNEP) – Informationen zum Zusammenhang von menschlicher, Tier- und Umweltgesundheit zugänglich machen und damit eine bessere Vorbereitung auf künftige Gesundheitskrisen ermöglichen soll.

Zur dringlichen Frage der Reform internationaler Organisationen kamen zwar von Mitgliedern der Allianz (u.a. Frankreich, Deutschland, Chile) Vorschläge, allerdings gibt es noch keinen gemeinsamen Vorstoß der gesamten Allianz.

COVID-19-Pandemie

Ausblick

Allianz für den Multilateralismus

TEILNEHMER AUFTAKTVERANSTALTUNG 2019

Die 2019 ins Leben gerufene «Allianz für den Multilateralismus» ist ein flexibles Netzwerk engagierter Staaten und Institutionen, die auf verschiedenen Politikfeldern an Erhalt und Weiterentwicklung der regelbasierten internationalen Ordnung arbeiten.

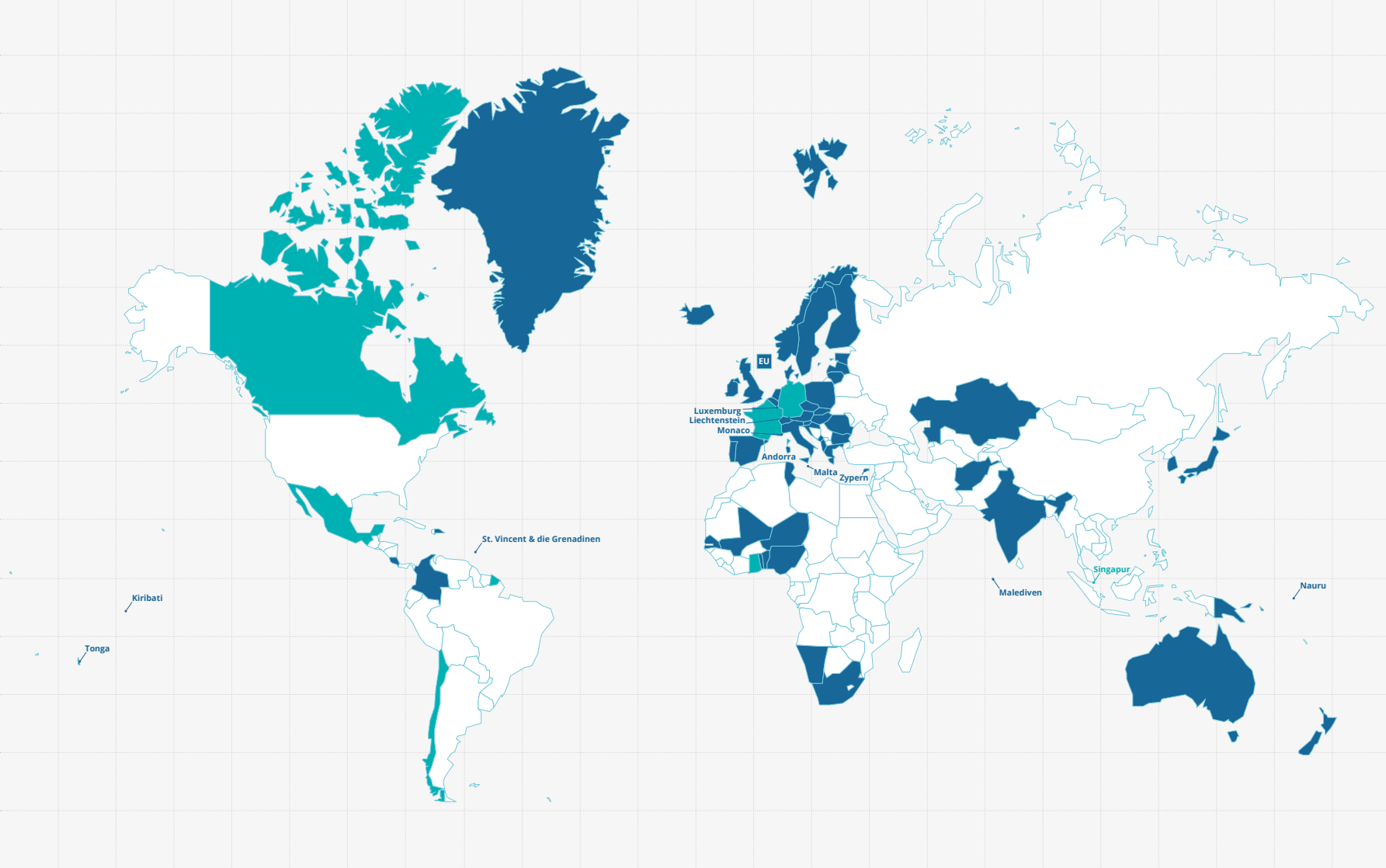
88

Multilateralismus



7 Ausrichter
der Auftaktveranstaltung

58 weitere Teilnehmer



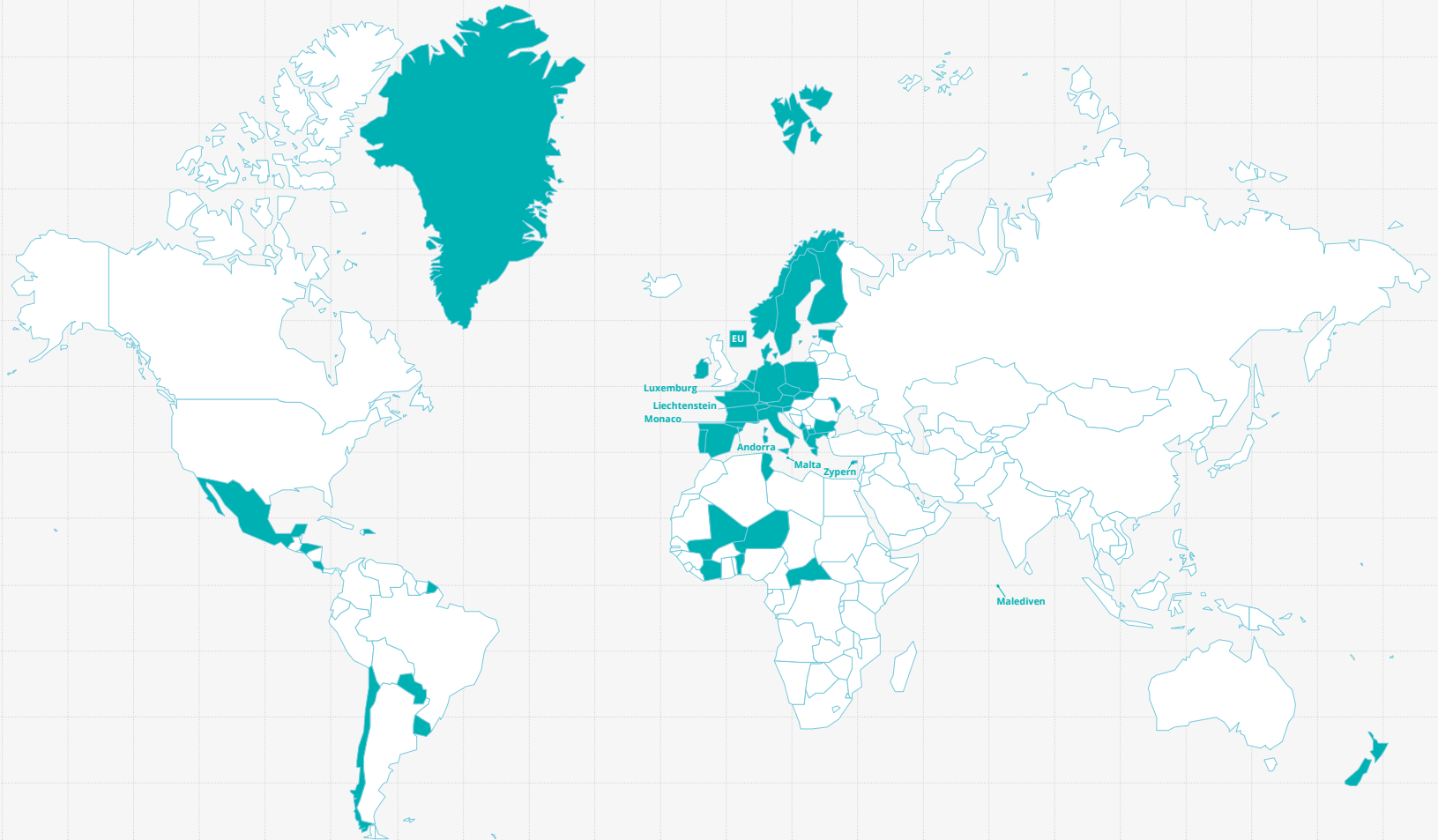
Humanitarian Call for Action

UNTERZEICHNER

Eine Initiative der Allianz ist der «Humanitarian Call for Action». Dieser soll konkrete Maßnahmen vorschlagen, um humanitäres Völkerrecht weltweit zu stärken. So kann er Staaten aufzeigen, wie sie humanitäre Organisationen dabei unterstützen können, bedarfsorientiert Hilfe zu leisten.

90

Multilateralismus



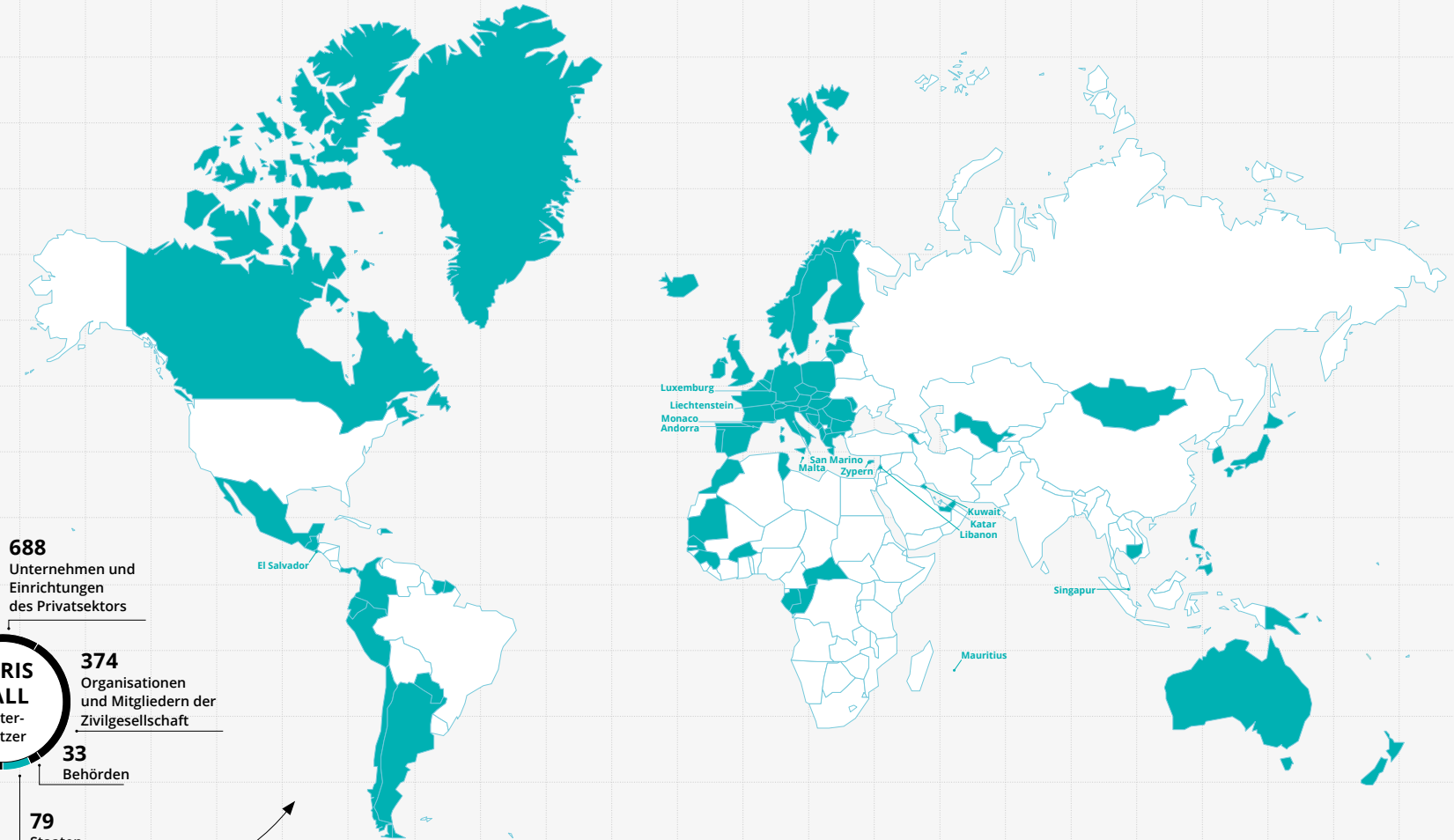
Paris Call für Vertrauen und Sicherheit im Cyberraum

UNTERZEICHNER

Der «Paris Call für Vertrauen und Sicherheit im Cyberraum» ist eine Multi-Stakeholder-Initiative, die Stabilität und verantwortungsvolles Verhalten im Cyberraum fördern soll. Der Aufruf wurde im November 2018 in Paris gestartet und von Vertretern der Regierungen, des Privatsektors und der Zivilgesellschaft mitunterzeichnet.

92

Multilateralismus



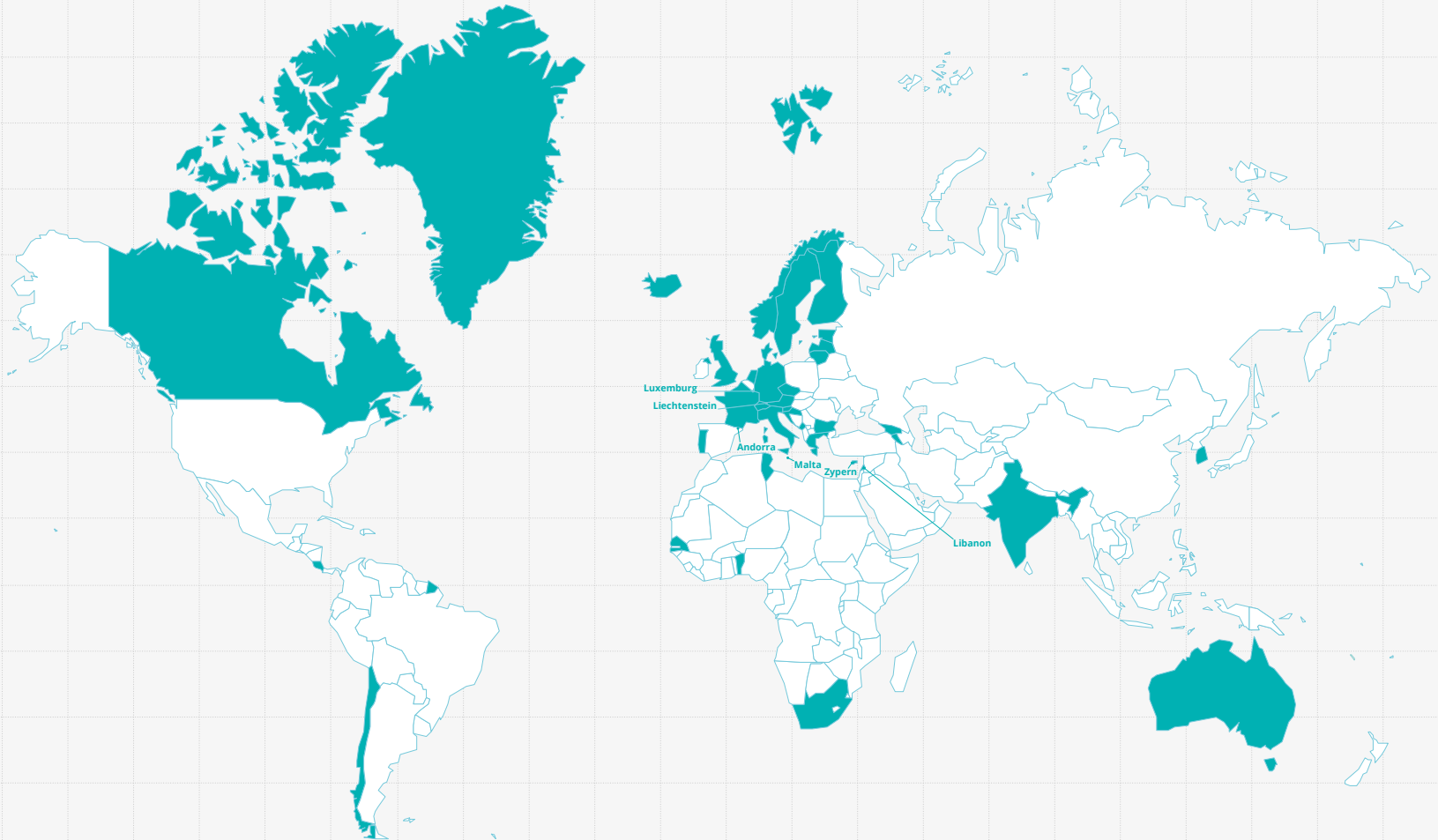
Internationale Partnerschaft Information und Demokratie

TEILNEHMER

Die Initiative «Internationale Partnerschaft für Information und Demokratie» richtet sich gegen die Untergrabung der Demokratie durch manipulative Falschmeldungen. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich Meinungs- und Pressefreiheit und den Schutz von Journalisten zu fördern.

94

Multilateralismus



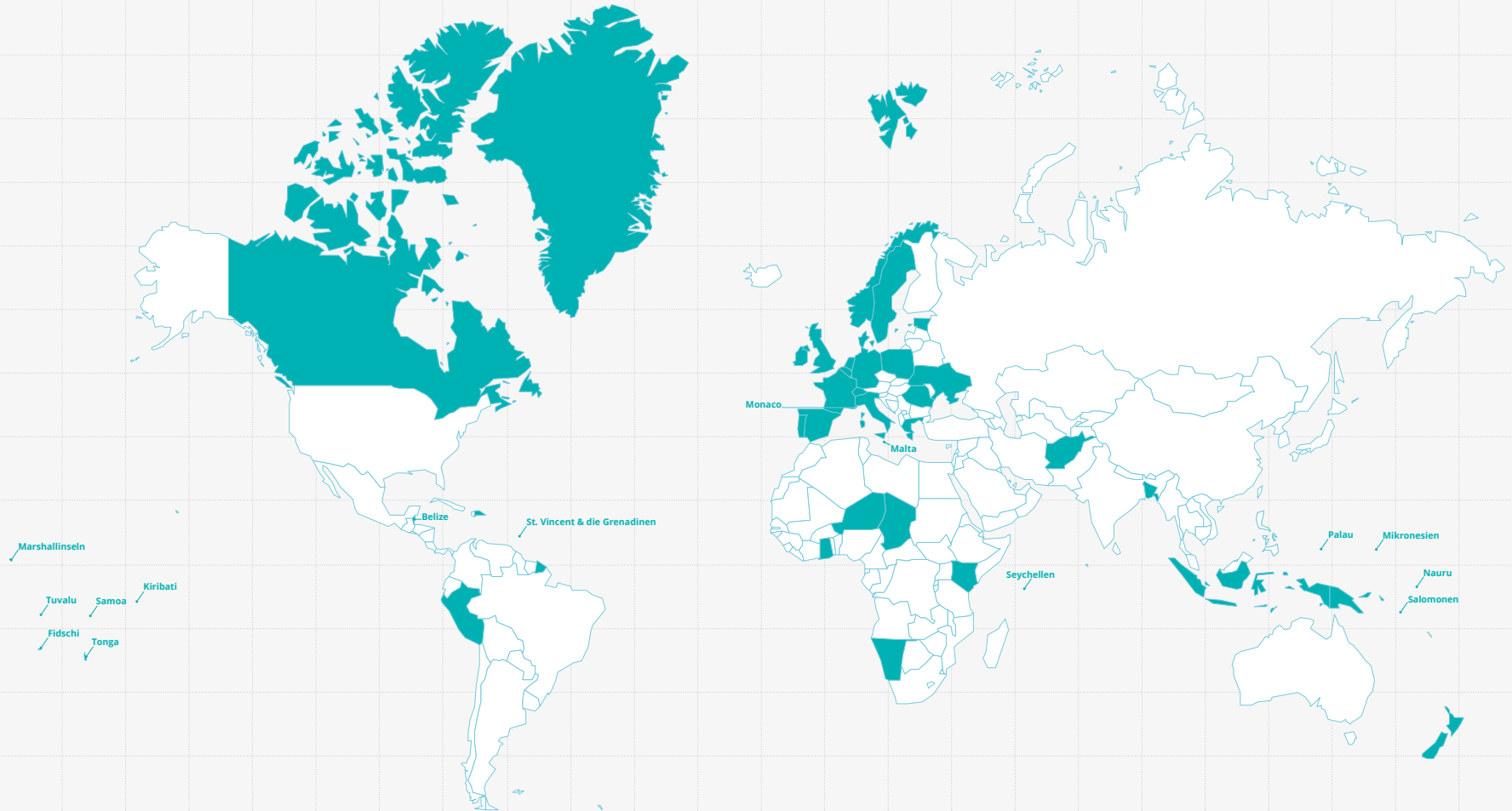
Klima und Sicherheit Initiative

UNTERZEICHNER

Eine der sechs Initiativen der Allianz ist die «Klima und Sicherheit Initiative». Der Dialog über den Klimawandel als neue Herausforderung der Außen- und Sicherheitspolitik soll in den Vereinten Nationen vorangetrieben werden. Die Unterzeichner fordern eine regelmäßige Überprüfung durch die UN.

96

Multilateralismus



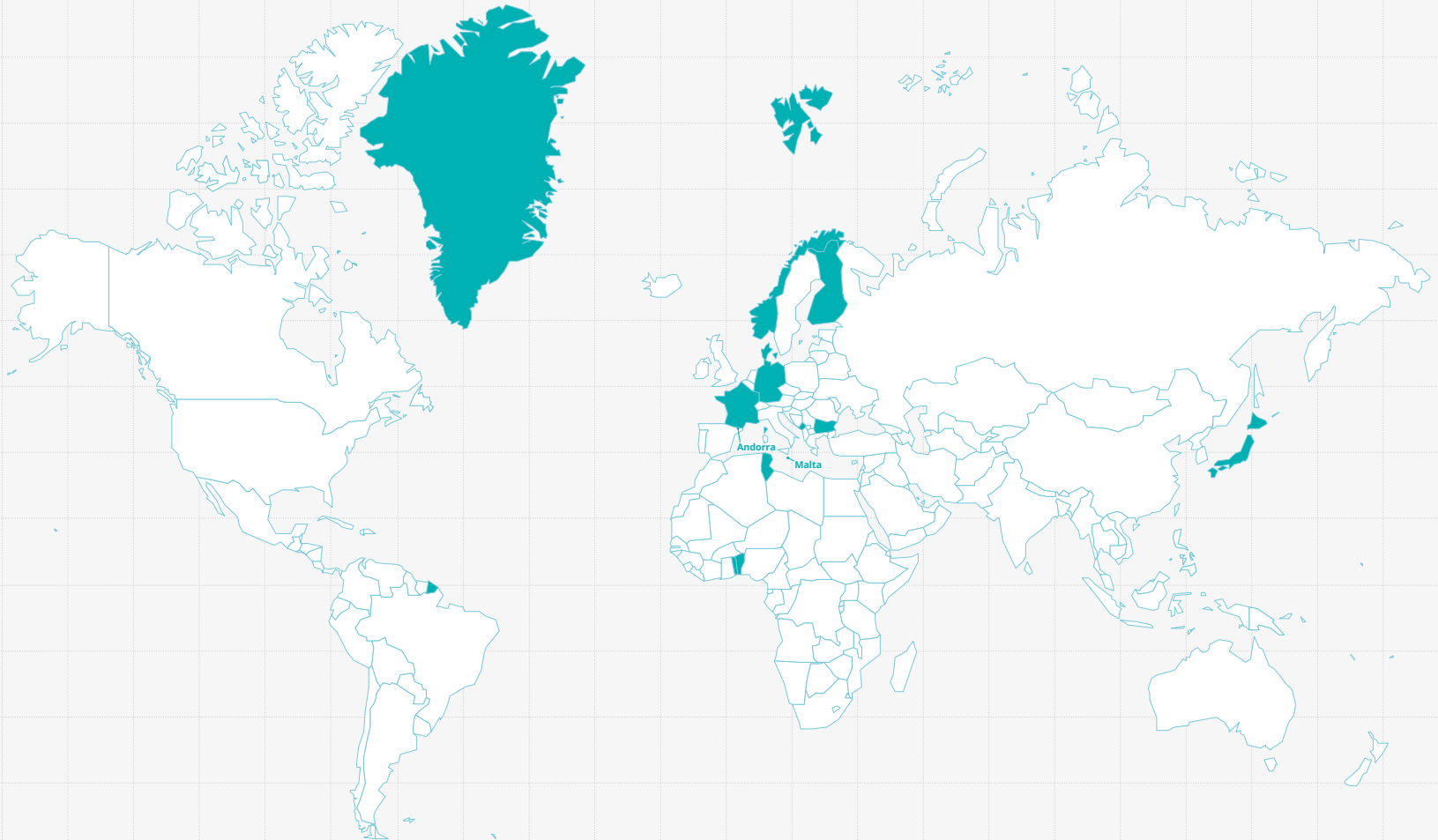
Gender at the Centre-Initiative

UNTERZEICHNER

Ziel der «Gender at the Centre Initiative» zur Gleichstellung der Geschlechter im Bildungsbereich ist es, Frauenrechte zu stärken, denn Frauenrechte sind Menschenrechte. Dabei soll Mädchen in Subsahara-Afrika Zugang zu guter Bildung ermöglicht werden.

98

Multilateralismus

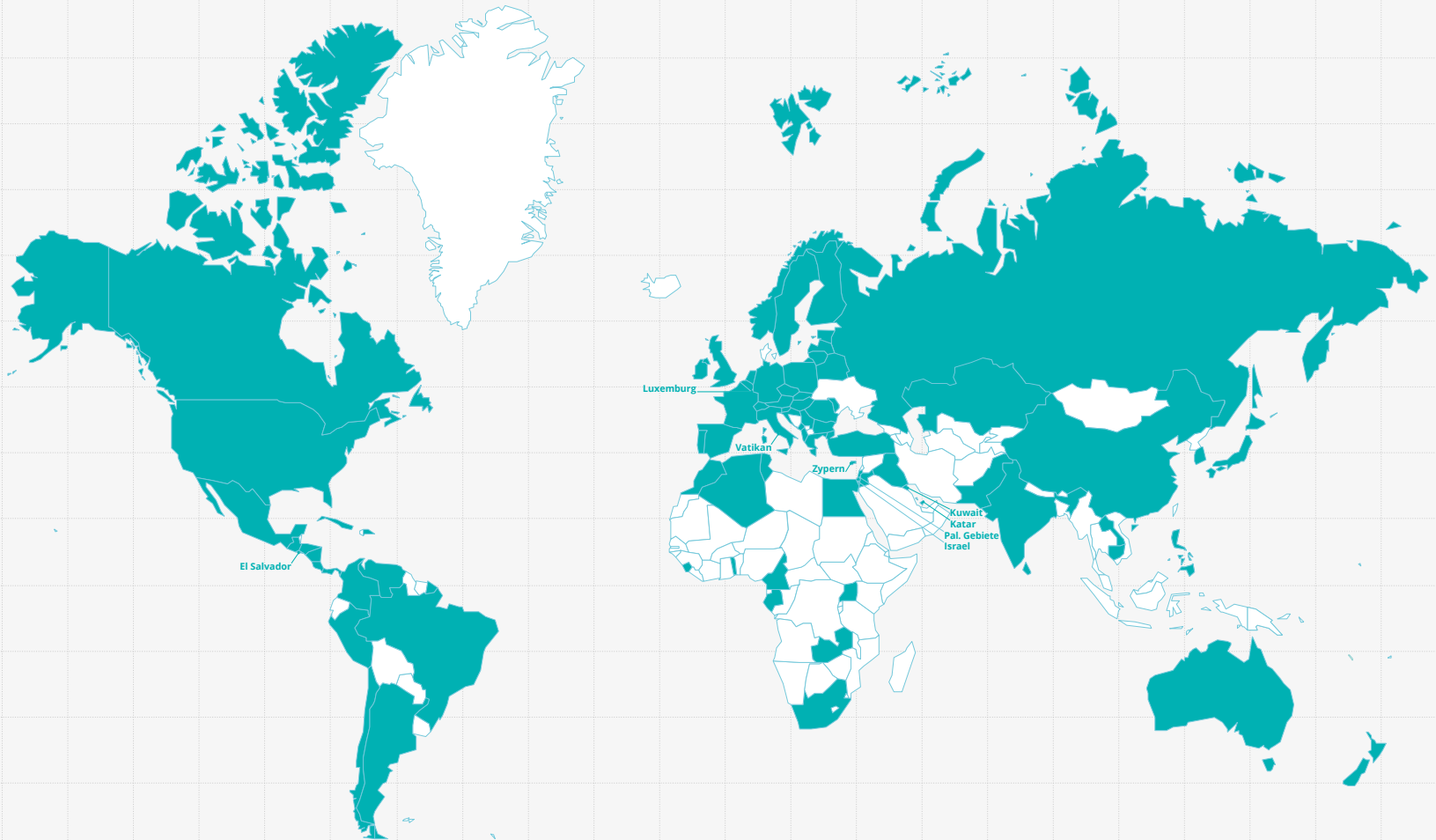


11 Leitprinzipien zu letalen autonomen Waffensystemen

UNTERZEICHNER

Die Zukunft neuer Waffensysteme fordert internationale Leitlinien. Deutschland hat mit Frankreich im Rahmen der UN-Waffenkonvention «11 Leitprinzipien zu letalen, autonomen Waffensystemen» (LAWS) erarbeitet, die konkrete Vorgaben für den Umgang mit Killerrobotern bieten.

100 Multilateralismus



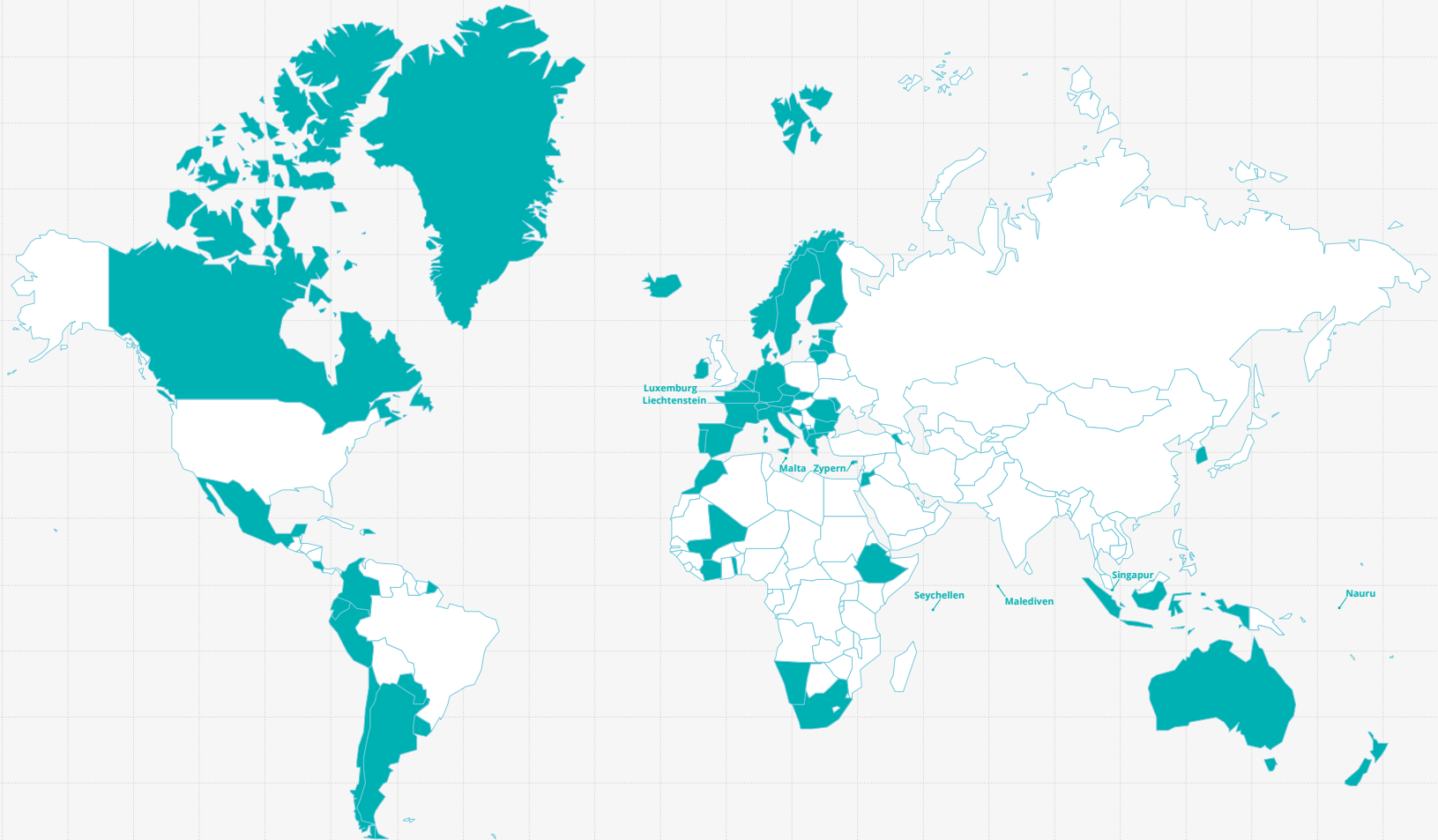
Kooperation im Kampf gegen COVID-19

TEILNEHMER DES AUFRUFS

Am 16. April 2020 veröffentlichte die von Deutschland und Frankreich mit initiierte «Allianz für den Multilateralismus» einen Aufruf zu engerer globaler Zusammenarbeit und Solidarität beim Kampf gegen COVID-19, der gleichzeitig explizit die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unterstützte.

102

Multilateralismus



Bibliographie



Globale Gesundheit

Gavi, The Vaccine Alliance (2020)

- Covax, URL: <https://www.gavi.org/covid19/covax-facility>, Zugriff: 11.12.2020.
- The Vaccine Alliance, URL: <https://www.gavi.org/our-alliance/about>, Zugriff: 01.02.2021.

The Global Fund (2021)

- Global Fund signs a record-breaking \$8.54 billion in grants to fight HIV, TB and malaria, 12.01.2021, URL: <https://www.theglobalfund.org/en/news/2021-01-12-global-fund-signs-a-record-breaking-usd8-54-billion-in-grants-to-fight-hiv-tb-and-malaria/>, Zugriff: 01.02.2021.

International Federation of Pharmaceutical Manufacturers & Associations (IFPMA) (2021)

- Infographics, URL: <https://www.ifpma.org/resources/infographics/>, Zugriff: 01.02.2021.
- Permanent Missions of the United States to the United Nations Office at Geneva (2020) U.S. Explanation of Position «COVID-19 Response» Resolution, URL: <https://geneva.usmission.gov/2020/05/19/explanation-of-position-covid-19-response-resolution/>, Zugriff: 11.12.2020.
- President Biden to Take Action on Global Health through Support of COVAX and Calling for Health Security Financing URL: <https://geneva.usmission.gov/2021/02/19/president-biden-to-take-action-on-global-health-through-support-of-covax-and-calling-for-health-security-financing/>, Zugriff: 15.03.2021.

Joint UN Programme on HIV/AIDS (UNAIDS) (2021)

- Evaluating UNAIDS' Work, URL: <https://www.unaids.org/en/whoweare/evaluation>, Zugriff: 01.02.2021.
- Regions, URL: <https://www.unaids.org/en/regionscountries/regions>, Zugriff: 01.02.2021.


World Health Organisation (WHO) (2020)


- A73/CONF./1 Rev.1 Covid-19 response, 18.05.2020, URL: https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf_files/WHA73/A73_CONF1Rev1-en.pdf, Zugriff: 11.12.2020.
- Historic health assembly ends with global commitment to COVID-19 response, URL: <https://www.who.int/news/item/19-05-2020-historic-health-assembly-ends-with-global-commitment-to-covid-19-response>, Zugriff: 11.12.2020.
- 172 countries and multiple candidate vaccines engaged in COVID-19 vaccine Global Access Facility, 24.02.2020, URL: <https://www.who.int/news/item/24-08-2020-172-countries-and-multiple-candidate-vaccines-engaged-in-covid-19-vaccine-global-access-facility>, Zugriff: 01.02.2021.
- Constitution, URL: <https://www.who.int/about/who-we-are/constitution>, Zugriff: 01.02.2021.
- Contributors, URL: <https://open.who.int/2020-21/home>, Zugriff: 01.02.2021.

	<ul style="list-style-type: none"> - Uneven access to health services drives life expectancy gaps: WHO, 04.04.2019, URL: https://www.who.int/news/item/04-04-2019-uneven-access-to-health-services-drives-life-expectancy-gaps-who, Zugriff: 01.02.2021. - Who we are, URL: https://www.who.int/about/who-we-are, Zugriff: 01.02.2021. <p>World Health Organization (WHO) Regional Office for Africa (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Countries, URL: https://www.afro.who.int/countries, Zugriff: 11.12.2020.
	<h2>Humanitäre Hilfe</h2> <p>Ceasefires in a Time of Covid-19</p> <ul style="list-style-type: none"> - URL: https://pax.peaceagreements.org/covid19ceasefires, Zugriff: 19.01.2021. <p>International Rescue Committee (IRC) (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> - IRC calls for truly global COVID-19 action and global ceasefire ahead of UN General Assembly Session on Covid-19, URL: https://www.rescue.org/press-release/irc-calls-truly-global-covid-19-action-and-global-ceasefire-ahead-un-general-assembly, Zugriff: 15.12.2020. <p>UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Global Humanitarian Response Plan COVID-19, URL: https://www.unocha.org/sites/unocha/files/Global-Humanitarian-Response-Plan-COVID-19.pdf, Zugriff: 15.12.2020. - Global Humanitarian Response Plan COVID-19, May Update, URL: https://www.unocha.org/sites/unocha/files/GHRP-COVID19_MayUpdate_Abridged_EN.pdf, Zugriff: 15.12.2020. - Global Humanitarian Response Plan COVID-19, July Update, URL: https://www.unocha.org/sites/unocha/files/GHRP-COVID19_July%20update_abridged%20final.pdf, Zugriff: 15.12.2020. - COVID-19 Global Humanitarian Response Plan, Financial Tracking Service, URL: https://fts.unocha.org/appeals/952/summary, Zugriff: 24.02.2021. <p>UN Secretary-General (UNSG) (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Transcript of the Secretary-General's virtual press encounter on the appeal for global ceasefire, URL: https://www.un.org/sg/en/content/sg/press-encounter/2020-03-23/transcript-of-the-secretary-generals-virtual-press-encounter-the-appeal-for-global-ceasefire, Zugriff: 15.12.2020.
	<h2>Welthandel</h2> <p>European Commission (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Interim appeal arrangement for WTO disputes becomes effective, Brussels, 30.04.2020. https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2143, Zugriff: 07.05.2020. <p>World Trade Organization (WTO) (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Members and Observers, URL: https://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/org6_e.htm, Zugriff: 23.11.2020. - Joint statement: Responding to the COVID-19-pandemic with open and predictable trade in agricultural and food products, 22.04.2020. URL: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/april/tradoc_158718.pdf, Zugriff: 23.04.2020.

	<ul style="list-style-type: none"> - Joint statement on Electronic Commerce, 25.01.2019. URL: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/january/tradoc_157643.pdf, Zugriff: 10.08.2019. - Trade in Medical Goods in the context of tackling COVID-19: Developments in the first half of 2020, URL: https://www.wto.org/english/tratop_e/covid19_e/medical_goods_update_e.pdf, Zugriff: 01.02.2021. <p>World Trade Organization (WTO) (2021)</p> <ul style="list-style-type: none"> - WTO members' notifications on COVID-19, URL: https://www.wto.org/english/tratop_e/co-vid19_e/notifications_e.htm, Zugriff: 01.02.2021. - World trade primed for strong but uneven recovery after COVID-19 pandemic shock, URL: https://www.wto.org/english/news_e/pres21_e/pr876_e.pdf, Zugriff: 08.04.2021.
	<h2>Digitalisierung</h2> <p>Global Innovation Index (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> - The Global Innovation Index (GII) 2020, URL: https://www.globalinnovationindex.org/Home, Zugriff: 11.12.2020. <p>International Telecommunication Union (ITU) (2018)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Election Results Plenipotentiary Conference (ITUPP), Dubai 2018, URL: https://www.itu.int/web/pp-18/en/home/electionResult, Zugriff: 11.12.2020. <p>International Telecommunication Union (ITU) (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> - ITU Measuring Digital Developments. Facts and Figures, URL: https://www.itu.int/en/ITU-D/Statistics/Pages/facts/default.aspx, Zugriff: 08.03.2021. <p>Paris Call for trust and security in cyberspace (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> - The supporters, URL: https://pariscall.international/en/supporters, Zugriff: 12.03.2021
	<h2>Menschenrechte</h2> <p>Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR) (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> - OHCHR Extranet, URL: https://hrcmeetings.ohchr.org/Pages/default.aspx, Zugriff: 15.12.2020. <p>Permanent Mission of China to the United Nations Office at Geneva (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Joint Statement delivered by Permanent Mission of Cuba at the 44th session of Human Rights Council, 30.06.2020, URL: http://www.china-un.ch/eng/hom/t1793804.htm, Zugriff: 15.12.2020. - Joint Statement delivered by Permanent Mission of Belarus at the 44th session of Human Rights Council, 01.07.2020, URL: http://www.china-un.ch/eng/hom/t1794034.htm, Zugriff: 15.12.2020. <p>United Kingdom (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> - UN Human Rights Council 44: Cross-regional statement on Hong Kong and Xinjiang, 30.06.2020, URL: https://www.gov.uk/government/speeches/un-human-rights-council-44-cross-regional-statement-on-hong-kong-and-xinjiang, Zugriff: 15.12.2020.

	<p>United Nations (UN) (2019)</p> <ul style="list-style-type: none"> – General Assembly Elects 14 Member States to Human Rights Council, Appoints New Under-Secretary-General for Internal Oversight Services, 17.10.2019, URL: https://www.un.org/press/en/2019/ga12204.doc.htm, Zugriff: 15.12.2020. <p>UN General Assembly (UNGA) (2019)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Election of the Human Rights Council, 17.10.2019, URL: https://www.un.org/en/ga/74/meetings/elections/hrc.shtml, Zugriff: 15.12.2020. <p>UN General Assembly (UNGA) (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Election of the Human Rights Council, 13.10.2020, URL: https://www.un.org/en/ga/75/meetings/elections/hrc.shtml, Zugriff: 15.12.2020. – Results of the election of members of the Human Rights Council held on 13.2020, Letter of the President of the General Assembly, 13.10.2020, URL: https://www.un.org/pga/75/2020/10/13/results-of-the-election-of-members-of-the-human-rights-council-held-on-13-october-2020/, Zugriff: 15.12.2020. <p>UN Human Rights Council (UNHRC) (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Annual reports on reprisals for cooperation with the UN, URL: https://www.ohchr.org/EN/Issues/Reprisals/Pages/Reporting.aspx, Zugriff: 15.12.2020.
--	---

	<p>Flucht und Migration</p> <p>Office of the UN High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2019)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Global Trends. Forced Displacement in 2018, URL: https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2019/06/2019-06-07-Global-Trends-2018.pdf, Zugriff: 15.12.2020. – Update on budgets and funding for 2018 and 2019, EC/70/SC/CRP.7/Rev.2, Executive Committee (ExCom), 04.03.2019, URL: https://www.unhcr.org/5c7ff3484.pdf, Zugriff: 15.12.2020. – Funding Update 2019, Global Overview, 31.12.2019, URL: https://www.unhcr.org/5eddeb394.pdf, Zugriff: 15.12.2020. <p>Office of the UN High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Global Trends. Forced Displacement in 2019, URL: https://www.unhcr.org/be/wp-content/uploads/sites/46/2020/07/Global-Trends-Report-2019.pdf, Zugriff: 15.12.2020. – Update on budgets and funding (2019, 2020-2021), EC/71/SC/CRP.6, Executive Committee (ExCom), 20.02.2020, URL: https://www.unhcr.org/5e6a3c497.pdf, Zugriff: 15.12.2020. <p>The World Bank (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Population total, All Countries and Economies, URL: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL, Zugriff: 15.12.2020. <p>United Nations (UN) (2018)</p> <ul style="list-style-type: none"> – General Assembly Endorses Landmark Global Compact on Refugees, 17.12.2018, URL: https://www.unhcr.org/gcr/GCR_English.pdf, Zugriff: 15.12.2020. <p>UN General Assembly (UNGA) (2018)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Report of the United Nations High Commissioner for Refugees, A/73/12, URL: https://www.unhcr.org/gcr/GCR_English.pdf, Zugriff: 15.12.2020.
--	--

	<p>Multilateralismus</p> <p>Alliance for Multilateralism (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ministerial meeting 16.04.2020, URL: https://multilateralism.org/wp-content/uploads/2020/08/2020-08-05-Declaration-April-Alliance-for-Multilateralism.pdf, Zugriff: 17.03.2021 <p>Auswärtiges Amt (2019)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Sechs Initiativen für den Multilateralismus, URL: https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/internationale-organisationen/uno/allianz-multilateralismus/2250204, Zugriff: 11.12.2020. <p>Auswärtiges Amt (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Wir brauchen eine starke weltweite Zusammenarbeit und Solidarität, um Covid-19 zu bekämpfen, Gemeinsame Erklärung der Allianz für den Multilateralismus, 16.04.2020, URL: https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/allianz-multilateralismus-corona/2333390, Zugriff: 15.12.2020. <p>Ministry of Europe and Foreign Affairs (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> – L'Alliance pour le multilatéralisme, URL: https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangere-de-la-france/la-france-et-les-nations-unies/l-alliance-pour-le-multilateralisme/, Zugriff: 04.12.2020 <p>Ministry of Europe and Foreign Affairs (2019)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Initiative climat et sécurité, URL: https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangere-de-la-france/la-france-et-les-nations-unies/l-alliance-pour-le-multilateralisme/initiative-climat-et-securite/, Zugriff: 12.03.2021 – 11 principes sur les systèmes d'armes létaux autonomes, URL: https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangere-de-la-france/la-france-et-les-nations-unies/l-alliance-pour-le-multilateralisme/11-principes-sur-les-systemes-d-armes-letaux-autonomes/, Zugriff: 12.03.2021 – Initiative priorité à l'égalité, URL: https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/politique-etrangere-de-la-france/la-france-et-les-nations-unies/l-alliance-pour-le-multilateralisme/initiative-priorite-a-l-egalite/, Zugriff: 12.03.2021 <p>Ministry of Europe and Foreign Affairs (2021)</p> <ul style="list-style-type: none"> – The Call for Humanitarian Action, URL: https://www.diplomatie.gouv.fr/en/french-foreign-policy/united-nations/multilateralism-a-principle-of-action-for-france/the-call-for-humanitarian-action/, Zugriff: 12.03.2021 – The Information and Democracy Partnership, URL: https://www.diplomatie.gouv.fr/en/french-foreign-policy/united-nations/multilateralism-a-principle-of-action-for-france/alliance-for-multilateralism/the-information-and-democracy-partnership/, Zugriff: 12.03.2021 <p>Paris Call for trust and security in cyberspace (2020)</p> <ul style="list-style-type: none"> – The supporters, URL: https://pariscall.international/en/supporters, Zugriff: 12.03.2021
--	---

Impressum

Herausgeber

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Multilateraler Dialog Genf
Europäische und Internationale Zusammenarbeit**

Redaktion und Organisation

Dr. Olaf Wientzek, Sarah Ultes

Mitarbeit

**Meike Lenzner, Katarzyna Gorgol-Mäder,
Diana Peters, Maewa Dutuit-Sauter**

Grafisches Konzept, Gestaltung Karten und Infografiken

Emphase GmbH Lausanne/Bern

Druck

CRIC Druckerei, Marly

Kontakt

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Multilateraler Dialog Genf
Avenue de France 23
CH - 1202 Geneva**

**md.genf@kas.de
T +41 22 748 70 70
www.kas.de**

Globale
GesundheitHumanitäre
Hilfe

Welthandel

Digitalisierung

Menschenrechte

Flucht
und MigrationAllianz für den
Multilateralismus

Staaten der Welt	G Gabun Gambia Georgien Ghana Grenada Griechenland Guatemala Guinea Guinea-Bissau Guyana	Liechtenstein Litauen Luxemburg	San Marino Saudi Arabien Schweden Schweiz Senegal Serbien Seychellen Sierra Leone Simbabwe Singapur Slowakei Slowenien Somalia Spanien Sri Lanka St. Kitts und Nevis St. Lucia St. Vincent und die Grenadinen Südafrika Sudan Südsudan Suriname Syrien	
A Afghanistan Ägypten Albanien Algerien Andorra Angola Antigua und Barbuda Äquatorialguinea Argentinien Armenien Aserbaidschan Äthiopien Australien	H Haiti Honduras Hongkong***	M Madagaskar Malawi Malaysia Malediven Mali Malta Marokko Marshallinseln Mauretanien Mauritius Mexiko Mikronesien Republik Moldau Monaco Mongolei Montenegro Mosambik Myanmar	T Taiwan** Tadschikistan Tansania Thailand Timor-Leste Togo Tonga Trinidad und Tobago Tschad Tschechien Tunesien Türkei Turkmenistan Tuvalu	
	I Indien Indonesien Irak Iran Irland Island Israel Italien			N Namibia Nauru Nepal Neuseeland Nicaragua Niederlande Niger Nigeria Nordmazedonien Norwegen
	J Jamaika Japan Jemen Jordanien			O Oman Österreich
B Bahamas Bahrain Bangladesch Barbados Belarus Belgien Belize Benin Bhutan Bolivien Bosnien und Herzegovina Botswana Brasilien Brunei Darussalam Bulgarien Burkina Faso Burundi	K Kambodscha Kamerun Kanada Kap Verde Kasachstan Katar Kenia Kirgisistan Kiribati Kolumbien Komoren Kongo, Demokratische Republik Kongo, Republik Korea, (Rep. Korea, Südkorea); Korea (DVR, Nordkorea) Kosovo** Kroatien Kuba Kuwait	P Pakistan Palästinensische Gebiete* und Gaza Palau Panama Papua-Neuguinea Paraguay Peru Philippinen Polen Portugal	U Uganda Ukraine Ungarn Uruguay Usbekistan	
C Chile China Cookinseln** Costa Rica Côte d'Ivoire	L Laos Lesotho Lettland Libanon Liberia Libyen	R Ruanda Rumänien Russland	V Vanuatu Vatikanstadt* Venezuela Vereinigte Arabische Emirate Vereinigte Staaten von Amerika Vereinigtes Königreich Vietnam	
D Dänemark Deutschland Dominica Dominikanische Republik Dschibuti		S Salomonen Sambia Samoa São Tomé und Príncipe	Z Zentralafrikanische Republik Zypern	
E Ecuador El Salvador Eritrea Estland Eswatini	F Fidschi Finnland Frankreich			

* Nichtmitgliedstaat mit Beobachterstatus bei UN

** Nichtmitgliedstaat bei UN

*** Chinesische Sonderverwaltungszone

← [* / ** / ***]

In der öffentlichen Aufmerksamkeit fällt Genf – obschon zweiter Hauptsitz der Vereinten Nationen – oft zurück. Zu Unrecht, argumentiert der «Kleine Atlas des internationalen Genf 2019/2020», denn in der Arbeit der über 45 hier ansässigen internationalen Organisationen und über 750 Nichtregierungsorganisationen konkretisiert sich multilaterale Diplomatie wie an kaum einem anderen Ort dieser Welt. Anhand zentraler Genfer Politikfelder, wie Globaler Gesundheit, Humanitärer Hilfe, Welthandel, Digitalisierung, Menschenrechten oder Flucht und Migration zeigt der Atlas schlaglichtartig die zentrale Bedeutung des internationalen Genf für globale Entwicklungen und den Multilateralismus auf.

